

# Preußische Allgemeine



Nr. 19 · 12. Mai 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



## Frieden mit der Geschichte?

Der Historiker **Michael Wolffsohn** im Gespräch über die deutsch-jüdisch-israelischen Beziehungen in der jüngeren Vergangenheit und in der Gegenwart **Seiten 2 und 3**



**Geschichte** Zum 250. Geburtstag Klemens von Metternichs **Seite 11**



**Schicksal** Die Erlebnisse eines Wolfsmädchens in Königsberg 1946 **Seite 23**

FOTOS: PA-KUNSTHISTORISCHES MUSEUM WIEN, BILDARCHIV OSTPREUSSEN

### AUFGEFALLEN

## Assads Triumph und ein Debakel für die USA

Es war ein diplomatischer Paukenschlag: Nach zwölf Jahren Ausschluss hat die Arabische Liga Baschar al-Assads Syrien wieder aufgenommen. Er war 2011 ausgeschlossen worden, nachdem er auf die damals noch friedlichen Demonstranten, die den „Arabischen Frühling“ auch nach Syrien tragen wollten, hatte schießen lassen.

Für den Westen, vor allem für die USA, ist dies eine (weitere) politische Niederlage in der islamischen Welt. Die blamable Flucht aus Afghanistan und das Scheitern der Mission in Mali liegen erst kurz zurück. China und Russland werden dagegen sehr zufrieden sein, zumal Saudi-Arabien als treibende Kraft hinter Syriens Wiederaufnahme steckt, das Land, das über lange Zeit als treuester Verbündeter Washingtons im Orient galt. Die Saudis sind offenbar entschlossen, künftig eine eigene Strategie zu verfolgen, die sogar eine vorsichtige Verständigung mit dem Iran anstrebt und China, die USA und Russland letztlich gegeneinander ausspielen soll.

Für Russland, welches das Assad-Regime im Zusammenspiel mit dem Iran gegen die Aufständischen und die westlichen Sanktionen durchweg unterstützt hat, bedeutet Syriens Wiederaufnahme in die Liga einen strategischen Erfolg. Die Frage ist indes, welchen Weg Syrien gegangen wäre, wenn die westlichen Sanktionen zum Erfolg, also zum Sturz Assads geführt hätten. Möglicherweise hätte das Land das Schicksal Libyens geteilt, wo bis heute Chaos herrscht. **H.H.**

### POLITIK

## Bremen verheißt mehr Spannung als gewöhnlich

Erstmals seit Jahrzehnten könnte ein Landtagswahlergebnis an der Weser bundespolitische Konsequenzen haben

VON RENÉ NEHRING

**W**ahlen zur Bremischen Bürgerschaft gehören gewöhnlich nicht zu den spannendsten Ereignissen des politischen Lebens der Bundesrepublik Deutschland. Und das liegt weniger an der Größe des kleinsten deutschen Bundeslandes als vielmehr an der Konstanz der dortigen politischen Verhältnisse. Seit der Sozialdemokrat Wilhelm Kaisen im Juli 1945 die erste demokratische Wahl nach 1933 gewann, stellte die SPD durchgehend die Bürgermeister der Freien Hansestadt. Selbst der Niedergang vom reichsten Bundesland bei Gründung der Bundesrepublik zum zuverlässigen Bittsteller im Länderfinanzausgleich hat jahrzehntelang kaum etwas an den politischen Verhältnissen an der Weser zu ändern vermocht.

Doch damit könnte es nach der Bürgerschaftswahl an diesem Sonntag vorbei sein. Zwar wird die SPD sehr wahrscheinlich auch künftig das Stadtoberhaupt stellen, doch zeigen jüngste Entwicklungen und Umfragen, dass von Bremen diesmal echte Veränderungen ausgehen könnten.

So wird mit Spannung das Ergebnis der Grünen erwartet. Standen diese noch vor einem Jahr bei 21 Prozentpunkten in den Umfragen, sind es derzeit nur noch zwölf Prozent. Grund für den Einbruch ist der Unmut vieler Bürger über das geplante Gebäudeenergiegesetz, das Hausbesitzern

und Mietern gleichermaßen drastische Kosten für die Zwangssanierung ihres Wohnraums auferlegen wird. Hinzu kommen die Berichte über Clan-ähnliche grüne Strukturen im für die Energiewende zuständigen Wirtschaftsministerium, das immer mehr Bürger glauben lässt, hier habe eine Lobbygruppe den Staat gekapert.

Die Umfragen deuten darauf hin, dass die Verärgerung über die grüne Energiepolitik nicht nur in der allgemeinen Bevölkerung groß ist, sondern längst auch die Stammwählerschaft der Öko-Partei

Umfragen zeigen, dass der Unmut die Stammwähler der Grünen erreicht hat

erreicht hat. Sollte sich das derzeitige Stimmungsbild am Wahlabend in konkreten Ergebnissen niederschlagen, könnte auch die bisher demonstrativ zur Schau gestellte Unbeirrbarkeit von Wirtschaftsminister Habeck und seinen Staatssekretären ins Wanken geraten. Schließlich stehen im Herbst weitere Landtagswahlen in Bayern und Hessen an. Und die eigene Position im Bund würde eine Wahlklatsche an der Weser auch nicht stärken.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Im Brandenburger „Kenia“-Bündnis geht es zu wie unter unversöhnlichen Gegnern **Seite 5**

#### Kultur

Ausstellungen in Sachsen-Anhalt ehren den vor 1050 Jahren gestorbenen Otto I. **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Sanierungsarbeiten an der alten Reichsbahndirektion in Königsberg sind beendet **Seite 13**

#### HINWEIS

**Beilage** Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des RSD Reise Service Deutschland bei



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt



Längst wieder gewohnter Alltag: Mehr als ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende der NS-Herrschaft nehmen Juden bewusst und selbstbewusst am politischen Leben in Deutschland teil. Doch selbstverständlich ist all das nicht. Das Verhalten vieler Deutschen Juden gegenüber ist teils von Unwissen, teils von Desinteresse geprägt, was dann oft durch Routinen überdeckt wird

Foto: pa

# „Juden und Israel haben ihren Frieden mit Deutschland geschlossen“

Über Aussöhnung vor dem Hintergrund einer quälenden Vergangenheit, unbequeme Wahrheiten des deutsch-jüdisch-israelischen Alltags und künftige Herausforderungen in Folge des demographischen Wandels

IM GESPRÄCH MIT  
MICHAEL WOLFFSOHN

**I**n diesen Tagen jährt sich zum 75. Mal die Ausrufung des Staates Israel. Zur Vorgeschichte dieses Gründungsaktes gehört – nicht nur, aber maßgeblich – die Verfolgung der Juden während der NS-Herrschaft. Weshalb das deutsch-israelische Verhältnis nicht ohne die deutsch-jüdische Vergangenheit betrachtet werden kann.

Zu den publizistischen Stimmen, die sich seit vielen Jahren mit diesem besonderen Beziehungsgeflecht befassen, gehört der Historiker Michael Wolffsohn. Zum 75. Jahrestag der Gründung Israels setzte er sich noch einmal an eine Überarbeitung seines Klassikers „Ewige Schuld?“, in dem er sich schon in den 1980er Jahren mit dem Verhältnis der Deutschen zu den Juden und der Bundesrepublik Deutschland mit dem Staat Israel befasst hat. Fragen an einen deutsch-jüdischen Patrioten, der über manche Entwicklung der jüngeren Zeit den Kopf schüttelt und dennoch mit dem heutigen Deutschland überwiegend zufrieden ist.

Herr Professor Wolffsohn, vor wenigen Tagen erschien eine überarbeitete Neuausgabe Ihres erstmals 1988 erschienenen Buches „Ewige Schuld?“. Es ist, nach 1993, bereits die zweite Überarbeitung. Warum

**diese abermalige Auseinandersetzung mit einem inzwischen in die Jahre gekommenen Text? Warum haben Sie nicht einfach ein vollständig neues Buch geschrieben, in dem Sie das Verhältnis von Deutschen und Juden hierzulande sowie zwischen Deutschland und Israel auf staatlicher Ebene ein Dreivierteljahrhundert nach dem Holocaust neu vermessen?**

Der erste Text von „Ewige Schuld?“ ist eben nicht in die Jahre gekommen. Der Titel ist inzwischen im Ozean der seitdem erschienenen Bücher sozusagen untergegangen. Das heißt: Die deutsch-jüdisch-israelischen Strukturen haben sich verändert und eben auch nicht verändert. Wo, wie und was, das ist die Frage. Der gehe ich nach. Und viele Einzelereignisse sind geschehen. Additiv. Haben sie die Strukturen verändert? Das können die Leser selbst prüfen, indem sie einerseits den damaligen und den nun aktualisierten Text lesen, vergleichen und entscheiden. Auf diese Weise können die Leser die Zuverlässigkeit oder Unzuverlässigkeit meiner Darstellung selbst beurteilen. Ich klopfe mir also nicht auf die Schulter.

**Die erste Fassung von „Ewige Schuld?“ ist noch vor der deutschen Einheit von 1990 erschienen. Was hat sich seitdem verändert – in Deutschland allgemein und vor allem im Umgang der Deutschen mit den dunklen Seiten ihrer Vergangenheit?**

Der amtliche und gesellschaftliche Umgang wurde intensiver, blieb jedoch an der Oberfläche. Es fehlt die Empathie Juden und Israel gegenüber. Die Historisierung des Schreckens schuf Distanz. Unwillkürlich. Das wiederum führte zu einer totalen Versteinung des Gedenkens. Auch zu Selbstprofilierung à la „Ich bin ja so gut.“

Zugleich hat sich der Großteil der deutschen Gesellschaft und Politik von Juden und Israel faktisch – nicht rhetorisch – sozusagen befreit. Juden gegenüber ist man etwas defensiver, Israel gegenüber nicht. Im Gegenteil, Israel gegenüber moralisiert man. Das ist der ganz große Unterschied zum „Damals“ meines 1988 erstmals erschienenen Buches. Deutschland und viele Deutsche belehren nun „die“ Juden darüber, was moralisch ist und was nicht. Trotz aller Gedenkrituale hat sich Deutschland von seiner Schreckensgeschichte emanzipiert. Gut? Schlecht? Ich vermisse Empathie und erkenne Routine, Ritual.

Die zigfachen Veränderungen seit ca. 1990 sind oft beschrieben und erklärt worden. Entscheidend ist aber die *Demographie*, also die Bevölkerungszusammensetzung. Sie entscheidet langfristig über das Wesen der jeweiligen *Demokratie* und ihrer Kultur. Auch über das, was so phrasenhaft „Erinnerungskultur“ genannt wird. Ein Viertel der heutigen Deutschen hat Migrationshintergrund. Die sogenannte Erinnerungskultur bezieht sich jedoch allein auf die Nachfahren der

—  
„Trotz aller Gedenkrituale hat sich Deutschland von seiner Schreckensgeschichte emanzipiert. Gut? Schlecht? Ich vermisse Empathie und erkenne Routine, Ritual“

Deutschen, die in der NS-Zeit lebten, mitließen, mitmachten, mitmordeten, selten widerstanden oder Juden halfen und versuchten, auf diese oder jene Weise ihre Haut zu retten. Der sechsmillionenfache Judenmord hatte auch außerhalb Deutschlands willige Helfer. Auch deren Nachfahren sind heute deutsche Staatsbürger. Sie werden in das deutsche Gedenken nicht eingeschlossen. Deshalb ist ihnen das Juden-Thema gleichgültig. In der islamischen Welt hatte man seinerzeit auf Hitler gesetzt. Diese Tradition wirkte lange nach, teilweise noch heute. Zur Inklusion und Integration gehört auch dieses Thema zur neudeutschen Gemeinsamkeit.

**Verändert hat sich in den Jahrzehnten auch Michael Wolffsohn. Als „Ewige Schuld?“ 1988 erschien, haben Sie sich zwar als deutsch-jüdischen Patrioten bezeichnet, ihren Patriotismus jedoch mehr oder weniger auf das Gebiet der alten Bundesrepublik beschränkt. Im Vorwort von 1993 schrieben Sie, dass nun auch die neuen Bundesländer zu Ihrem „deutsch-jüdisch-patriotischen Wir-Gefühl“ gehören würden. Wie sieht es heute in Ihnen aus? Vor fünf Jahren etwa sind Sie mit dem Franz-Werfel-Menschenrechtspreis des „Zentrums gegen Vertreibungen“ des Bundes der Vertriebenen geehrt worden. Das spricht dafür, dass sich Ihre „mentale Landkarte“ noch einmal verändert hat.**

Natürlich gehören die neuen Bundesländer zu meinem neudeutschen Wir-Gefühl. Wer könnte oder wollte das große Kulturerbe des deutschen Ostens, auch östlich der Oder und Neiße ignorieren? Nur Ungebildete. Das bedeutet für mich freilich nie und nimmer Revisionismus à la „Ostproußen oder Schlesien ist unser.“ Wer Kriege beginnt und verliert, muss damit rechnen, Land zu verlieren und dass den eigenen Bürgern Flucht und Vertreibung drohen. Die Deutschen haben diese Quittung für den Hitlerismus bekommen, die Palästinenser für ihre ständige Kriegsführung gegen Israel. Sind sie deshalb keine Opfer? O ja, das sind sie. Deutsche wie Palästinenser. Die unschuldigen jedenfalls.

Gerade deshalb müssen die Nachfahren der Täter und Opfer zusammenkommen, um Wiederholungen zu vermeiden. Deutschland und seinen Nachbarn ist das gelungen, in Israel und Palästina wartet man sehnsüchtig darauf.

**Wie bewerten Sie den Alltag des Judentums im heutigen Deutschland? Gibt es überhaupt wieder ein deutsches Judentum oder muss man nicht doch eher zurückhaltender von einem Judentum in Deutschland sprechen?**

Die große Mehrheit der heutigen jüdischen Gemeinschaft in Deutschland stammt vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion, teils auch aus Polen. Das bedeutet: Sie mussten – und haben – sich der deutschen Umwelt und Kultur angepasst. Schnell und gerne. Man vergleiche diese enorme Integrationsleistung mit anderen Migranten. Diese Anpassungswilligkeit und -fähigkeit gehört übrigens zur jüdischen Weltgeschichte. Das habe ich in meinem Buch „Eine andere Jüdische Weltgeschichte“ beschrieben.

Die Juden in Deutschland sind also allmählich deutsche Juden geworden – und werden es immer mehr. Aber: Der stärker gewordene Antijudaismus der alten und neuen Rechten, der Linken, auch Linksliberalen und radikalen Muslimen wirkt in die entgegengesetzte Richtung. Juden fragen sich nun in Deutschland: Ist unseres Bleibens sicher?

**Wer auf die vergangenen Jahrzehnte deutsch-jüdischen Zusammenlebens schaut, wird immer wieder auf Verkrampfungen, Missverständnisse und Störfälle stoßen. Allein das Wort „Jude“ fällt vielen Deutschen noch immer schwer, stattdessen sprechen sie von „Menschen jüdischen Glaubens“, obwohl längst nicht alle Juden religiös sind. Kann es angesichts der historischen Altlasten so etwas wie „Normalität“ im deutsch-jüdischen Verhältnis geben – und wie könnte diese aussehen?**

Der, Entschuldigung, Eiertanz um das Wort Jude ist absurd. Juden sind Juden. Punkt. Das heißt nicht, dass jeder Jude im religiösen Sinne jüdisch ist oder ganz anders Atheist oder dass ihm – oder ihr – Juden oder das Judentum gleichgültig wären oder nicht. Jude ist, wer Sohn oder Tochter einer jüdischen Mutter ist oder zum Judentum übertrat.

Punkt. Das Wort beschreibt Wirklichkeit. Das ist die Funktion von Begriffen.

Dass das Verhältnis zwischen Juden und Nichtjuden, besonders in Deutschland, nicht entspannt ist, hat nicht nur mit den Jahren 1933 bis 1945, der NS-Zeit und dem Holocaust, zu tun. Es ist auch die Folge des empathielosen deutschen Rituals und einer nicht selten heuchlerischen Politik gegenüber Juden und Israel. Wer wüsste nicht, dass deutsche Politiker hinter den Kulissen über „jüdische Forderungen“ klagen und Israel, wie Ex-Außenminister Gabriel, sogar Apartheid vorwerfen. Willy Brandt und Walter Scheel haben 1973 Israel im Überlebenskampf des Jom-Kippur-Krieges lebenswichtige US-Waffennachschublieferungen verweigert. Andere Stichworte sind die Documenta 15 und „Tod den Juden“-Rufe auf deutschen Straßen. Wie soll all das entkrampfen?

**Zum Kontext der deutsch-jüdischen Beziehungen gehört, Sie deuteten es bereits an, seit 75 Jahren auch untrennbar das Verhältnis Deutschlands zum Staat Israel, der am 14. Mai 1948 von David Ben Gurion proklamiert wurde. Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Sicherheit Israels sogar zur Staatsräson erklärt. Was sagen Sie dazu?**

Das war von Anfang an auf Sand gebaut. Frau Merkel wusste doch, dass die Bundeswehr bereits 2008 ein Papiertiger war. Sie trug dafür letztlich die Verantwortung. Was heißt zudem Staatsräson? Staatsritual? Wo wird konsequent vorgegangen, wenn auf deutschen Straßen „Juden ins Gas!“ gebrüllt wird? In der UNO stimmt Deutschland seit Jahren den unsinnigsten und polemischen Resolutionen gegen Israel zu. Die antiisraelische Initiative „Boycott, Divestment and Sanctions“ (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen, kurz: BDS) wird zwar vom Bundestag verdammt, aber es fließt weiter munter deutsches Geld in Organisationen, die mit BDS und anderen Juden- und Israelfeinden zusammenarbeiten. Worte sind schön, Taten zwingend.

**Wie blicken die Juden im heutigen Israel auf Deutschland?**

Ausschließlich positiv. Das heutige Deutschland und die heutigen Deutschen werden in Israel geradezu verehrt. Juden und Israel haben ihren Frieden mit dem demokratischen Deutschland geschlossen. Sie sehen Deutschland entspannt, ja, sie pilgern nach Deutschland, vor allem nach Berlin.

Allerdings haben Deutschland und die Deutschen mit Juden und Israel, sagen wir, weniger Entspannung. Umfragen belegen seit den 1980er Jahren, dass Israel für die Mehrheit der Deutschen regelmäßig zu den drei weltweit unbeliebtesten Staaten gehört. Selbst bei scharfer Kritik an Israels Regierung ist diese Sichtweise vollkommen absurd.

**Zurück zu „Ewige Schuld?“. Mit Ihrem Buch führten Sie 1988 auch den Begriff der „Geschichtspolitik“ in die Debatten ein. Dieser war damals umstritten, aller-**



Wenn sich die Bekenntnisse zu Israel und den Juden als hohle Phrase herausstellen: Unter dem Schutz der deutschen Polizei stellen muslimische Zuwanderer in Berlin das Existenzrecht Israels offen in Frage  
Foto: pa

**dings wird heute niemand mehr bestreiten, dass mit Geschichte auch Politik gemacht wird. Sie selbst sprechen in diesem Zusammenhang unter anderem von der „politischen Funktion des Holocaust“. Worin besteht diese?**

Bestand, nicht besteht. Zumindest nicht oder nur sehr, sehr selten von jüdischer oder israelischer Seite. Auch das hat sich seit 1988 geändert. Umgekehrt verunglimpfen nicht-jüdische Deutsche Landsleute, die andere Positionen vertreten, oft und sehr gerne als Nazis. Wer anders denkt, ist gleich Nazi. Mit politischer Kultur oder Fakten hat das nichts zu tun. Die politische Funktion von „Nazi“ heißt innerdeutsch: Du hast nicht mitzureden. Zur Demokratie passt das nicht so recht. Oder?

**Können Sie verstehen, wenn die Deutschen von heute, die ja inzwischen zum großen Teil nach 1945 geboren wurden, in Bezug auf die NS-Geschichte „die Nase voll“ haben und die Vergangenheit endlich ruhen lassen mögen?**

Das wird immer wieder behauptet. Die meisten, die so reden, meinen jedoch nicht das DAS der Beschäftigung mit den NS-Verbrechen, sondern das WIE, das versteinerte und oft unaufrichtige Ritual. Mit dem von Ihnen zitierten Argument machen es sich diejenigen, die für das versteinerte Ritual verantwortlich sind, leicht. Auf diese Weise können sie weitermachen wie bisher. Und wer das kritisiert, wolle den Schlussstrich oder wäre „Nazi“. Siehe oben.

**In der Neuausgabe Ihres Buches gehen Sie auch darauf ein, dass die historischen Debatten der vergangenen Jahre zunehmend von der Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus geprägt worden sind. Wie verändert das die deutsche Geschichtspolitik?**

Sie wird immer faktenärmer. Israel ist eine Folge des ANTIkolonialistischen Kampfes der Zionisten und eben kein Produkt des Kolonialismus. Auch wenn ein Herr oder eine Frau Professor Doktor das Gegenteil behauptet, wird Falsches nicht dadurch richtig.

**Eine weitere gravierende Veränderung der letzten Jahre, auf die Sie in Ihrem Buch ebenfalls eingehen, ist der demographische Wandel in unserem Land. Wie beeinflusst dies das deutsch-jüdische Verhältnis?**

Siehe oben. Nochmals: Das deutsche Erinnern ignoriert total die Verflechtung vor allem islamischer Akteure im Zweiten Weltkrieg zugunsten von NS-Deutschland. Wie sollten also die Nachfahren jener islamischen

„Das heutige Deutschland und die heutigen Deutschen werden in Israel geradezu verehrt. ... Allerdings haben Deutschland und die Deutschen mit Juden und Israel, sagen wir, weniger Entspannung“

Akteure sich dafür in irgendeiner Weise verantwortlich fühlen? Keiner sagt es ihnen.

**Am Ende Ihres Buches ziehen Sie ein alles andere als positives Fazit. Sie schreiben, wie Sie es auch hier im Gespräch schon andeuteten, dass die jüdisch-israelische Welt „Deutschland und ‚die Deutschen‘ als echte Freunde“ betrachtet – jedoch die meisten Deutschen dieser Freundschaft „mehr oder weniger überdrüssig“ seien, auch wenn sie offiziell das Gegenteil behaupten. Woher rührt diese Niedergeschlagenheit?**

Aus den Fakten. Antisemitismus von rechts, links und muslimischen Extremisten gehört zum deutschen Alltag. In Form verbaler und körperlicher Gewalt oder Hetze. Wir erlauben uns, die Dinge beim Namen zu nennen und nicht zu überzuckern.

**Waren also am Ende 75 Jahre schwieriger deutsch-jüdisch-israelischer Annäherung umsonst? Oder gibt es irgendetwas, woraus der deutsch-jüdische Patriot Michael Wolffsohn doch so etwas wie Zuversicht zieht?**

Deutschland war und ist eine Demokratie. Ist das etwa kein Fortschritt? Wie jede Demokratie ist auch die deutsche immer gefährdet. Deshalb muss man auf die Gefahren hinweisen.

Brennpunkt Juden: Erstmals seit 2000 Jahren sind wir durch die Existenz Israels Subjekt und nicht Objekt unserer Geschichte und Geschicke. Ist das kein Fortschritt?

**Zuletzt eine persönliche Frage: Sie haben 1984 die israelische Staatsbürgerschaft aufgegeben, was angesichts Ihrer Familiengeschichte – Sie stammen mütter- und väterlicherseits aus bürgerlichen Familien, die nach 1933 vertrieben und enteignet wurden – ein großer Schritt war. Haben Sie diesen Schritt je bedauert?**

Emotional ja, weil sich die deutsche Wirklichkeit im beschriebenen Sinne verändert hat. Funktional nein, denn mehr Pässe bedeuten letztlich weniger persönliche Sicherheit und nicht mehr. Ein weites Feld.

Das Interview führte René Nehring.

● **Prof. Dr. Michael Wolffsohn** ist Historiker und Publizist. Von 1981 bis 2012 lehrte er Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr München. Zu seinen Werken gehören unter anderem „Eine andere Jüdische Weltgeschichte“ (Herder Verlag 2022) und „Ewige Schuld? 75 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen“ (Verlag Langen Müller 2023“). [www.wolffsohn.de](http://www.wolffsohn.de)



Streitbarer Patriot: Seit vielen Jahren gehört der Historiker Michael Wolffsohn zu den prominentesten Stimmen im deutschen Debattenraum  
Foto: pa

## Debatte



Michael Wolffsohn  
**Ewige Schuld? 75 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen**  
Mit einem Essay von Ahmad Mansour  
Verlag Langen Müller 2023, Breitklappenbroschur, 220 Seiten, ISBN: 978-3-7844-3651-7  
24 Euro

## ● MELDUNGEN

## Deutsche Ärzte wandern aus

**Berlin** – Zu den Fachkräften, die Deutschland den Rücken kehren, zählen auch etliche Ärzte. Das geht aus den Angaben der Bundesregierung hervor, die sich auf das Jahr 2021 beziehen, während für 2022 noch keine Zahlen vorliegen. 2021 emigrierten 1916 Mediziner, von denen es knapp 600 in die Schweiz zog. Dem standen 1057 Immigranten mit einer entsprechenden Ausbildung gegenüber. Das ergibt ein Negativsaldo von 859 Ärzten. Da ein Medizinstudium den deutschen Staat durchschnittlich 266.000 Euro kostet, gingen durch den Exodus 228 Millionen Euro verloren. Dazu kommt das Minus an künftigen Steuern und Sozialabgaben, das sich auf weitere 630 Millionen beläuft, weil zu meist junge Ärzte auswandern, die am Beginn ihres Arbeitslebens stehen. Verstärkt wird der Ärztemangel in Deutschland zusätzlich durch den Umstand, dass zwei Drittel aller Medizinstudenten Frauen sind, die später oft aus ihrem Beruf aussteigen. W.K.

## Keine schnelle Lösung in Sicht

**Berlin** – Die Deutsch-Ukrainische Handelskammer hat darauf hingewiesen, dass es in bestimmten Fällen zu einer Doppelbesteuerung ukrainischer Flüchtlinge kommt, und fordert die Bundesregierung auf, wie bei Grenzgängern während der Coronapandemie zu verfahren und keine Besteuerung in Deutschland vorzunehmen. Die Kammer berichtete von Fällen, in denen Geflüchtete auch nach ihrer Flucht weiter für ukrainische Firmen tätig sind und von dort Lohn beziehen. Dieser wird in der Ukraine versteuert. Hält sich der Flüchtling länger als 183 Tage in Deutschland auf, müssen die Einkünfte auch in Deutschland versteuert werden. Zwar hat die Ukraine ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet, dem zufolge die deutschen Steuern verrechnet werden müssen, dennoch gewährt sie diese nicht. Die Bundesregierung dagegen lehnt eine Lösung auf Verwaltungsebene ab. Die Opposition regt an, eine gemeinsame Vereinbarung mit der Ukraine zu suchen. MRK

## Mosambikaner entschädigen

**Berlin** – Die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, fordert, frühere mosambikanische Vertragsarbeiter in der DDR mit einer Einmalzahlung zu entschädigen. Zur Begründung heißt es, etwa 17.000 Männer und Frauen seien zwischen 1979 und 1989 im Braunkohle- oder Kupferbergbau, in der Landwirtschaft oder Textilindustrie tätig gewesen. Sie seien mit der Aussicht auf eine Ausbildung in die DDR gelockt worden, mussten jedoch körperlich anstrengende Arbeiten verrichten. Zudem habe die DDR zur Tilgung von Schulden Mosambiks 25 bis 60 Prozent des Lohns oberhalb eines Sockelbeitrags von 350 DDR-Mark einbehalten. Zwar habe die Bundesregierung 1990 im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Zahlungen an Mosambik geleistet, um den ehemaligen Vertragsarbeitern zu helfen, doch sei das Geld bei den Betroffenen nie angekommen. MRK



Wenn der Staat das Internet überwacht: Der „große Bruder“ kriegt alles mit

Foto: imago/mageborker

## DIGITALES

## Die Ampel billigt Netzsperrungen

Faeser für mehr Eingriffe – FDP knickt beim Thema „Freiheit des Internets“ ein

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ zwischen SPD, Grünen und FDP steht unter Punkt zwei zum Thema Internet und Digitales: „Allgemeine Überwachungspflichten, Maßnahmen zum Scannen privater Kommunikation und eine Identifizierungspflicht lehnen wir ab. Anonyme und pseudonyme Online-Nutzung werden wir wahren.“

Dieser Passus resultierte ganz wesentlich aus dem Drängen der Freien Demokraten. Nun allerdings knickte die FDP ein – wie bei so vielen anderen Themen auch. Das geht aus der „Stellungnahme der Deutschen Bundesregierung zum Entwurf einer CSA-VO“ hervor. Mit CSA-VO ist die geplante „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern“ gemeint. Deren Inhalt verstößt zweifelsfrei gegen die EU-

Richtlinie 2002/58 vom 12. Juli 2002 „über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation“. Denn im Artikel 5 derselben heißt es: „Die Mitgliedstaaten ... untersagen ... das Mithören, Abhören und Speichern sowie andere Arten des Abfangens oder Überwachens von Nachrichten und der damit verbundenen Verkehrsdaten“.

## EU will zum Scannen verpflichten

Aber genau das fordert der CSA-VO-Entwurf, der jetzt im Kern die Zustimmung der Bundesregierung und damit auch der FDP-Minister gefunden hat. Hierzu schreibt das Portal Netzpolitik.org: „Im Kampf gegen sexuellen Missbrauch und Kinderpornographie sollen Internet-Dienste die Kommunikation ihrer Nutzer:innen anlasslos und verpflichtend scannen und überwachen. Manche Anbieter wie Google, Apple und Meta tun das bereits freiwillig, eine EU-Verordnung erlaubt das als ‚vorübergehende

Ausnahme‘. Die EU-Kommission will die Anbieter nun zum Scannen verpflichten.“

Doch damit nicht genug: Die Ampel billigte außerdem auch sogenannte „Netzsperrungen“. Diese bewirken, so Netzpolitik.org

„Im Kampf gegen sexuellen Missbrauch und Kinderpornographie sollen Internet-Dienste die Kommunikation ihrer Nutzer:innen anlasslos und verpflichtend scannen und überwachen“

Netzpolitik.org

## ZUWANDERUNG

## Asylverfahren bereits an der Grenze?

Ampelregierung ringt um gemeinsames Vorgehen in Asylfragen – Faeser erntet Kritik von allen Seiten

Innenministerin Nancy Faeser spricht von einem „historischen Momentum“, der grüne EU-Parlamentarier Erik Marquardt sieht dagegen eine Steilvorlage für „Rechtspopulisten“. Kaum hat sich die Ampelkoalition nach zähem Ringen auf ein gemeinsames Vorgehen in Asylfragen verständigt, da kommen schon Querschüsse aus den eigenen Reihen. Und das, noch bevor der Vorschlag überhaupt mit den Partnerländern in der Europäischen Union abgestimmt werden konnte.

„Es geht darum, dass Grenzverfahren, an den Grenzen schon Asylverfahren stattfinden können“, erklärte Faeser. „Das heißt, dass bereits dort die Registrierung und Erfassung und Identifizierung der Geflüchteten stattfinden wird.“ Die Bearbeitungszeit solle nicht länger als zwölf Wochen betragen.

Ein Blick auf die bisherige Durchführung der Asylverfahren zeigt, dass dies wohl ein frommer Wunsch bleiben wird. Zumal die anderen EU-Mitgliedstaaten mitspielen müssten. Faeser ließ zudem offen, ob die Verfahren an den Grenzen abgeschlossen werden sollen. Sie sagte lediglich, im Zuge des Ausgleichs im europäischen Asylsystem sei es die Solidarität der anderen Staaten, dass sie „diejenigen, die die Schutzquote erfüllen, auch aufnehmen“.

Erik Marquardt warf der SPD-Ministerin umgehend vor, mit dem Vorschlag „Rechtspopulisten auf den Leim“ zu gehen. Schon jetzt seien durch das geltende Dublin-System die Staaten an den Außengrenzen in der Verantwortung, Asylverfahren durchzuführen. Doch dort würden immer wieder Immigranten mit

Gewalt abgewiesen oder durchgewinkt. Faeser hingegen erklärte, Deutschland arbeite bereits mit mehreren Staaten wie Frankreich, Italien und Spanien zusammen. Griechenland, seit Jahren Drehscheibe der internationalen Migrationsbewegungen nach Europa, nannte sie nicht.

## Verhandlungen mit Drittstaaten

Auch mit Drittstaaten außerhalb der EU wolle sie über Schutzquoten und schnellere Verfahren verhandeln. Die Vergangenheit hat allerdings gezeigt, dass die Bereitschaft dieser Staaten nur vorhanden ist, wenn aus der EU Gegenleistungen finanzieller Art erfolgen. Und was Faeser siegesicher als Einigung auf Regierungsebene nannte, könnte bald schon Makulatur sein. Denn bei den mit-

regierenden Grünen regt sich Protest. Grünen-Chef Omid Nouripour sagte, dass die Zustimmung seiner Partei noch offen sei.

Voraussetzung seien unter anderem verbindliche Verteilungsmechanismen für die Asylsucher innerhalb der EU. Transitzentren an den Außengrenzen für Asylsuchende lehnte er ab. Der Grünen-Vorsitzende sagte, dass seine Partei keinem Paket zustimmen werde, bei dem es „darum geht, Menschen davon abzuhalten, einen Asylantrag zu stellen“. Für die Opposition in Berlin ist daher die verkündete Einigung der Ampel nicht viel mehr als heiße Luft. „Der Vorschlag ist ineffektiv und schadet Deutschland als Hauptzielland von Flucht in Europa“, sagte der CDU-Innenexperte Alexander Throm. Peter Entinger

## Ausnahme Audiokommunikation

Andererseits erteilte die Ampel aber manchen Überwachungsphantasien der EU eine Abfuhr. So lehnt sie das angestrebte Client-Side-Scanning ab. Das ist ein technisches Verfahren, bei dem versendete oder empfangene Dateien auf dem Endgerät des Nutzers vor dem Weiterverschicken oder Verarbeiten auf verdächtige, in Datenbanken hinterlegte Inhalte durchsucht werden. Darüber hinaus besteht die Bundesregierung auf dem „durchgängigen Schutz“ der verschlüsselten Kommunikation. Hierzu heißt es in der Stellungnahme: „Der Einsatz von Maßnahmen, die zu einem Bruch, einer Schwächung, Modifikation oder einer Umgehung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung führen, ist durch konkrete technische Anforderungen im Verordnungsentwurf auszuschließen.“

Ebenso soll die Audiokommunikation in der Telefonie und in Sprachnachrichten weiterhin nicht gescannt und ausgewertet werden, wie Brüssel gleichfalls möchte. Und es gibt Einwände, was die zukünftige Altersverifizierung im Internet betrifft. Die EU strebt eine Pflicht zur Vorlage von Ausweisdokumenten an, während die Bundesregierung verlangt, dass die Diensteanbieter „gleichrangige alternative Altersverifikationsverfahren“ schaffen, „sofern diese den gleichen Grad an Gewissheit bieten“.

Diese von der Bundesregierung formulierten Vorbehalte bezüglich des geplanten Inhaltes der CSA-VO ändern jedoch nichts daran, dass das grundgesetzlich garantierte Post- und Fernmeldegeheimnis sowie auch das Recht auf freie Meinungsäußerung auf Betreiben der EU und mit Duldung der Bundesregierung noch stärker als bisher ausgehöhlt werden sollen. Ganz abgesehen von der ebenfalls bestehenden Möglichkeit einer späteren Zurückstellung der jetzt von der Ampel vorgebrachten Daten- und Verbraucherschutzbedenken.

## LANDESPOLITIK

# Mein Feind, der Koalitionspartner

Im Brandenburger „Kenia“-Bündnis geht es zu wie unter unversöhnlichen politischen Gegnern

VON HERMANN MÜLLER

Vom CSU-Europapolitiker Manfred Weber über den CSU-Ehrenvorsitzenden Edmund Stoiber bis hin zum hessischen Ex-Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) – immer wieder haben sich prominente Unionspolitiker für schwarz-grüne Regierungsbündnisse ausgesprochen. In Brandenburg regieren die Grünen bereits seit 2019 zusammen mit der SPD und der CDU. Das Bild, das diese „Kenia“-Koalition abliefern, ist allerdings keine Empfehlung.

Gut anderthalb Jahre vor einem Superwahljahr, in Brandenburg finden 2024 Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen statt, streiten sich die Grünen mit der CDU und der SPD so heftig, wie man es eigentlich nur von erbitterten Feinden erwartet. Wie tief die Gräben in der Koalition mittlerweile klaffen, zeigte sich auf dem Landesparteitag der märkischen Grünen Ende April. Von den beiden Co-Vorsitzenden des Landesverbandes kam auf dem Parteitag derart scharfe Kritik am Koalitionspartner CDU, dass sich dies wie eine Abrechnung mit einem politischen Gegner anhörte.

## 2024 steht ein Superwahljahr an

Co-Chefin Alexandra Pichl warf der CDU vor, sie „fische“ eineinhalb Jahre vor der Landtagswahl in der Asylpolitik „am rechten Rand“. Pichl polterte auf dem Parteitag: „Die CDU hat ihr C in dieser Sache schon längst verloren.“ Die Grüne weiter: „Der ehemalige Pfarrer, Innenminister Stübgen, agiert fernab von christlicher Nächstenliebe, wenn er wieder und wieder gegen Geflüchtete hetzt und von vollen Booten fabuliert.“

Jan Redmann, Landespartei- und deren Fraktionsvorsitzender im Landtag, warf als Reaktion daraufhin den Grünen „ein gefährliches Spiel“ vor. Pichl versuche, alle, die wie Michael Stübgen zu Recht auf die Überforderung der Gemeinden mit der ungesteuerten Zunahme irregulärer Migration hinweisen, als Hetzer zu verunglimpfen, „um damit von der eigenen Hilflosigkeit abzulenken“, so Redmann.

Die Grünen-Delegierten begnügten sich auf ihrem Landesparteitag allerdings nicht nur damit, die CDU scharf anzuge-



Die beiden Grünen-Vorsitzenden Alexandra Pichl (r.) und Hanna Große Holtrup: Poltern gegen die Koalitionspartner

Foto: pa

hen. Ohne viel Rücksicht auf den Koalitionspartner SPD zu nehmen, bezeichnete Petra Budke, die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, den Rücktritt der Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) als einen „bildungspolitischen Offenbarungseid“.

Auch auf dem Gebiet der Asylpolitik knirscht es zwischen den Grünen und der SPD kräftig. Im Vorfeld des Flüchtlingsgipfels der Ministerpräsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am 10. Mai hatte sich Brandenburgs sozialdemokratischer Regierungschef Dietmar Woidke für eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten ausgesprochen. Konkrete Länder nannte einige Tage später dann der CDU-Chef Redmann. Nach dessen Angaben kommen jedes Jahr mehrere hundert Georgier ins Land, bei denen die Anerkennungsquote als Asylbewerber bei Null liege. Auch Kenia und Vietnam sind aus Sicht Redmanns sichere Herkunftsstaaten.

Nach Einschätzung des Brandenburger CDU-Chefs liegt der Anteil der Asylsucher in Brandenburg, die keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben, sogar bei 70 Prozent. Völlig andere Vorstellungen hat dagegen Budke. Sie will mit Qualifizierungsmaßnahmen möglichst vielen Asylsuchern ein Bleiberecht ermöglichen.

## „Werden nicht aufhören zu nerven“

Beobachter nennen regelmäßig einen wichtigen Faktor, der die Grünen zu so einem schwierigen Koalitionspartner wie in Brandenburg macht: Die Partei halte bis heute weitgehend an einer Trennung von Amt und Mandat fest. Als Folge haben beispielsweise die beiden Grünen-Minister Ursula Nonnemacher und Axel Vogel ihre Landtagsmandate abgegeben. Auch Mitglieder der Grünen-Landtagsfraktion spielen auf Parteiebene nicht die Rolle wie in anderen Parteien. Die Kehrseite dieser Trennung von Amt und Mandat zeigt sich darin, dass aus der Partei mit-

unter wesentlich radikalere Forderungen kommen als von den Grünen-Ministern in der Regierung oder von der Fraktion.

Abgemildert wurde dies in der Vergangenheit durch die frühere Grünen-Landesvorsitzende Julia Schmidt. Die 29-jährige Studentin war vom Landesvorstand im Februar zum Rücktritt aufgefordert worden. Begründet worden war dies mit dem Fehlen einer Vertrauensgrundlage für eine weitere Zusammenarbeit.

Hinter den Kulissen war Schmidt bis dahin allerdings für SPD und CDU ein verlässlicher Ansprechpartner gewesen, wenn für Konflikte innerhalb der Dreierkoalition Lösungen gefunden werden mussten. Ihre Nachfolgerin will diese Vermittlerrolle offenbar nicht übernehmen. Die auf dem Grünen-Parteitag Ende April neu gewählte Co-Landeschefin Hanna Große Holtrup kündigte nämlich unter heftigem Beifall der Delegierten an: „Wir werden nicht aufhören, unsere Koalitionspartner zu nerven.“

## GESUNDHEIT

# Kassenärzte attackieren schwarz-roten Senat

Berlins neue Landesregierung mache völlig unrealistische Versprechen – Lage verschlechtere sich

Kaum im Amt, droht dem schwarz-roten Berliner Senat Ärger mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV). Die Ärztevereinigung beklagt realitätsfernes Wunschenken bei den im Koalitionsvertrag enthaltenen gesundheitspolitischen Programmpunkte. Dort sei ein buntes Maßnahmen-Potpourri mit vielen Versprechungen enthalten: „Die Politik wünscht sich immer eine bestmögliche Gesundheitsversorgung, wohnortnah, 24 Stunden, sieben Tage die Woche.“

Doch selbst der bisherige Standard sei nicht mehr realistisch. Das gewohnte „Rundum-Wohlfühl-Programm“ mit freiem Zugang zu allen medizinischen Angeboten lasse sich nicht mehr aufrechterhalten. Die Ärztervertretung kritisiert: „Vor dem Hintergrund dieser Mammutaufgabe stimmt es uns zunächst wenig optimistisch, dass der Koalitionsver-

trag von CDU und SPD für diese so wichtigen Themen echte Lösungsansätze vermissen lässt.“

135 unbesetzte Hausarztpraxen allein in den Bezirken Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick machen ein gewaltiges Personalproblem deutlich. Die KV weist zudem auf eine nicht auskömmliche Finanzierung der Praxen, sinkendes Interesse an der Niederlassung und eine immer älter werdende Bevölkerung hin. Statt dies ins Auge zu fassen, glaube der Senat, eine Erweiterung der ambulanten ärztlichen Versorgung etablieren zu können. Die KV fragt, wie die gewünschten Leistungserweiterungen realisiert werden sollten.

Die neue Gesundheitsministerin Ina Czyborra von der SPD löste dieser Tage ihre Vorgängerin Ulrike Gote von den Grünen ab. Czyborra gehört dem ä-

ßersten linken Flügel ihrer Partei an und dürfte ihren Posten auch deswegen bekommen haben, um diesen Teil ihrer Partei zufriedenzustellen. Sie sitzt seit 2011 im Berliner Abgeordnetenhaus und hat immerhin einen Studienabschluss – aber in prähistorischer Archäologie. 2001 promovierte sie. Anschließend war sie in unterschiedlichen Museen und an Ausgrabungsprojekten tätig. Mit der Gesundheitspolitik hat sie bislang nichts zu tun gehabt.

## Patienten als Protestpotential

Nunmehr muss sie sich kurzfristig Fachwissen aneignen oder Mitarbeiter gewinnen, die etwas davon verstehen. Eine Schonfrist wird ihr die KV nicht gewähren: „Anstatt den Patienten zu vermitteln, wann ein Notfall vorliegt und welche Versorgungsangebote dann be-

reitstehen, sollen kostenintensive neue Strukturen geschaffen werden“, kritisiert die Vereinigung. Czyborra könnte einfach die Teile des Regierungsprogramms überarbeiten und die Teile inkassieren, die offenbar fachkundiges Wunschenken widerspiegeln. Eine zunehmende Anzahl empörter unzureichend versorgter Patienten stellt auch ein nicht zu unterschätzendes Protestpotential dar.

Einen ersten Warnschuss gab es schon im Januar. Da gab die KV Berlin bekannt, dass sie wegen Überlastung und Personalmangels die Vermittlung von Krankentransporten aufgabe. „Bei der Vermittlung handelt es sich um eine Serviceleistung gegenüber den Versicherten, die von der KV Berlin in den vergangenen Jahren freiwillig übernommen wurde.“ Dies sei nun nicht mehr möglich. Frank Bückler

## KOLUMNE

## Vorsicht Roth!

VON VERA LENGSFELD

Claudia Roth hat im Gegensatz zu anderen Kabinettsmitgliedern so etwas wie eine Miniqualifikation für ihr Amt als Staatsministerin für Kultur mitgebracht: Zwei Semester Theaterwissenschaften, Assistentin im Theater und Managerin einer Band. Das heißt noch lange nicht, dass sie auch für ihr Amt befähigt wäre. Sie machte Front gegen das Kuppelkreuz auf dem Berliner Schloss, musste sich in Afrika, wo sie auf Antikolonialisierungs-Mission war, anhören, dass dies ein Problem der alternden Europäer sei, die jungen afrikanischen Länder hätten andere Sorgen. Eine Glanzleistung sollte die Rückgabe der Benin-Bronzen sein, was gründlich schiefging, denn in Nigeria hat es deutschen Kolonialismus nie gegeben, von einem unbedeutenden Streifen am Ostrand des Landes abgesehen. Nun sind die Stücke gar der Öffentlichkeit entzogen, weil sie einem Königshaus übergeben wurden.

Verheerend für Roths Image war die Kasseler Dokumenta, wo offene Antisemiten das Sagen hatten und dies für übelste Propaganda gegen den Staat Israel nutzten. Hat Roth da eine lückenlose Aufklärung gefordert? Nicht, dass ich wüsste. Nun dagegen hat die Staatsministerin ein Machtwort gesprochen. Sie verlangt „lückenlose Aufklärung“ im Fall Till Schweiger. Anders als bei den Antisemiten auf der Dokumenta sind die Vorwürfe gegen Schweiger allerdings alles andere als bewiesen. Es handelt sich eher um das leider übliche denunziatorische Geraune, das einer Hexenjagd gleicht. Warum Schweiger? Im Jahr 2015 war er als bedingungsloser Unterstützer der Merkelschen Grenzöffnung für unkontrollierte Einwanderung ein Liebling von Roth, die seit Jahrzehnten „offene Grenzen“ fordert.

Nun aber hat Schweiger die „Klimapolitik“ der Grünen scharf kritisiert und wurde umgehend aus allen Rohren beschossen. Eine Retourkutsche für unbotmäßige Regierungskritik?

## MELDUNG

## Denkmalschutz soll weichen

Potsdam – Laut einem Gesetzentwurf zur Neufassung des brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes sollen Schutzgebiete um Denkmäler reduziert werden, um den Ausbau sogenannter Erneuerbarer Energien zu erleichtern. Vertreter der Windenergiebranche geht der vorliegende Gesetzentwurf allerdings noch nicht weit genug. Laut einem Bericht des rbb hat das brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege eine Liste mit 93 Denkmälern erstellt. Aufgelistet sind Weltkulturerbestätten und auch Schlossanlagen sowie Gutshäuser, die als „besonders landschaftsprägende Denkmale“ angesehen werden. Nach Berechnungen des Windkraft-Projektierers WPD betrifft die Denkmalliste ein Drittel der Landesfläche. Ein Vertreter des Unternehmens bezeichnet dies als „völlig unverhältnismäßig“ und fordert die Prüffälle auf maximal 25 Denkmäler zu begrenzen. Jan Hinrich Glahr, Vorsitzender des Landesverbandes Windenergie Brandenburg, moniert, dass durch die Denkmalschutz-Verordnung der Ausbau von Windenergie ausgebremst werde. H.M.



VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Europäische Union will die flächendeckende Einführung digitaler Messsysteme zur Ermittlung des Stromverbrauchs – angeblich, damit die Nutzer dieser sogenannten Smart Meter Energie sparen können. Angesichts dessen hat der Bundestag nun mit den Stimmen der Abgeordneten der Ampelparteien sowie der CDU/CSU-Fraktion und gegen den Willen der Fraktionen der Linken und der AfD das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende (GNDEW) verabschiedet, die den beschleunigten Einbau der angeblich intelligenten Stromzähler vorschreibt. Diese sollen die bisherigen analogen elektromechanischen Ferraris- oder Induktionszähler ersetzen und so bald als möglich an 43 Millionen Messstellen die Verbrauchsdaten der bundesdeutschen Haushalte erfassen und weiterleiten. Deshalb enthalten die Smart Meter auch ein entsprechendes Kommunikationsmodul.

Allerdings bieten die neuen Zähler den Verbrauchern keineswegs nur Vorteile, sondern erlauben perspektivisch ebenso die Rationierung von elektrischer Energie, wenn sie mit einer Steuerbox versehen sind, über die der Übertragungsnetzbetreiber den Strom aus der Ferne abschalten kann. So beispielsweise im Falle von Instabilitäten aufgrund des Fehlens von Sonne und Wind.

Des Weiteren sollen die Smart Meter nicht nur die direkten Stromlieferanten mit allen möglichen Informationen versorgen, sondern noch diverse weitere Institutionen wie die Bilanzkreiskoordinatoren, welche für eine ausgeglichene Gesamtbilanz im deutschen Stromnetz verantwortlich zeichnen. Der daraus resultierende rege Datenverkehr schafft zahlreiche weit offene Einfallstore für Hacker. Daher zeigte sich das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) jahrelang sehr zögerlich, wenn es um die Zertifizierung von Smart Metern ging. Dieses Problem wurde jetzt dadurch aus der Welt geschafft, dass das fest in grüner Hand befindliche Wirtschaftsministerium in Fragen des Einsatzes der „intelligenten“ Stromzähler eine Weisungsbefugnis gegenüber dem BSI erhielt.

Das ändert freilich nichts an der Angreifbarkeit der Smart Meter, welche wie jeder Computer und die meisten Mobiltelefone auch eine IP-Adresse erhalten und dadurch im Internet auffindbar beziehungsweise „ansprechbar“ sind – und zwar von überall her auf der Welt. Dadurch können Hacker eines feindlichen Staates oder Cyber-Terroristen Zugang zum deutschen Stromnetz erlangen, was die Möglichkeit



Beim Neustart für den Smart Meter Rollout: Wirtschaftsminister Robert Habeck präsentiert die Vorteile Foto: imago/Mike Schmidt

## ENERGIE UND ZUKUNFT

## „Intelligente Stromzähler“ sind nicht risikofrei

Übertragungsnetzbetreiber können aus der Ferne auf die Smart Meter zugreifen – Strom-Rationierungen ebenso möglich wie Hackerangriffe

birgt, dieses aus der Distanz zu sabotieren oder gänzlich lahmzulegen. Aber selbst, wenn es sich bei den Personen, die auf die Smart Meter zugreifen, „nur“ um Kriminelle handelt, droht den Nutzern Ungeheimnis: Anhand des Stromverbrauchs lässt sich zum Beispiel ermitteln, ob die Bewohner eines Hauses im Urlaub weilen und Einbrecher somit freie Bahn haben.

### Für Verbraucher nicht zumutbar

Ein weiterer gravierender Nachteil der digitalen Stromzähler sind die Kosten. Im Gegensatz zu den analogen Geräten erfordert ihr Betrieb signifikante Mengen an elektrischer Energie, für die natürlich der Kunde zu zahlen hat. So wie auch für den Einbau und die Software, die nötig ist, um

die Zählerdaten auszulesen, was die Voraussetzung für jegliche Stromersparnis darstellt. Daher kam eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young zu dem höchst ernüchternden Ergebnis: Der massenhafte Einsatz von Smart Metern „führt zu einem gesamtwirtschaftlichen negativen Netto-Kapitalwert, und ist zudem für den Großteil der Kundengruppen wirtschaftlich nicht zumutbar. Selbst bei sehr optimistischen Annahmen kann die Mehrheit der Endverbraucher die mit dem Einbau und der Nutzung intelligenter Messsysteme für sie einhergehenden Kosten nicht durch Stromeinsparungen und Lastverlagerungen kompensieren.“

Teuer dürfte die Verbraucher zudem auch eine andere Eigenschaft der angeb-

lich so nützlichen Stromzähler kommen, nämlich deren Ungenauigkeit. Bei Smart Metern wurden erhebliche Differenzen zwischen dem tatsächlichen und dem gemessenen Verbrauch beobachtet. Beispielsweise registrierten Forscher der niederländischen Universität Twente bei manchen Geräten Abweichungen nach oben von bis zu 600 Prozent. Allerdings haben Mitarbeiter im Energieversorgungssektor von Malta gezeigt, dass der Kunde sich gegen eine derartige staatlich sanktionierte Ausplünderung wehren kann, wenn er über das nötige technische Wissen verfügt und juristische Normen ignoriert. Die Malteser manipulierten etliche Smart Meter auf der Mittelmeerinsel, woraufhin diese deutlich weniger anzeigten.

## DAYTRADING

## Aktienhandel mit Suchtpotential

Stundenlang auf die Kurse starren: Börsenspekulation für Jedermann birgt ein hohes Risiko

Im Homeoffice durch eine selbstständige Tätigkeit ein hohes Einkommen zu erwirtschaften, davon träumen nicht wenige, vor allem junge Leute. Weniger attraktiv ist solch ein Modell mit der zusätzlichen Option, sich täglich mit dem Einsatz von eigenem oder geliehenem Geld auf kurzfristige Börsenspekulationen einzulassen und damit auf ein beständiges, hochriskantes Gewinn- und Verlustspiel, das zudem oftmals mit vielen Stunden Stillsitzen vor dem Computerbildschirm verbunden ist.

Dennoch gibt es passionierte Börsenzocker, die sich dem sogenannten Daytrading oder Intraday-Handel als hauptberuflicher Einkommensquelle verschrieben haben. Daytrading ist im Finanzwesen die Bezeichnung für den taggleichen Handel mit Wertpapieren an einer Börse unter Ausnutzung der Kursschwankun-

gen. Man muss ein geduldiger Spielertyp sein, dem es nichts ausmacht, täglich in Spähposition vor dem Computerbildschirm zu verharren „wie die Katze vor dem Mauseloch“. Diese Form der kurzfristigen Börsenspekulation hat ein hohes Suchtpotential.

### Kauf und Verkauf an einem Tag

Während Investoren ihr Kapital langfristig über viele Jahre anlegen, eröffnen und schließen Daytrader ihre Wertpapierpositionen innerhalb eines einzigen Tages. Dabei versuchen sie, mittels geringer Kursschwankungen Profit zu erzielen. Beim einfachen Finanzprodukt wie einer Aktie treten in der Regel an einem einzigen Tag keine großen Volatilitäten auf, sodass sich das Trading lohnen würde. Daytrader handeln daher mit Derivaten, also Finanzprodukten, deren Preisent-

wicklung von einem zugrundeliegenden Basiswert (Aktien, Zinsen, Rohstoffe, Indizes, Währungskurspaare oder Geldmarktinstrumente) abhängt. Es wird gewettet, dass sich der Basiswert in eine bestimmte Richtung bewegt. Dabei werden kleine und kurzfristige Kursschwankungen des einzelnen Wertes beobachtet. Der Trader kann innerhalb von wenigen Minuten handeln oder im Verlauf des Tages seine Wertpapiere verkaufen.

Um Erfolg als Daytrader zu haben, muss man sich das notwendige Wissen selbst aneignen. Erfolgversprechend ist eine monate-, mitunter jahrelange Schulung bei einem Broker zum Preis von mehreren Tausend Euro. Häufig sitzen die Broker in Nord- oder Südamerika und unterrichten täglich ihre Schüler in aller Welt. Wer beim Üben mit fiktivem Geld auf einem Demokonto Erfolg verzeich-

nen konnte, die Glücksgefühle auslösen, ist diesem Geschäft vielleicht schon verfallen. Man glaubt, kein allzu hohes Risiko einzugehen, da die Mindestzahlung bei den meisten Brokern unter 100 Euro liegt. Das Geschäftsmodell ist jedoch hochrisikoreich. Das eingesetzte Kapital kann durch Totalverluste verloren gehen.

Wurden die Transaktionen durch Kredite bei dem Broker finanziert, erhöht sich dementsprechend das Risiko. Daytrading entstand vor rund zwei Jahrzehnten. Heute ist der private Daytrader Konkurrent von unzähligen Akteuren im Hochfrequenzhandel (High-Frequency-Trading, HTF). HTF hat die Profitabilität der Daytrader zunehmend negativ beeinflusst. Nach Studienlage liegt die Wahrscheinlichkeit für einen dauerhaften Erfolg im Daytrading bei unter einem Prozent. Dagmar Jestrzemska

## MELDUNGEN

## Vorteile fürs Ausland

Berlin – Bei einer öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses beklagten Experten Wettbewerbsnachteile deutscher Seehäfen im Vergleich zu den europäischen Kontrahenten in Antwerpen und Rotterdam. Die Klagen bezogen sich auf zu geringe finanzielle Mittel für den Aufbau der Hafeninfrastrukturen, vielfältige Kostennachteile wie die Erweiterung der Tonnagesteuer auf reedereigene Terminals, die Einfuhrumsatzsteuer sowie höhere Mieten und Pachten in deutschen Häfen. In Rotterdam dagegen würden die Kaianlagen der Terminals nicht vermietet, sondern zu 100 Prozent vom Staat übernommen. Dort sei die Produktivität höher, weil die Liegezeit der Schiffe kürzer ist. 2022 wurde weniger Ladung umgeschlagen als im Vorjahr, und auch dieses Jahr läuft schlecht. Bremen liegt beim Stückgut 20 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums. Laut den Experten schlägt der massive Verlust von Marktanteilen gegenüber Rotterdam und Antwerpen noch gravierender zu Buche. MRK

## Kein Verzicht auf Rügen

Berlin – Auf einer Sitzung des Petitionsausschusses, bei der über die Petition der Gemeindevertretung des Ostseebads Binz auf Rügen verhandelt wurde, in der sich knapp 95.000 Unterzeichner gegen den Bau des größten Offshore-Flüssiggas-Terminals Europas in direkter Nachbarschaft zum Biosphärenreservat Südost-Rügen ausgesprochen hatten, erklärte der grüne Parlamentarische Staatssekretär Stefan Wenzel, dass auf den Standort für das geplante LNG-Terminal nicht verzichtet werden könne. Auf die Frage, ob das Terminal für die Energieversorgung benötigt werde oder ob es nur um einen Lagerort für Überkapazitäten gehe, antwortete Wenzel, dass allein mit den Anlagen in der Nordsee die Gas-Versorgung der östlichen Bundesländer nicht gewährleistet werden könne. Zudem könnten fünf EU-Länder ohne eigene Häfen mit Flüssiggas versorgt werden. Von Rügen aus könne auch der Osten der Ukraine beliefert werden. MRK

## Japan umgeht Preisdeckel

Tokio – Als einziger der G7-Staaten hält Japan sich nicht an die vom Westen beschlossene Preisobergrenze von 60 US-Dollar für russisches Öl. Wie das „Wall Street Journal“ berichtet, hat die japanische Regierung eine Ausnahmegenehmigung von den USA erwirkt. So kann Japan weiterhin russisches Öl zu Preisen oberhalb des Preisdeckels importieren. Zur Begründung führte Tokio seine Abhängigkeit von russischen Energieträgern an. Die von der EU und den G7-Ländern beschlossene Preisobergrenze liegt bei hochwertigen russischen Ölen wie Diesel bei 100 US-Dollar und bei günstigeren Produkten wie Heizöl bei 45 US-Dollar pro Fass. Tokio unterstützt zwar die Sanktionen, hält aber an seinem Engagement am Förderprojekt Sachalin II fest, da es vor allem eine wichtige Bezugsquelle für Flüssiggas (LNG) für das Land darstellt. MRK

## ZWISCHENRUF

# Der Papst im toten Winkel deutscher Medien

MARTIN BÖHM

Nachdem Franziskus 2021 anlässlich des Eucharistischen Kongresses die ungarische Hauptstadt Budapest nur für einige Stunden besuchte hatte, verbrachte er vom 28. bis zum 30. April ganze drei Tage in Ungarn. Kein Wunder, dass das ganze Land schon im Vorfeld im Papstfieber war und sich Wochen vorher herausputzte. Zeitgleich wurde viel gemunkelt, was wohl die Absicht des Papstes hinter diesem intensiven Aufenthalt sein könnte. Einige erwarteten eine Ohrfeige für die restriktive ungarische Migrationspolitik, andere wiederum hofften auf Worte der Vernunft und des Friedens in kriegerischen Zeiten – und damit auf Bestätigung für den Kurs der ungarischen Regierung, die für Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine eintritt.

Wer in den vergangenen Tagen die Berichterstattung deutscher Leitmedien zum Papstbesuch verfolgte, bekam denn auch ein klares Bild: „Papst ruft Ungarn zu mehr Offenheit gegenüber Migranten auf“ war dort zu lesen, genauso wie „Franziskus wirbt in Ungarn für offene Türen“ oder auch „Papst-Appell für Migranten in Ungarn“. Vor allem diese Botschaft sei es gewesen, die der Papst in Ungarn verkündet habe.

Tatsächlich kritisierte Franziskus die Politik der verschlossenen Türen, was als Kritik an der Migrationspolitik Ungarns verstanden werden kann. Ganz im Gegensatz dazu schreiben aber regierungsnah wie -kritische ungarische Medien einhellig positiv über den Papstbesuch, der eine große Ehre für das Land darstelle. Von Papst Franziskus' Appell für offene Türen ist da nur am Rande die Rede. Ist das nur ein Missverständnis? Oder tappen die deutschen Medien wieder einmal im Dunkel des toten Winkels der Ungarnberichterstattung umher?

Sicher ist, die Botschaften des Papstes machten nicht beim Thema Migration halt und waren so komplex und vielfältig wie sein dreitägiger Besuch. Franziskus traf sich mit einer Vielzahl politischer, religiöser und kultureller Würdenträger. Von Vier-Augen-Gesprächen mit Viktor Orbán und Staatspräsidentin Katalin Novák über ein Treffen mit dem oppositionellen Bürgermeister

Budapests, Gergely Karácsony, bis hin zu einer halbstündigen Rede vor Amtsträgern des ungarischen Staates im Karmelitenkloster war alles dabei. In den drei Tagen traf sich der Heilige Vater mit Vertretern der verschiedenen Glaubensrichtungen Ungarns, so auch mit dem Metropoliten der russisch-orthodoxen Kirche in Ungarn und der griechisch-katholischen Kirche. Franziskus redete mit Vertretern der Roma, der Juden und kam mit Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine zusammen. Stets lobte er dabei die Brückenfunktion Budapests und die religiöse wie kulturelle Vielfalt des Landes. Auch würdigte er den Einsatz der Ungarn bei der Hilfe und Unterstützung für Geflüchtete aus der Ukraine. Den Höhepunkt seiner Reise bildete die Heilige Messe auf dem Kossuth-Platz vor dem ungarischen Parlament, der Zehntausende folgten.

In seinen Reden lobte Franziskus auch die auf christlichem Fundament stehende ungarische Familienpolitik, die er im Kontrast zur Gender-Ideologie sieht, welche die Form eines „ideologischen Kolonialismus“ sei. Dagegen kritisierte er die Uniformitätsbestrebungen in der Europäischen Union, die den Anschein mache, zu einem dunstförmigen supranationalen Gebilde zu werden. Der Ausspruch des Papstes „Wir brauchen die Einheit in Europa so, dass niemand in seiner Einzigartigkeit geschmälert wird.“ kann daher auch als Bestätigung der gegenwärtigen ungarischen Politik verstanden werden, die für mehr Freiheit in der Einheit kämpft. Den Kern der päpstlichen Reden machte freilich der Appell für den Frieden aus. „Der Chor, der den Traum vom Frieden singt“, so Franziskus, „stirbt aus, während die Solisten des Krieges sich ihren Weg bahnen.“ Und er fügte hinzu, dass es in Europa an wahren Friedensbemühungen und diplomatischen Initiativen mangle.

Dass Ungarn in grundlegenden Fragen einen anderen Weg geht als der europäische Mainstream ist offensichtlich. Dass es dafür auch noch Lob vom Papst bekommt, war einer Vielzahl deutscher Medien ein Dorn im Auge. Deshalb verbeißen sie sich lieber auf Franziskus' Kritik an der ungarischen Migrationspolitik – ob diese berechtigt ist oder nicht, mag dahingestellt sein.



Legitimation durch eine höhere Instanz: König Charles empfängt die Krone aus den Händen des Erzbischofs von Canterbury

## LEITARTIKEL

## Ein heiliger Akt

RENÉ NEHRING

Dieses Ereignis war nicht nur selten, sondern auch aufschlussreich. Am vergangenen Sonnabend fand in London die Krönung von König Charles III. statt. Die erste Krönung eines britischen Monarchen in diesem Jahrhundert und die 40. in der Westminster Abbey seit dem Jahr 1066.

Natürlich war das Wochenende ein Spektakel für die Klatschpresse. Wieder einmal widmeten sich selbst anspruchsvolle Medien mitsamt ihren selbstgekürten „Adelsexperten“ ihren Lieblingsthemen, allen voran dem Schicksal des zweiten Sohnes des neuen Königs, Prinz Harry.

Wer sich von diesem Getuschel freimachte, konnte einem ganz anderen Ereignis beiwohnen – der Selbstvergewisserung einer alten europäischen Staatsform, die es seit der ersten Tagung des englischen Parlaments im Jahre 1265 über alle Kriege und Abrisse in den Ahnenreihen hinweg immer wieder vermochte, demokratische und royale Elemente miteinander zu vereinen.

Der eindrucksvolle Höhepunkt dabei war der Krönungsakt in der Westminster Abbey, geleitet durch den Erzbischof von Canterbury, Justin Welby. In dieser Zeremonie offenbarte sich das ganze Selbstverständnis der britischen Monarchie als einer tief im Christentum fußenden Staatsform. So bekam Charles nach der Huldigung der Anwesenden eine Bibel über-

reicht, auf die er anschließend den Eid leistete, sowohl jedes seiner Länder mit Gerechtigkeit und Milde zu regieren, als auch den Protestantismus im Vereinigten Königreich aufrechtzuerhalten und die Church of England mitsamt ihren Bischöfen und Geistlichen zu verteidigen.

Der intimste Moment war – eingeraht in liturgische Gesänge, Lesungen aus der Heiligen Schrift, die Predigt des Erzbischofs und die „Krönungshymnen“ von Georg Friedrich Händel – die Salbung des Monarchen. Zur Wahrung der Heiligkeit dieses Momentes wurde von Gardesoldaten ein dreiseitiger Wandschirm um den Krönungsstuhl aufgebaut, auf dem der Monarch, der zuvor einem Büsser gleich sein Gewand abgelegt hatte, saß und die Salbung des Erzbischofs entgegennahm. Das Öl dafür stammte aus Jerusalem und war vom dortigen Patriarchen der Orthodoxen Kirche gesegnet worden.

## „God save the King“

Es folgte die Präsentation und Anlegung der königlichen Insignien: der Sporen, des Staatsschwertes, des Armreifens, des Krönungsmantels, des Reichsapfels, des Krönungsringes, des Krönungshandschuhs sowie des Zepters mit dem Kreuz und des Zepters mit der Taube. Schließlich wurde dem König die durch den Erzbischof gesegnete St.-Edwards-Krone aufgesetzt, gefolgt von lauten „God save the King“-Ausrufen. Mit der Huldigung des Erzbischofs, dem

Treueschwur des neuen Prinzen von Wales, der Krönung der Königin Camilla (siehe unten) und einem Abendmahl endete das denkwürdige Ereignis.

Es ist bedauerlich, dass die übertragenden deutschen Fernsehsender all dies zwar zeigten, in seiner Bedeutung jedoch kaum zu würdigen wussten. Stattdessen philosophierten sie abwechselnd über die Stimmung in der königlichen Familie oder ob die Briten wieder zurück in die EU kommen sollten oder ob diese überhaupt noch eine Monarchie haben wollten.

Die Antwort auf die letzte Frage gaben die Briten selbst. Nachdem der König und die Königin im Anschluss an den Gottesdienst mit tausenden Gardesoldaten in der Krönungsprozession zurück zum Buckingham-Palast gezogen waren, folgten binnen weniger Minuten hunderttausende Bürger in endloser Schar über die königliche Mall vor den Sitz des Königs in London, um ihn und seine Gemahlin hochleben zu lassen. Kein Bundeskanzler, kein Präsident und kein Premierminister würde je einen solchen Auflauf hervorufen.

Gemeinsam zeigten das britische Königshaus und seine Anhänger, dass eine Monarchie weit mehr ist als bunte Bilder. Es ist eine Staatsform, die auf einem anderen Verständnis von Gemeinschaft fußt als die modernen Verfassungsstaaten – und gerade deshalb eine Tiefe und Bindung erreicht, die letzteren zumeist verwehrt bleibt.

## PORTRÄT

## Vom „Rottweiler“ zur Queen

Queen Camilla ist ungefähr so alt wie ihr Ehemann King Charles III., ein Jahr jünger. 1970 lernten sich die beiden bei einem Polospiel kennen. Zwei Jahre später gestand er ihr seine Liebe. Doch eine Ehe zwischen den beiden schien unmöglich. Denn Camilla Rosemary Shand, so ihr Geburtsname, war bürgerlich, und Jungfrau war die mittlerweile Mitte 20-Jährige wohl auch nicht mehr.

So gingen sie getrennte Wege. Sie heiratete 1973 den ebenfalls bürgerlichen Andrew Parker Bowles, und Charles vermählte sich acht Jahre später mit Diana Frances Spencer. Lady Di, wie sie liebevoll genannt wurde, war nicht nur adelig und bei der Eheschließung noch Jungfrau, die bei ihrer Eheschließung gerade 20 Jahre alte, ihrem Beruf nach zu schließen auch noch kinderfreundliche Blondine begeisterte mit ihrem Rehblick aus schüchtern gesenktem Haupt Millionen. Die Eheschließung zwi-

schen der jungen Lady und dem damals 32-jährigen Prince of Wales schien märchenhaft. Millionen Männer beneideten Charles. Umso mehr Unverständnis erntete er dafür, dass er dieser vermeintlichen Traumfrau und Märchenprinzessin einen fast eineinhalb Jahrzehnte älteren „Rottweiler“ mit eher herbem Charme vorzog.



Königin Camilla im Grünen Salon des Buckingham-Palastes mit der Krone von Königin Mary

Dianas tragischer Tod 1997 zeigte noch einmal die immensen Sympathien, welche die „Prinzessin der Herzen“ genoss. Aber sie stand nun nicht mehr zwischen Charles und Camilla, die sich 1995 einvernehmlich von ihrem Ehemann hatte scheiden lassen. 2005 heirateten die beiden Geschiedenen und sie waren endlich auch offiziell ein Paar.

Im Gegensatz zur märchenhaften Traumhochzeit von 1981 gab es diesmal allerdings nur eine standesamtliche Trauung. Die Ehe wirkte fast wie eine morgantatische, eine zur linken Hand.

Das änderte sich jedoch schon zu Lebzeiten von Queen Elizabeth. Nach dem Tod seiner Mutter trieb Charles als König diese Entwicklung voran. Auf seinen Wunsch hin wurde nun mit ihm auch seine Frau gekrönt. Aus der Queen Consort seit dem Tode Elizabeths wurde die Queen an der Seite des King. *Manuel Ruoff*

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

**Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werberbotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

## Heldentaten und ein verlorenes Herz

„Des Kaisers letzte Reise“ – Ausstellungen in Sachsen-Anhalt ehren den vor 1050 Jahren gestorbenen Otto den Großen

VON VEIT-MARIO THIEDE

Nach sechs Jahren in Italien begab sich Kaiser Otto I. im Spätsommer des Jahres 972 auf die Rückreise in seine sächsische Heimat. Der vor 1111 Jahren geborene Herrscher traf zum Palmfest anno 973 in Magdeburg ein, wo er im Dom die zuvor vom Papst beurkundete Gründung des Erzbistums Magdeburg verkündete.

Seine nächste Reisestation war Quedlinburg, wo er das Osterfest feierte und auf einem Hoftag Delegationen aus vielen Ländern empfing. Christi Himmelfahrt beging der Kaiser in Merseburg. Anschließend besuchte er die Pfalz Memleben – wo er am 7. Mai 973 für alle unerwartet verstarb. Die im heutigen Sachsen-Anhalt gelegenen vier Otto-Orte nehmen den 1050. Todestag des Kaisers zum Anlass für Ausstellungen und Veranstaltungen.

Magdeburgs ottonischer Dom brannte 1207 ab, doch im gotischen Nachfolgebau befinden sich antike Objekte, die Otto aus Italien mitbrachte: der Taufstein sowie Säulenschäfte. Zwischen den östlichen Vierungspfählern ruhen Ottos Gebeine in der originalen Marmortumba. Sein Nachleben ist Thema der im Kulturhistorischen Museum präsentierten Sonderschau „Kaiser Otto in der Erinnerung späterer Zeiten – Welche Taten werden Bilder?“. Aufgeboten sind Exponate vom Mittelalter bis zur Gegenwart in thematischer Ordnung. Sie rufen wichtige Ereignisse aus Ottos Leben in Erinnerung, stellen ihn als Stifter von Bistümern, Klöstern und Kirchen vor oder rühmen seine Heldentaten.

### Triumph am Lechfeld

Sein größter Triumph war der mit Kontingenten aus allen Teilen des deutschen Reiches anno 955 errungene Sieg über die Ungarn auf dem bei Augsburg gelegenen Lechfeld. Daran erinnern Historienbilder wie der von Wilhelm Lindenschmit dem Älteren gemalte „Einzug Ottos des Großen in Augsburg nach der Schlacht auf dem Lechfeld“ (vor 1846).



Von zwei Jungfrauen begleitet: Der Magdeburger Reiter im Kaiser-Otto-Saal des Kulturhistorischen Museums

Foto: Thiede

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Schau den „starken Frauen“ aus Ottos Umfeld. Hier treten die 946 gestorbene Editha und die italienische Königswitwe Adelheid auf, die Otto 951 heiratete. Ein Holzschnitt (1501) aus der Werkstatt Albrecht Dürers zeigt die Kanonisse und Dichterin Roswitha von Gandersheim, die dem Kaiser ihr Epos „Die Taten Ottos“ überreicht.

Eine kleinformatige Reproduktion vertritt das von Otto Marcus für den Sitzungssaal des Quedlinburger Rathauses geschaffene Wandbild „Weihe Mathildes als Äbtissin von Quedlinburg“ (um 1900).

Dargestellt ist ein Ereignis des Jahres 966: Der weißbärtige Kaiser überreicht seiner erst elf Jahre alten Tochter den Äbtissinnenstab des von ihm zum ewigen Gebetsandenken an seinen Vater Heinrich I. gegründeten Kanonissenstifts.

Zwar werden die Bauwerke auf dem Quedlinburger Schlossberg saniert, aber die Stiftskirche steht den Besuchern offen. In deren eindrucksvoller Krypta befinden sich die Gräber der Äbtissin Mathilde und ihrer gleichnamigen Großmutter. Die war mit König Heinrich I. verheiratet, dessen Grab leer ist. Vor Jahrhunderten betteten die Kanonissen Heinrich

um. Sein neuer Ruheort ist in Vergessenheit geraten. In den Seitenarmen des Querschiffes ist der berühmte Schatz der Stiftskirche ausgestellt. Otto der Große stiftete den aus Alabaster angefertigten „Kana-Krug“ (1. Jh.), der nach alter Überlieferung bei der in der Bibel geschilderten Hochzeit zu Kana zum Einsatz kam.

### Ottos Tagesheiliger

Im Handschriftengewölbe des Merseburger Doms startet am 18. Mai die Sonderschau „Otto der Große, der heilige Laurentius und die Gründung des Bistums Merseburg“. Urkunden belegen Ot-

tos großzügige Schenkungen zur Ausstattung des Bistums und seines Domes. Handschriften künden vom besonderen Bezug Merseburgs zu Laurentius und dessen früher Verehrung in der Bischofsstadt. Laurentius war der Tagesheilige der Lechfeldschlacht. Ihm gelobte Otto für den Fall seines Sieges die Gründung des Bistums Merseburg. Zu den Glanzlichtern gehört das kürzlich ersteigerte Blatt aus der Chronik, die Bischof Thietmar von Merseburg 1012 bis 1018 über die Ottozeit verfasste.

Von Ottos Zeitgenossen Widukind von Corvey stammt die Chronik „Taten der Sachsen“. Sie enthält einen Bericht über den plötzlichen Tod des Kaisers in Memleben. Mittags habe er sich heiter zu Tisch gesetzt. Später begann er aber zu fiebern und fiel in Ohnmacht. Aus der erweckt, „beehrte er das Sakrament des Leibes und des Blutes Gottes, nahm es und übergab ohne Seufzer mit großer Ruhe den letzten Hauch dem barmherzigen Schöpfer aller Dinge“.

Zu Ehren seines Vaters gründete Kaiser Otto II. in Memleben ein Benediktinerkloster. Vom Kirchenbau des 10. Jahrhunderts haben einige Mauerreste überdauert. Dieses Bauwerk und die benachbarte Kirchenruine des 13. Jahrhunderts feiern dank Digitaltechnik vor den Besuchern ihre Auferstehung. In der Hoffnung, die möglicherweise vor der Bestattung in einen Behälter gelegten Eingeweide Ottos zu entdecken, fanden in den letzten Jahren auf dem Klostergelände archäologische Untersuchungen statt. Die Eingeweide haben die Archäologen zwar nicht entdeckt, aber andere interessante Funde gemacht. Ihnen ist eine Kabinettsschau gewidmet. Sie trägt den irreführenden, dafür romantischen Titel: „Des Kaisers Herz – Archäologische Tiefenfahrtung am Sterbeort Kaiser Ottos des Großen.“

● Im Verlag Schnell und Steiner sind der Katalog zur Magdeburger Sonderschau für 35 Euro sowie der Band „Otto der Große 912–973“ für 30 Euro erschienen. [www.deskaisersletztereise.de](http://www.deskaisersletztereise.de)

### FOTOAUSSTELLUNG

## Zwei Frauen hinter der Kamera

Ausstellung in den Rüsselsheimer Opelvillen stellt die frühen Fotokünstlerinnen Frieda Riess und Yva vor

In das Werk zweier Fotokünstlerinnen des frühen 20. Jahrhunderts führt eine Ausstellung der Rüsselsheimer Opelvillen. Die ältere der beiden, Frieda Riess, wurde 1890 in Czarnikau in der Provinz Posen geboren. Als 17-Jährige begann sie eine enge Zusammenarbeit mit dem Bildhauer Hugo Lederer, der das bekannte Hamburger Bismarck-Denkmal bei St. Pauli geschaffen hat. 1917 eröffnete Riess ihr eigenes Atelier am Berliner Kurfürstendamm.

Der Kontakt zu dem bekannten Kunsthändler und Sammler Alfred Flechtheim ermöglichte es Riess, vielfältige Kontakte zur höheren Gesellschaft zu knüpfen. Sie portraitierte unter anderem Gottfried Benn und Gerhart Hauptmann. In Rom verschaffte ihr die Mussolini-Freundin Margherita Sarfatti Fototermine bei Politikern und Adeligen. Dabei fertigte sie 1929 auch ein Portrait Benito Mussolinis, das sie bis zum Lebensende in ihrem Besitz behielt.

1932 war sie auf der Fotografie-Biennale in Rom mit einem Porträt des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg vertreten. Bereits in diesem Jahr gab sie ihr Berliner Atelier auf, um mit ihrem Lebenspartner, einem damaligen französischen Botschafter, nach Paris zu ziehen. Doch dort war ihr kein Glück beschieden. Eine schwere Krankheit befahl sie. Zudem musste sie nach dem deutschen Einmarsch in Frankreich ihre jüdische Herkunft verschleiern. Sie starb verarmt offenbar Mitte der 1950er Jahre in Paris.

Die zweite Künstlerin, Else Ernestine Neuländer, wurde 1900 als Tochter liberaler Juden in Berlin geboren. Mit nur 25 Jahren eröffnete sie in Berlin ihr eigenes Atelier und legte sich das Pseudonym „Yva“ zu. Sie experimentierte mit neuen Ausdrucksformen und trat ab 1927 als gefragte Modelfotografin in Erscheinung. Durch ihre moderne Bildsprache, die sie unter anderem in den Magazinen „Dame“ und „Uhu“ präsentieren konnte, wurde

sie zum Vorreiter des späteren Werbedesigns. Mit der NS-Machtergreifung ver-



Yva: „Ohne Titel“ (Creme Mouson), 1937

schlechterten sich Yvas Arbeitsbedingungen kontinuierlich. Dennoch konnte sie zunächst Nachwuchsfotografen ausbilden, darunter 1936 bis 1938 den späteren Starfotografen Helmut Newton. Sie wurde schließlich mit ihrem Mann 1942 verhaftet und in das Vernichtungslager Sobibór deportiert, wo sie ums Leben kam.

Während Riess' Arbeiten ein deutlicheres Zeitkolorit anhaftet, wagte Yva eine experimentellere, insofern modernere und zeitloser erscheinende Fotografie. Neben dem gekonnten Spiel mit Licht und Schatten zeigte Yva ein großes Talent in der Wahl ungewöhnlicher Bildausschnitte, mit denen sie Körper und Gesichter einfiel. *Claus-M. Wolfschlag*

● „Frieda Riess und Yva. Fotografien 1919–1937“ bis 4. Juni in den Opelvillen Rüsselsheim, Ludwig-Dörfler-Allee 9, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, sonabends ab 14 Uhr. Eintritt: 8 Euro. [www.opelvillen.de](http://www.opelvillen.de)

### ● MELDUNGEN

## 130-mal Dürer für Berlin

Berlin – Mit „Dürer für Berlin“ begibt sich das Kupferstichkabinett am Kulturforum auf eine Spurensuche zu einem der bedeutendsten deutschen Künstler. Anhand von 130 Meisterwerken führt die Ausstellung vom 12. Mai bis 27. Albrecht Dürers künstlerisches Schaffen exemplarisch vor Augen. *tws*

## Tilla Durieux trifft auf Kolbe

Berlin – Das Georg-Kolbe-Museum in der Sensburger Allee 25 erinnert vom 13. Mai bis 20. August an die 1971 in Berlin gestorbene Schauspielerinnen Tilla Durieux. Der Theater- und Filmstar war eine der meistportraitierten Frauen ihrer Zeit und saß Künstlern wie Slevogt, Corinth oder Barlach Modell. [www.georg-kolbe-museum.de](http://www.georg-kolbe-museum.de) *tws*

ERNST VON IHNE

# Der Wilhelminist unter den Architekten

Vor 175 Jahren kam der typische Vertreter der historisierenden wilhelminischen Barockarchitektur im preußischen Elberfeld zur Welt

VON MARTIN STOLZENAU

**E**rnst Eberhard von Ihne verdankt seinen Ruf seiner Zeit als Hofarchitekt der Hohenzollern. Nach seinen Plänen entstanden in Berlin, Elberfeld, Frankfurt am Main, Essen, Straßburg, Leipzig und Dessau überaus repräsentative Bauten. Vom Baustil her bevorzugte er die Neorenaissance und den Neobarock, doch auch beim englischen Landhausstil nahm er Anleihen. Er wurde vom preußischen König Wilhelm II. 1906 für seine Leistungen in den erblichen Adelsstand erhoben und gilt bis heute als ein Hauptrepräsentant des sogenannten Wilhelminismus.

Vor 175 Jahren, am 23. Mai 1848, wurde der Architekt in Elberfeld geboren. Sein

Vater war der einst bekannte Historiker und Anglist Wilhelm Ihne. Seine Mutter war eine geborene Engländerin und hieß ursprünglich Mary Hull Allen. Die Familie wechselte bald nach London, wo Vater Ihne als Anglist tätig war und Sohn Ernst englische Schulen besuchte. 1863 kehrte die Familie nach Deutschland zurück.

## Deutsche Renaissance

An der Universität Heidelberg hielt der Vater Vorlesungen und der Sohn studierte. Später wechselte der Junior an das Polytechnikum in Karlsruhe, die Berliner Bauakademie und École des Beaux Arts zu Paris. Er war mit der Architekturgeschichte sowie mit allen Kunst- und Baustilen bestens vertraut und eröffnete 1877 zusammen mit Paul Stegmüller ein „Atelier

für Kunstgewerbe“. Zwei Jahre später gründeten die beiden mit anderen den Verein Berliner Architektenverein (VBA), eine Abspaltung des Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Berlin, die den Standpunkten der Freiberufler gegenüber denen der Baubeamtenschaft mehr Gehör verschaffen sollte.

1880 bekamen die beiden Partner vom damaligen Herzog von Sachsen-Altenburg, Ernst I., den Auftrag für den Bau des Neuen Schlosses Hummelshain. Das 1885 fertiggestellte Jagd- und Residenzschloss bei Kahla in Ostthüringen machte Ihne schlagartig bekannt. Es folgten in Berlin die Einrichtung für das Café Keck, das Wohn- und Geschäftshaus Schwartz mit einer neuartigen Eckhauskneipe, die viele Nachahmer fand, und mehrere Villen um

Berlin sowie in Halberstadt, Gleiwitz und Leipzig. 1886 folgte die Trennung von seinem Partner.

## Neobarock

Parallel übernahm er den ersten Auftrag für die Hohenzollern. Ihne gestaltete das Offizierskasino des Leib-Garde-Husaren-Regiments in Potsdam. Dessen Kommandeur war seit 1885 der spätere Kaiser Wilhelm II., der sich mit der Besteigung des Thrones 1888 zum Chef des Regiments ernannte. Das Kasino gedieh zum Volltreffer. Wilhelm und dessen Eltern waren begeistert. In der Regierungszeit Friedrichs III. am 24. Mai 1888 wurde der Künstler königlich preußischer Hofarchitekt. Friedrich III. und seine Ehefrau Victoria sorgten für Aufträge. Nach dem Tod Friedrichs III. waren Kaiserin Friedrich und der neue Kaiser Wilhelm II. seine wichtigsten Förderer.

Ihne gestaltete den Weißen Saal des Berliner Stadtschlusses neu, schuf den Neuen Marstall, das Kaiser-Friedrich-Museum, das heutige Bode-Museum, das Palais Arnim als Sitz der Akademie der Künste, die Staatsbibliothek Unter den Linden und die ersten Institutsgebäude für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Zwischendurch gab es auch immer wieder Bauten außerhalb Berlins. Der Hofarchitekt war gefragt.

## Englischer Landhausstil

Nach dem Schloss Friedrichshof bei Kronberg im Taunus für Kaiserin Friedrich realisierte er verschiedene Landhäuser für Bankiers, das Gutshaus Hemmelmark bei Eckernförde für den Prinzen Heinrich, die Villa Böttinger in Elberfeld, die Villa Born in Frankfurt am Main, die Villa Guillaume in Köln, den Kaiserbahnhof in Potsdam sowie den Kavalierspals im oberschlesischen Neudeck. Vom riesigen Schlosskomplex des Adelsgeschlechtes Henckel von Donnersmarck in Neudeck blieb nach den Zerstörungen von 1945 allein der Kavalierspals von Ihne erhalten. Er gilt jetzt als Kleinod der schlesischen Architekturgeschichte.

Ihne fand auch Zeit für einen Bau in Dessau. Dort entstand 1896 bis 1898 die

Villa Meinert im Stil des Historismus. Sie zeigt das goldene Händchen des begnadeten Architekten bei Stilvermischungen. Das Spektrum reicht von anglierender Spätgotik bis zur Neorenaissance. Der Bau beherbergt heute das Seniorenheim Krötenhof.

Ihnes Wirken sorgte für Anerkennung über die Ernennung zum Hofarchitekten und Erhebung in den erblichen Adelsstand hinaus. Er wurde 1896 Geheimer Oberhofbaurat, 1912 Wirklicher Geheimer Oberhofbaurat, 1913 Träger der Großen Goldenen Medaille für Kunst und 1914 Exzellenz. Trotzdem bewahrte der Aufsteiger im persönlichen Umgang mit Zeitgenossen eine demonstrative Bescheidenheit und Zurückhaltung.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren weniger Ihnes Prachtbauten als Waffen gefragt. Noch vor dem Ende des Krieges, am 21. April 1917, starb Ihne in Berlin. Seine letzte Ruhestätte fand er in der Berliner St.-Hedwigs-Kathedrale.



Neben dem Neuen Marstall und der Staatsbibliothek Berlin eines der bekanntesten Bauwerke Ernst von Ihnes: Das Bode-Museum an der Spitze der Museumsinsel  
Foto: Thomas Wolf/Wikimedia



Ernst Ihne um die Jahrhundertwende

## GESCHICHTSPOLITIK

# Wie NS und DDR deutsche Zentralarchive beeinflussten

Buchvorstellung und Diskussion in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Archive sind das Gedächtnis einer Nation. Sie sind darum auch nicht verstaubte oder weltfremde Einrichtungen. Immer wieder waren und sind sie staatlichen Zugriffen und Begehrlichkeiten ausgesetzt, sei es, dass man sich mittels Akten vor der Geschichte zu rechtfertigen suchte, sei es, dass etwas verheimlicht oder vertuscht werden sollte.

Der Potsdamer Historiker Peter Ulrich Weiß hat unlängst ein Buch über die Entwicklung der Archive in den beiden deutschen Diktaturen des 20. Jahrhunderts veröffentlicht. Seine Studie war jetzt Anlass für ein Gespräch in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin, an dem sich neben dem Autoren Anette Meiburg und Michael Hollmann vom Bundesarchiv sowie der Zeithistoriker Martin Sabrow als Moderator beteiligten. Für die Zuhörer war es ebenso spannend wie lehrreich, in den Archiven diktatorische und demokratische Herrschaftsverhältnisse gespiegelt zu sehen, mehr aber noch, über

das Ethos von Archivaren – „diese Expertenkultur“ – zu erfahren.

In Deutschland wurde 1919 das Reichsarchiv in Potsdam gegründet, nachdem der Frieden von Versailles den Großen Generalstab und damit dessen Heeresgeschichtliche Abteilung untersagt hatte. Schon damals spielten politische Beweggründe mit. Deutschland wollte die Unhaltbarkeit der alliierten Behauptung von der deutschen Alleinschuld am Weltkrieg beweisen, was sich in den 1920er Jahren in der vielzitierten Aktenedition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“ niederschlug. Der zwangsläufig konservative Charakter von Archiven färbte, so zeigt es Weiß in seiner Studie, zwangsläufig auch auf die Beschäftigten ab: „Natürlich war das Reichsarchiv später eine NS-Behörde, aber im Innern gab es doch ein merkliches, den Idealen des preußischen Beamtentums verpflichtetes Beharrungsvermögen.“

Das setzte sich, als bereits 1945 wieder in Potsdam ein „Zentralarchiv“, später

das „Zentralarchiv der DDR“, gegründet wurde, auch dort fort. Das Archiv mit seiner Zentrale in Potsdam und Außenstellen in Merseburg und Coswig galt bis etwa 1960 als eine Art bürgerliches Refugium, was übrigens auch Meinung der SED war, die missliebige Funktionäre wie etwa das hohe Parteimitglied Karl Schirdewan dorthin abschob.

Nach dem Mauerbau änderte sich das allerdings. Die Staatssicherheit reglementierte immer stärker alle Arbeitsabläufe. Die bei Archiven üblichen Anfragen von auswärts wurden rigoros eingeschränkt, solche aus dem Westen zur Hälfte abgelehnt. Zudem wurden in Potsdam nicht mehr als zehn, in Merseburg nur sieben Akten pro Tag ausgegeben, jeder Westbesucher hatte zudem einen „Betreuer“. Erst gegen Ende der 1980er Jahre wurde diese Praxis etwas liberaler.

In der Bundesrepublik wurde 1952 das Bundesarchiv in Koblenz gegründet, das anfangs dem Innenministerium unterstand, heute dem von Claudia Roth ge-

fürten Kulturministerium. Das Bundesarchiv hat sich zu einer umfangreichen Behörde entwickelt. Nach und nach hat es alle größeren Archive auf Bundesebene integriert beziehungsweise vereinnahmt: das DDR-Archiv in Potsdam, das Lastenausgleichsarchiv in Bayreuth, das Militärarchiv in Freiburg, die frühere Auskunftsstelle für Wehrmachtsangehörige in Berlin-Reinickendorf, die Erinnerungsstätte für deutsche Freiheitsbewegungen in Rastatt, die NS-Verbrechensahnung in Ludwigsburg und das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin mit Dependancen in allen ehemaligen DDR-Bezirkshauptstädten. Koblenz blieb Zentrale, aber in Berlin-Lichterfelde wurden die großen Räumlichkeiten der früheren Hauptkadettenanstalt für die Unterbringung immenser Materialien genutzt, wofür inzwischen noch ein Magazingebäude errichtet wurde.

Nach den Worten des Bundesarchivpräsidenten Hollmann kam es nach der friedlichen Revolution zwischen den Archivaren aus Ost und West zu einer Be-

gegnung auf Augenhöhe. Schon im Sommer 1990 wurde bei gegenseitigen Besuchen überlegt, gemeinsame Findbücher anzulegen, um eine Vereinheitlichung des Archivwesens zu erreichen.

Heute ist das Bundesarchiv das alleinige große Archiv auf Bundesebene. Seine Zahlen sind imponierend: 430 Kilometer Schriftgut, 13 Millionen Bilder, 160.000 Filmtitel und rund zwei Millionen Karten, Plakate und Pläne. All das zusammen spiegelt Politik und Gesellschaft in Deutschland. Selbstbewusst sagen Archivare: „Was nicht in den Akten ist, ist nicht in der Welt.“ Dirk Klose



**Peter Ulrich Weiß:** „Deutsche Zentralarchive in den Systemumbrüchen nach 1933 und 1945“, Wallstein Verlag, Göttingen 2022, gebunden, 584 Seiten, 48 Euro

# Vertreter einer starken Mitte Europas

Vor einem Vierteljahrtausend wurde der österreichische Staatskanzler und Präsident des Wiener Kongresses Clemens Wenzel von Metternich geboren. Im Krimkrieg zwischen Ost und West empfahl er eine Politik des Zuwartens auf freiem Standpunkt

VON EBERHARD STRAUB

Die Verbindung zwischen Österreich und Preußen, begleitet von einer allgemeinen Konsolidation aller noch übrigen Kräfte Deutschlands, dieses höchst deutsche und zugleich höchst europäische Staatsprojekt ist das einzige Mittel, den Untergang der Unabhängigkeit von Europa als Folge jener scheußlichen Revolution zu verhindern.“ Mit diesem Grundsatz machte der in Breslau geborene Spross einer preußischen Beamtenfamilie Friedrich von Gentz 1802 in Dresden den österreichischen Gesandten, den Grafen Clemens Wenzel von Metternich, vertraut, der anschließend bis 1805 in Berlin in diesem Sinne für eine Allianz der beiden deutschen Großmächte warb.

Gentz wurde später der engste Mitarbeiter, ja fast ein Freund des nach dem Sieg über Napoleon in den Fürstenstand erhobenen und zum Staatskanzler ernannten Metternich, der in Koblenz vor einem Vierteljahrtausend, am 15. Mai 1773, geboren wurde. Beide zusammen verkörperten den friedlich-freundlichen Dualismus, den sie als Voraussetzung für die Ordnung der deutschen Verhältnisse und der Ruhe in Europa ansahen. Der angeblich undeutsche Reichsaristokrat sah in einer solchen Politik seine deutsche Aufgabe, überhaupt den deutschen Beruf Preußens und Österreichs, in der Mitte Europas gelegen. Daran hielt er bis zu seinem Tode fest.

## Einvernehmen mit Preußen

Im Krimkrieg, während des von England und Frankreich geplanten Versuchs, das europäische Staatensystem umzustürzen und Russland auf ein Großfürstentum Moskau zu beschränken, hat er eindringlich an die deutsche Mitteleuropapolitik erinnert. Er empfahl eine Politik des Zuwartens auf freiem Standpunkt, die es den Staaten der Mitte erlaube, die Rolle des besonnenen Schiedsrichters zu übernehmen. „Deutschland kann den Ausgang des Krieges bestimmen, wenn seine Großmächte einig sind und gemeinsam handeln. Die Gelegenheit ist gekommen und die Notwendigkeit vorhanden, Europa den Beweis zu liefern, dass im Deutschen Bund die Kraft liegt, das europäische Gleichgewicht nach allen Seiten zu wahren.“ Der von Österreich und Preußen geführte Deutsche Bund erschien ihm wie „die Rettungsarche Europas“, von der aus „mit einer Masse von 76 Millionen Menschen“ dem Westen wie dem Osten ein Veto zugerufen werden muss, dass niemand ungestraft überhören kann.

Immerhin war es der Neutralität des Deutschen Bundes zu verdanken, dass der Krimkrieg ein lokales Ärgernis blieb, und sich nicht zu einem großen, den gesamten Kontinent, gar die Welt erschütternden Krieg entwickelte.

Zur „allgemeinen Konsolidation“ in Europa kam es auf dem Wiener Kongress 1814/15. Dort fand das Konzept einer starken Mitte Europas die Billigung der europäischen Mächte, vor allem Englands. Der preussische Staatskanzler Karl August von Hardenberg rief poetisch beschwingt im November 1814 Metternich zu: „Es horst auf derselben Rieseneiche / der Doppeladler und der Schwarze Aar.“

Nach den Erfahrungen in den Kriegen von 1792 bis 1815 mit den revolutionären Franzosen, die aus der Geschichte Geographie in Bewegung gemacht hatten, Staaten auflösend, gründend und Grenzen ununterbrochen verändernd, waren sich beide einig darin, dass Europa eine starke Mitte brauche. Einen Einheitsstaat mit seinem Gewicht verwarfen sie. Beide



Clemens Wenzel von Metternich: Gemälde von Thomas Lawrence aus der ersten Hälfte der 1820er Jahre

misstrauten dem neuen, revolutionären Nationalismus, weil völlig unangebracht für den Frieden in Europa, und dessen Herz, nämlich Mitteleuropa. Nicht Einheit, sondern Einigkeit unter den deutschen Staaten war ihr Ziel, gewährleistet von den beiden deutschen Großmächten, die umsichtig das übrige Deutschland führten und vor Eingriffen der Flügelmächte Frankreich und Russland in ihre inneren Angelegenheiten schützten.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker erschien Metternich eine für Europa unbrauchbare Idee zu sein, die nur Unruhe und Unzufriedenheit bewirken könne und vor allem die Mitte Europas in Unordnung stürzen müsse, von deren Ruhe und guter Ordnung das allgemeine Gleichgewicht abhänge. Deutschland und Italien galten ihm nur als geographische Begriffe oder wunderbar ausgestattete Kulturräume mit einem starken österreichischen Einfluss. Sie waren auf jeweilige Gleichgewichte in ihrer Staatenwelt angewiesen, um das gesamteuropäische Gleichgewicht zu ermöglichen.

Die beiden großen Kulturnationen – Deutschland und Italien – verliehen einem Mitteleuropa von Lübeck bis Palermo eine kulturelle Legitimation, die, wie Metternich hoffte, manche politische Beschränkungen kompensieren könne. Das Programm der concordia, der Eintracht unter den deutschen und italienischen Staaten, in Anlehnung an die beiden deutschen Großmächte, dehnte Metternich auf das

Konzert der fünf leitenden Großmächte aus. Gerade Österreich und Preußen, deren Existenz von der Ruhe in Mitteleuropa abhing, konnten deshalb zusammen mit dem Deutschen Bund und in Übereinstimmung mit der italienischen Staatenwelt dafür sorgen, dass nicht der übertriebene Egoismus einer Großmacht oder der aufgeregte Ehrgeiz von kleinen Völkern, sich zur Nation zu bilden, die notwendige Staatensympathie empfindlich störte.

## Eindämmung der Flügelmächte

In einem System von fünf Mächten kommt es darauf an, sich im Einverständnis mit einem Dritten zu befinden, um stets mögliche Einsprüche erfolgreich abzuwehren zu können, sofern es nicht gelang, Einmütigkeit herzustellen. Gerade die beiden Mittelmächte Österreich und Preußen, stets in Gefahr vom Westen wie vom Osten unter Druck gesetzt zu werden, waren im Sinne Metternichs auf eine maßvolle Politik angewiesen, zu der ihr treuer Zusammenhalt die anderen Staaten aufforderte. Veränderungen waren keineswegs ausgeschlossen, weil die Geschichte, das Leben, immer in Bewegung ist. Erhalten hieß in seinem Verständnis, gehen, nicht stehenbleiben. „Außer den Grundsätzen bleibt auf der Welt nichts stehen: zwischen dem Stehenbleiben auf den Grundsätzen und dem Gehen dort, wo es deren Anwendung gilt, liegt eine tiefe Kluft“, wie er 1854 bemerkte. Österreich, Preußen und der Deutsche Bund

verfügten über ein ausschlaggebendes Gewicht, wenn sie einträchtig beisammenblieben, und seien unersetzlich für die *salus publica* Europae, für das allgemeine Wohl. Sie seien die erhaltenden Kräfte und müssten ihre Pflicht darin erkennen, andere zu mahnen, mit Rücksicht auf die Stabilität nicht allzu forsch auf Neuerungen aus zu sein. Die Bewegung nähre sich aus ihrer eigenen Dynamik, vorangetrieben von Ideen und Ideologien. Die Ruhe fordere eine besondere Pflege.

Von Ideenpolitik oder dem Konzert der Mächte als Wertegemeinschaft hielt Metternich nichts. Ihn störten, wie er oft beteuerte, die breiten, dehnbaren Worte, wie die Zivilisation, die Fortschritte, die Menschenrechte, das europäische Interesse, die sich mit allen möglichen Absichten verbinden lassen, um eigene Interessen moralisch zu verbrämen und andere zu täuschen oder zu diskreditieren, die an konkrete Missverständnisse und deren Auflösung denken, denen es um die Sache selbst geht und nicht um weite Perspektiven, Erweiterung der Horizonte und andere Gemütsgergötlichkeiten der sogenannten Gestalter einer schöneren Zukunft. Er war ein Feind von jedem Pathos, mit dem Engländer und Franzosen gerne ihre praktischen Zwecke umhüllten, um ihnen eine erhabene Würde zu verleihen; er begriff sich als die verkörperte Prosa.

Der Wiener Kongress, nicht zuletzt Metternichs Werk, das Werk unaufgeregter Staatvernunft, ermöglichte einen Frie-

den, der schlecht und recht hundert Jahre bis zum Ersten Weltkrieg dauerte. Das spricht für die Einsicht und die Bereitschaft aller nach 23 Jahren Krieg, sich zu verständigen und in Metternichs Überlegungen zu einer starken Mitte Europas eine Bedingung für die europäische Stabilität zu erkennen.

## Ablehnung von Ideologisierung

Die spätere nationale Einigung der Deutschen und Italiener, von Metternich nicht vorgesehen, hob die Wiener Ordnung nicht grundsätzlich auf. Denn Bismarck, der Schüler Metternichs, verbündete das Deutsche Reich, das saturiert an keine Erweiterung dachte, sofort mit Österreich-Ungarn, Italien kam hinzu, sodass eine starke übernationale Mitte, nur anders organisiert, an die Stelle der früheren trat, immer bemüht mit Russland in gutem Einvernehmen zu stehen.

Russland blieb ein Teil Europas. Doch Metternich gab sich nie Illusionen darüber hin, in dieser miserablen Zeit ideologischer Wirklichkeitsverluste die umfassende Katastrophe nur hinauszögern zu können. „Mein geheimster Gedanke ist, dass das alte Europa am Anfang seines Endes ist. Ich werde, entschlossen mit ihm unterzugehen, meine Pflicht zu tun wissen. Das neue Europa ist andererseits noch im Werden; zwischen Ende und Anfang wird es ein Chaos geben.“

Das Ende vollzog sich dramatisch im Großen Krieg ab 1914, der sich zum Weltkrieg erweiterte und wie einst der Krieg der französischen Revolutionäre als ein Kulturkampf geführt wurde, in dem der Westen auf die Hilfe des Ostens angewiesen war in der Absicht, die Mittelmächte als Feinde der Zivilisation, der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte niederzuringen. Ein Kompromiss mit dem totalen Feind war nicht mehr möglich. Der Krieg wurde zur Straffaktion, den Gerechten gegen Unrechte und Feinde des Menschengeschlechtes führten. Seit über hundert Jahren ist es zu keinem Frieden mehr gekommen und damit zu keiner Ordnung, ob in Europa oder in der Welt, trotz Beschwörungen von Friedensprojekten und einer auf Regeln basierten Weltordnung, in der allerdings eine Supermacht und nicht ein Konzert der Mächte die Regeln bestimmt und über deren Verletzung entscheidet.

Im 20. Jahrhundert wurden übernationale Reiche wie die Donaumonarchie und das Osmanische Reich zerschlagen, das Deutsche Reich aufgeteilt, und Russland stand mit dem Beginn der Revolution vor seinem Zerfall. Es erholte sich wieder, wurde jedoch nie mehr bis auf wenige, kurze Unterbrechungen als Teil Europas behandelt, das ohne diese klassische Großmacht nie zur Ruhe findet. Eine starke Mitte in Europa gibt es nicht mehr. Die Balkanisierung Europas hat in der Mitte ein Vakuum geschaffen. Das Chaos, von dem Metternich gesprochen hat, ist eingetreten. Es ist gar nicht abzusehen, wann sich aus ihm eine neue Ordnung ergeben kann, die dem Auftrag Metternichs und der Wiener Friedenstifter folgt: Schaffe den Dingen Dauer. Denn der Friede ist, wie er meinte, die Ruhe der Ordnung, ohne sie ist er nur ein verlarvter Krieg.

● Dr. Eberhard Straub ist Historiker und Publizist. Zu seinen Werken gehören „Zur Tyrannei der Werte“ (2010), „Wagner und Verdi. Zwei Europäer im 19. Jahrhundert“ (2012) sowie „Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas“ (2014, jeweils bei Klett-Cotta).

[www.eberhard-straub.de](http://www.eberhard-straub.de)

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ohne Lebensmittel sind wir alle dem Hungertod geweiht. Insofern hatte der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger vollkommen Recht, als er 1974 schrieb: „Wer die Nahrung kontrolliert, kontrolliert die Menschen.“ Das gilt schon seit Anbeginn der Geschichte. Nahrungsentzug ist genauso wirksam wie der Einsatz von Waffen, wenn es darum geht, den Gegner auszulöschen.

So berichtet schon Homers „Ilias“ von der griechischen Belagerung von Troja, welche dem Zweck diene, die feindliche Stadt auszuhungern. Beispiele aus jüngerer Zeit sind die Seeblockade Deutschlands im Ersten Weltkrieg und danach sowie die 500 Tage währende Einkesselung Leningrads während des Zweiten Weltkriegs. Im letzteren Falle starb eine Million Menschen – mehr als durch die Bomben auf Hamburg, Dresden, Tokio, Hiroshima und Nagasaki zusammen.

Dazu kam der Einsatz der Massenvernichtungswaffe Hunger gegen unerwünschte oder „rebellische“ Teile der Bevölkerung im eigenen Machtbereich. Auf diesem Gebiet dominierte anfangs Großbritannien. Davon zeugen unter anderen die Große Hungersnot in Irland von 1845 bis 1849 sowie die nahezu parallele Hungerkatastrophe in Schottland von 1846 bis 1856 und die ständig wiederkehrenden tödlichen Hungerphasen in der Kronkolonie Indien. In allen Fällen waren nicht Missernten oder Ähnliches die Ursache, wie oft behauptet wird, sondern die bewusste Unterlassung von Hilfsmaßnahmen.

#### Milliardenschwere Investoren

Übertroffen wurde die britische Grausamkeit lediglich noch von der Barbarei der kommunistischen beziehungsweise maoistischen Führer in der Sowjetunion und China. Dort starben insgesamt wohl um die 80 Millionen Menschen aufgrund wiederholter, von den Regierenden bewusst herbeigeführter Nahrungsverknappungen.

Im 21. Jahrhundert kommt die Reduzierung des Lebensmittelangebotes dahingegen nun deutlich subtiler daher, wobei die Folgen aber ebenfalls dramatisch sind. Jetzt droht nicht weniger als die Ablösung aller natürlichen, gesunden und relativ leicht herzustellenden Nahrungsmittel durch synthetische, industriell erzeugte und zugleich patentierte Produkte – auf den Markt geworfen von wenigen, global agierenden Großkonzernen, die dann auch die Preise nach Gutdünken festlegen können.

Als Begründung hierfür muss in aller Regel der Kampf gegen den angeblich menschengemachten Klimawandel herhalten, wie es beispielsweise in einem Arbeitspapier des von der US-Regierung kontrollierten Board for International



Als „Klimasünder“ am Pranger: Rindvieh gilt wegen seiner Fürze als „Treibhausgas“-Emittent

Foto: pa

#### ERNÄHRUNG

## Wie unser Essen zum Instrument kleiner, mächtiger Kreise wird

Künstliche, patentierte Produkte verdrängen zunehmend konventionelle Agrarprodukte. Als Rechtfertigung muss neuerdings vor allem der „Kampf gegen den Klimawandel“ herhalten

Food and Agricultural Development (BIFAD) mit dem Titel „Systemische Lösungen für die Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft zwecks Bewältigung des Klimawandels“ angeregt wird. Dabei dominieren derzeit sechs Strategien zur Umsetzung solcher „Lösungen“.

Derzeit laufen Bemühungen, zukünftig verstärkt pulverisierte Insekten als Nahrungsmittel in Umlauf zu bringen, wobei diese vorwiegend aus Produktionsstätten stammen, in denen reichlich Kapital von Investmentgiganten und „philanthropischen“ Milliardären steckt. Gleichzeitig findet eine groß angelegte und konzertierte Dämonisierung konventionell hergestellter Nahrungsmittel statt, welche man wahlweise als ungesund oder „klimaschädlich“ verleumdet – allen voran Fleisch und andere tierische Erzeugnisse.

Daneben überfluten die Großkonzerne und Kapitalanleger den Markt mit Ersatzprodukten, deren Nährwert und ge-

sundheitliche Unbedenklichkeit äußerst umstritten sind, was insbesondere für synthetische Lebensmittel aus der Retorte gilt.

Des Weiteren werden Nutzpflanzen systematisch genmanipuliert, um sie gegen Schädlinge zu wappnen und höhere Erträge zu erzielen. Allerdings hat dieser Eingriff in das Erbgut auch negative Konsequenzen: Hierdurch entstehen umweltschädliche Monokulturen, welche die natürlichen Sorten verdrängen, während die Preise für das Designer-Saatgut unablässig klettern. Zudem arbeiten einige Pharmaunternehmen jetzt an mRNA-Impfungen für Nutztiere.

#### New York City prescht vor

Die sollen die bisherigen Antibiotika-Gaben ersetzen, führen jedoch dazu, dass mRNA in die menschliche Nahrungskette gelangt. Dabei stehen die wie bei den Covid-19-Impfungen extrem beschleunigten Zulassungsverfahren kurz vor dem Ab-

schluss. So sollen im August 2023 im australischen Bundesstaat New South Wales erstmals mRNA-Vakzine bei Zuchtvieh zum Einsatz kommen.

Schließlich wäre da noch die Entwicklung von sogenannten Bioengineered Spores. Das sind speziell „konstruierte“ Mikroorganismen, die jedem landwirtschaftlichen Erzeugnis beigemischt werden können. Sie ermöglichen es, den Weg eines Nahrungsmittels vom Produzenten bis zum Verbraucher nachzuvollziehen, was der „Optimierung der globalen Lieferketten“ dienen soll. Gleichzeitig eröffnet der „Mikroben-Barcode“ aber auch der Überwachung Tür und Tor.

Seit 2021 häufen sich übrigens unerklärliche Brände, Giftunfälle und andere Havarien in konventionellen Agrarbetrieben ebenso wie Hackerangriffe, die zum Beispiel Lüftungsanlagen in Ställen lahmlegen. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Klimawandel tobt also allem Anschein nach ein teilweise offener und

teilweise verdeckter Krieg gegen gewachsene Strukturen in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelversorgung. Wie dessen nächstes Schlachtfeld aussehen könnte, zeigt das Beispiel New York City. Dort plant die Stadtverwaltung, die durch die Ernährung der Einwohner verursachten Kohlendioxid-Emissionen bis zum Jahr 2032 um ein Drittel zu reduzieren. Zu diesem Zweck will sie gemeinsam mit der Kreditkartenfirma American Express sämtliche Daten zu den individuellen Lebensmittelkäufen der Bürger auswerten.

Der sich hieran anschließende Schritt wäre dann logischerweise die Festlegung eines persönlichen CO<sub>2</sub>-Budgets auf dem Gebiet der Ernährung, bei dessen Überschreitung weitere Einkäufe „klimaschädlicher“ Produkte sanktioniert würden. Dieses Modell funktioniert allerdings nur im Falle der kompletten Abschaffung des Bargeldes. Aber daran arbeiten Lobbyisten bekanntlich auch mit voller Vehemenz.

#### ÖKOLOGIE

## Die „Kokain-Nilpferde“ des Patrón erobern Kolumbien

Die Tiere aus dem einstigen Privatzoo von Drogenbaron Pablo Escobar sind in die Natur entwichen und vermehren sich prächtig

Der kolumbianische Drogenbaron Pablo Emilio Escobar Gaviria alias „El Patrón“ stand lange an der Spitze des Medellín-Kartells, das unter seiner Führung Gewinne von durchschnittlich 420 Millionen US-Dollar pro Woche „erwirtschaftete“. Deshalb konnte sich Escobar Extravaganzen aller Art leisten. Hierzu gehörte der kostenintensive Ausbau der Hacienda Los Nápoles in der Nähe von Puerto Triunfo am Río Magdalena.

So ließ der Drogenbaron auf dem 3000 Hektar großen Gelände unter anderem einen privaten Zoo errichten. In diesem lebten aus aller Welt eingeflogene Tiger, Giraffen, Elefanten, Nashörner, Zebras

und Kamele sowie ab Anfang der 1980er Jahre dann auch vier Flusspferde.

Nach Escobars Tod bei einer Razzia im Dezember 1993 beschlagnahmte der kolumbianische Staat die Besitztümer des Kartellchefs und siedelte die Tiere in reguläre Zoos um. Nur die anderthalb Tonnen schweren, ziemlich aggressiven „Kokain-Nilpferde“ blieben zurück und vermehrten sich nachfolgend stark. 2012 zählte man bereits 35 dieser Paarhufer, und nun liegt deren Zahl bei rund 150. Außerdem eroberten sie ein immer größeres Terrain. Eines der Flusspferde wurde kürzlich sogar 370 Kilometer nördlich von Puerto Triunfo gesichtet. Experten

schätzen die aktuelle Größe des Verbreitungsgebietes von Escobars ehemaligen Statussymbolen auf 2000 bis 13.500 Quadratkilometer.

#### Gefahr für einheimische Arten

Und damit stellen die Großsäuger jetzt eine invasive Art dar, welche zur ernsthaften Gefahr für die Umwelt in Kolumbien geworden ist. Das resultiert vor allem aus zwei Faktoren: Zum einen macht ihr Kot die Gewässer deutlich nährstoffreicher, sodass es zur Algenblüte mit nachfolgendem Fischsterben kommt. Zum anderen drohen die eigentlich in Afrika beheimateten Exemplare der Gattung

Hippopotamus im Falle weiterer Wanderungen geschützte einheimische Arten wie die auch in Flüssen vorkommenden Seekühe zu verdrängen.

Deshalb rieten Fachleute schon vor 20 Jahren zur Auslöschung der Flusspferd-Population in Kolumbien, was erfordert hätte, mindestens 30 Tiere pro Jahr zu erschießen. Das unterblieb jedoch aufgrund wütender Proteste der Bevölkerung, die nicht zuletzt daraus resultierten, dass die Hippos zu einer Touristenattraktion geworden waren.

Als Alternative versuchten die kolumbianischen Behörden, die vorhandenen Bullen zu kastrieren, was aber in lediglich

vier Fällen gelang. Somit blieb letztlich nur noch die Suche nach geeigneten Tierparks, welche jedoch ebenfalls wenig erfolgreich verlief. Außerdem kündigte die neue Ministerin für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, María Susana Muhamad González von der linken Partei Colombia Humana, im Januar dieses Jahres an, dem Schutz sämtlicher Tierarten Kolumbiens ab sofort oberste Priorität einzuräumen. Aus diesem Grunde ist momentan völlig offen, wie es mit den „Kokain-Nilpferden“ weitergehen soll. Auf jeden Fall können sie sich jetzt erst einmal ungestört weiter vermehren und so eventuell für immer in Südamerika heimisch werden. W.K.

ALLENSTEIN

# Gefahr durch eine marode Brücke

Neuen Stadtteilen droht, vom Zentrum abgeschnitten zu werden – Verantwortliche reden sich heraus

VON DAWID KAZANSKI

Die Straßenbrücke der ungarischen Aufständischen von 1956, wie sie genannt wurde, welche die Limanowskiego-Straße mit dem Bema-Kreisverkehr verbindet, ist zweifelsohne eines der strategisch wichtigen Bauwerke der Stadt. Allerdings befindet sie sich seit etwa zehn Jahren in einem schlechten baulichen Zustand.

Im nördlichen Teil von Allenstein gelegene Siedlungen wie Zatorze und Podleśna sind durch zwei Verkehrsgänge mit den restlichen Stadtteilen verbunden: Der erste ist der Kreisverkehr an der Artyleryjska-Straße, der zweite die bereits erwähnte Brücke der ungarischen Aufständischen. Seit Jahren wird über den Bau einer weiteren Überführung über die Bahnlinie gesprochen, aber das Bauwerk scheint eher eine urbane Legende als ein echtes Bauvorhaben zu sein, denn es gibt bislang keine Pläne für den Bau einer neuen Überführung in den kommenden Jahren.

Alle, die nördlich der Bahnlinie wohnen, sowohl die Bewohner des nördlichen Allensteins als auch die Einwohner von Diwitten, Kieslinen oder Wadang, die ins Allensteiner Stadtzentrum gelangen wollen, müssen sich durch die beiden Verkehrsgänge quetschen, von denen einer, nämlich die Brücke, seit über einem Jahrzehnt nur bedingt für den Verkehr freigegeben ist. Der technische Zustand der Verkehrsüberführung lässt sowohl aus Sicht der Straßenbauingenieure als auch aus Sicht der Polnischen Staatsbahnen zu wünschen übrig.

## Eine Katastrophe bahnt sich an

In der Konstruktion der Brücke sind tiefe Brüche zu erkennen, welche die Tragfähigkeit des Bauwerks verringern und in der Folge sogar zu einer Verkehrskatastrophe führen könnten. Die Brücke in der Nähe des Allensteiner Hauptbahnhofs, die täglich von bis zu 25.000 Menschen überquert wird, ist ein wichtiger Ver-



Brücke im nördlichen Allenstein: Die gefährlichen Risse sind überdeutlich sichtbar

Foto: D.K.

kehrsweg für die Städter. Um die tatsächlichen Gefahren und Risiken zu ermitteln, die mit der weiteren Nutzung des Bauwerks verbunden sind, gab die Straßen- und Verkehrsbehörde von Allenstein ein Gutachten über den technischen Zustand der Brücke in Auftrag.

Ende Juni wird die Stadt voraussichtlich die Ergebnisse erfahren. Es ist nicht auszuschließen, dass das Bauwerk aufgrund seines schlechten Zustands und der Notwendigkeit einer Generalsanierung plötzlich außer Betrieb genommen werden muss. Wie die Stadträtin Joanna Misiewicz betonte, sollte die Renovierung der Brücke eine vorrangige Aufgabe für den Stadtmagistrat sein. „Bei dieser Gelegenheit sollten wir auch die Frage des Baus eines dritten Viadukts für Zatorze und andere Stadtteile im Norden der

Stadt ansprechen. Eines ist sicher, die Renovierung ist notwendig, aber die Stadtgemeinde Allenstein kann sie sich derzeit nicht leisten. Vielleicht, wenn Polen Geld aus EU-Programmen erhält, werden wir das Thema aufgreifen, denn die Pläne für die Renovierung sind praktisch schon fertig“, fügte die Stadträtin hinzu.

## Kein Geld für die Sanierung

Stadtrat Tomasz Głazewski forderte, die Brücke von Grund auf zu erneuern: „Dieser Stadtteil wächst ständig, und wir brauchen einen umfassenden Plan für den Ausbau dieses Viadukts, dessen Kapazität deutlich erhöht werden muss. Der Verkehr kann nicht mehr so funktionieren wie bisher, denn wenn die Bevölkerung der nördlichen Stadtteile wächst, werden sich immer mehr Staus bilden

und die Stadt wird immer mehr lahmgelegt.“ Stadtrat Mirosław Arczak forderte darüber hinaus Investitionen in den Ausbau der Verkehrsverbindungen: „Zatorze wächst und wird immer bevölkerungsreicher, daher sollte die Stadt aus rein wirtschaftlicher Sicht in dieses Stadtviertel investieren. Derzeit leben hier rund 25.000 Menschen, und es werden ständig neue Wohnungen gebaut. Mit Blick auf die Nachbarschaft können auch die Bewohner der Zeppelinsiedlung [Osiedle Sterowców] in der Gemeinde Diwitten als alltägliche Nutzer von Zatorze betrachtet werden ... Sollte uns dieses Viadukt eines Tages unangenehm überraschen, hätten wir es mit einer echten Verkehrskatastrophe zu tun, für deren Reparatur wir keine Haushaltsmittel zur Verfügung haben werden.“

KÖNIGSBERG

# Alte Skulpturen erhielten eine Auffrischung

Erneuerungsarbeiten am Reichsbahndirektionsgebäude wurden vor Kurzem abgeschlossen

Das monumentale Gebäude in der Vorstädtischen Langgasse [Leninskij-Prospekt 111-117] in Königsberg zählt zu den Kulturdenkmälern von regionaler Bedeutung. In den Jahren 1895 bis 1896 wurde es erbaut und beherbergte vor dem Krieg die Direktion der Deutschen Reichsbahn. Das Gebäude war wie heute vierstöckig und wurde im Stil der Neorenaissance mit einem massiven Dach und zwei barocken Spitztürmen errichtet. Die Stuckfassade bestand aus einer Galerie von 21 Fensteröffnungen mit dekorativen Elementen. In der Mitte der vorderen Fassade befanden sich auf dem aufgesetzten Gesims zwei sitzende Figuren aus Muschelgestein. Die Idee des Architekten war, dass sie die „Bewegung“ und die „Zeit“ darstellen sollten.

Das Gebäude wurde während des Zweiten Weltkrieges stark beschädigt und nach 1950 als Wohnhaus wiederaufgebaut. Nachdem die Vorstädtische Langgasse

nach dem Krieg von Trümmern befreit worden war, kam als einziges Bauwerk das ehemalige Gebäude der Reichsbahndirektion für die Wiederherstellung in Frage.

Das Gebäude wurde von der Bauabteilung des Handelshafens wiederaufgebaut. Die Skulpturen auf dem Dach wurden im Zuge der Renovierungsarbeiten nicht vollstän-

dig restauriert, sondern lediglich der Kopf der links sitzenden weiblichen Skulptur wiederhergestellt.

Nun ist die Renovierung der Fassade gerade abgeschlossen worden. Dieses Mal wurde auch die Skulptur vollständig restauriert. Im Herbst 2021 war sie für die Arbeiten entfernt worden. Die Vorbereitungen für die Wiederanbringung hat mehr als ein Jahr gedauert. Der Bürgersteig vor dem Gebäude wurde gesperrt, da ein großer Kran eingesetzt werden musste, um das Skulpturenensemble auf das Dach zu hieven. Zuerst wurde der Sockel auf das Dach des Gebäudes gehoben, festgeklebt, und zuletzt wurde die Skulptur aufgesetzt. Die Skulpturengruppe erhielt einen neuen Anstrich, eine neue Uhr wird noch in der Mitte des angebrachten Rades angebracht. Das architektonische Gefüge der Stadt ist damit weitgehend auf sein historisches Erscheinungsbild zurückgegangen. Jurij Tschernyschew



Erstrahlen in neuem Glanz: Sitzende Frauenskulpturen

Foto: J.T.

MELDUNGEN

## Urania-Bau wird teurer

Allenstein – Je größer ein Bauprojekt, desto eher kommt es zu Verspätungen, Preiserhöhungen und der ungelösten Frage eines Betreibers. Diese Erfahrung macht die Stadt Allenstein mit dem Neubau der Multifunktionshalle Urania. Der vorherige Kuppelbau wurde abgerissen, der neue, der auf den Tribünen der Haupthalle 4000 Zuschauer, also doppelt so viel wie der alte, fassen kann, wächst so zügig, dass sich die Arbeiten inzwischen zum Großteil im Inneren abspielen. Dennoch verschiebt sich das Ende der Bauzeit von August auf Oktober, und auch die geplanten Kosten von umgerechnet 41 Millionen Euro werden weit überschritten. Während es mit der Baufirma eine Einigung gibt, sind die Gespräche mit einem zukünftigen Betreiber aus finanziellen Gründen gescheitert. Zu dessen Aufgaben gehören neben der Organisation von Sport- und Kulturereignissen auch die Verwaltung des Objekts, zu dem noch eine kleinere Halle und ein überdachter Eislaufplatz gehören. U.H.

## Verzögerung beim Bahnhof

Allenstein – Anfang April waren die Abrissarbeiten am bisherigen Allensteiner Hauptbahnhof abgeschlossen, das alte Gebäude ist bis auf ein großes, denkmalgeschütztes Mosaik, das im neuen Bau wieder seinen Platz finden wird, verschwunden. Die Arbeiten am Untergeschoss des neuen Bahnhofsgebäudes haben begonnen, doch länger als geplant, nämlich bis ins Jahr 2024 hinein, finden Reisende die Schalterräume in zwei Containern am Rande der Baustelle. Ein Grund für die Verzögerung ist der Ausbruch des Ukraine-Kriegs; außerdem muss trotz der Bauarbeiten der Betrieb des Bahnhofs aufrechterhalten werden. Die Arbeiter stießen beim Abriss auf verborgene Elemente aus Asbest, die in der Fassade des Bahnhofs verwendet worden waren und bei deren Entfernung besondere Vorsicht geboten war. U.H.

## Verfälschendes Geschichtsbild

Neidenburg – Zur Initiative der Stiftung der Tradition der Polnischen Streitkräfte für einen historischen Park „Masurische Spuren der Geschichte“ auf dem Neidenburger Burgberg fand eine Konsultation mit den Einwohnern der Stadt statt. Die neue touristische Attraktion soll Gäste Masurens an die Geschichte der Ureinwohner Masurens, der Prußen erinnern. Entlang eines Lehrpfades sollen sich über ein Dutzend Informationstafeln befinden. Dort soll jeweils auch ein QR-Code angebracht werden. In der Begründung wird wahrheitswidrig behauptet, dass die einzigen Autochthonen der Region die Prußen seien, die „sich in der Geschichte der polnischen Staatlichkeit aufgelöst“ hätten. Diese Äußerung des Vorsitzenden der Stiftung, Adam Protasiuk, in einem Interview diskreditiert das Projekt durch ein verfälschendes Bild der Geschichte. U.H.

## Wir gratulieren...



## ZUM 103. GEBURTSTAG

Voss, Gertrud, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 17. Mai

## ZUM 101. GEBURTSTAG

Sareik, Hilde, geb. Niedzkowski, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai

## ZUM 100. GEBURTSTAG

Grzyb, Irmgard, geb. Pauleit, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 12. Mai

Schmidt, Elsbeth, geb. Lange, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 18. Mai

## ZUM 99. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai

Behnert, Margot, geb. Scheffler, aus Neidenburg, am 15. Mai

## ZUM 98. GEBURTSTAG

Jopp, Ewald, aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Mai

Kovscek, Jutta, geb. Janz, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Loh, Elsa, aus Keipern, Kreis Lyck, am 13. Mai

## ZUM 97. GEBURTSTAG

Bruns, Erna, geb. Wieberneit, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. Mai

Michaelis, Ursula, geb. Berger, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 13. Mai

Rosinski, Christel, geb. Meyer, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. Mai

Unvericht, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Mai

Wirth, Walter, aus Simnau, Kreis Mohrunen, am 17. Mai

Woggon, Ruth, geb. Palluck, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 13. Mai

## ZUM 96. GEBURTSTAG

Rogge, Else, geb. Kannenberg, aus Treuburg, am 16. Mai

Tuma, Elli, geb. Rücklies, aus Imten, Kreis Wehlau, am 14. Mai

## ZUM 95. GEBURTSTAG

Brost, Günter, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 17. Mai

Fröhlich, Bruno, aus Ortelsburg, am 12. Mai

Pantel, Anneliese, geb. Mahnke, aus Groß Arnsdorf, Kreis Mohrunen, am 14. Mai

Pierlings, Luzie, geb. Szielenkewitz, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 17. Mai

Scheffler, Ilse, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Schmid, Ruth, geb. Nogga, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 18. Mai

Steiner, Hanni, geb. Loeper, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Walter, Irmgard, geb. Barkenings, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Wenig, Anne-Eva, geb. Philipp, aus Kirschnehen, Kreis Fischhausen, am 13. Mai

Wiesner, Ruth, geb. Dormeyer, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 16. Mai

Wotzke, Elisabeth, geb. Orginowski, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 14. Mai

## ZUM 94. GEBURTSTAG

Benter, Margot, geb. Hoff, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Blum, Christa, geb. Wiczorrek, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 15. Mai

Buttler, Gerda, geb. Demski, aus Schwarzberge, Kreis Lyck, am 15. Mai

Füske, Elly, geb. Dohmann, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 13. Mai

Rentzsch, Hildegard, geb. Henseleit, aus Ebenrode, am 14. Mai

Rintelen, Anne, geb. Stock, aus Loppöhnen, Kreis Fischhausen, am 18. Mai

Wienefeld, Christel, geb. Kullik, aus Lyck, Hindenburgstraße 22, am 12. Mai

Zniniewicz, Renate, geb. Schwarz, aus Kuppen, Kreis Mohrunen, am 17. Mai

## ZUM 93. GEBURTSTAG

Brockmann, Edith, geb. Merchel, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Mai

Dempke, Melitta, geb. Döscher, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 14. Mai

Olbrisch, Waltraud, geb. Grabusch, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai

Riedel, Helga, geb. Klein, aus Freundenfeld, Kreis Wehlau, am 17. Mai

Schuppenies, Helmut, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 18. Mai

## ZUM 92. GEBURTSTAG

Arnold, Edith, geb. Szybalski, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 17. Mai

Dinges, Herta, geb. Gindler, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 12. Mai

Gräfflich, Inge, geb. Meyer, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 14. Mai

Lokowandt, Gerhard, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Mai

Przetak, Otto, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Mai

Ramm, Gerda, geb. Aukthun, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 18. Mai

Rogowski, Helmut, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Mai

Steinert, Horst, aus Schodehnen, Kreis Mohrunen, am 15. Mai

Wachtel, Gundola, aus Ebenrode, am 14. Mai

## Forum Baltikum – Dittchenbühne e. V.

Drei Bildungsreisen stehen in diesem Jahr auf dem Programm des Elmschörner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“: eine zweitägige Fahrt im August zu den Störtebeker-Festspielen auf Rügen, die unter dem Motto „Gotland unter Feuer“ stehen, eine sechstägige Reise nach und durch Vorpommern im September sowie ein Tagesausflug zum Weihnachtsmarkt in Oldenburg im Dezember – mit Grünkohlessen und Stadtführung. Alle Reisen werden in modernen Reisebussen durchgeführt. Neben der Reiseleitung – Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt für Rügen und Oldenburg, Forst-

direktor a.D. Hans Hewicker für Vorpommern – ist auch immer ein Arzt mit an Bord. Über Einzelheiten der Reisen gibt das Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ gern Auskunft: Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Zum Stricktreff, 26. August, 23. September, 21. Oktober und 25. November, lädt die Handfärberin Heike vom Wollkenschaf alle Strickfreunde, die zusammen mit Gleichgesinnten einen Tag rund um das Stricken verbringen möchten, ein. Achtung: Es handelt sich bei diesem Treffen nicht um einen Strickkurs. Jeder kann

sein Strickzeug mitbringen und dabei sein. Anmeldung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de.

Vorsprechen für das Weihnachtsmärchen „Frau Holle“ finden am Sonnabend, 24. Juni und Sonntag, 25. Juni statt im Forum Baltikum – Dittchenbühne e. V., Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Theater Saal. Anmeldung und Information unter E-Mail: weihnachtsmaerchen2023@dittchenbuehne.de



## ZUM 91. GEBURTSTAG

Bergsch, Anna, geb. Laniewski, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 17. Mai

Bernhard, Lydia, geb. Rattay, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 14. Mai

Braam, Christel, geb. Gorska, aus Alt Petersdorf, Kreis Neidenburg, am 15. Mai

Braunsberg, Otto, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 15. Mai

Drewes, Ruth, geb. Lask, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. Mai

Kerinn, Irma, geb. Schwarz, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 12. Mai

Klatt, Ingrid, geb. Seidler, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 16. Mai

Koriath, Gerhard, aus Baldenofen, Kreis Neidenburg, am 12. Mai

Maerz, Frieda, geb. Schröter, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 18. Mai

Paul, Anneliese, geb. Lindenau, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 12. Mai

Rekowski, Erich, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai

Robl, Eva, geb. Kallweit, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 15. Mai

Seidensticker, Helmut, aus Lenzenndorf, Kreis Lyck, am 13. Mai

Simmat, Helmut, aus Ortelsburg, am 14. Mai

Tubenthal, Barbara, geb. Kirsten, aus Treuburg, am 18. Mai

Gemmer, Ursula, geb. Siemund, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 13. Mai

Henselewski, Kurt, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 15. Mai

Jakubeit, Gertrud, geb. Metschulat, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 14. Mai

Kitzki, Ruth, geb. Lamowski, aus Seeheim, Kreis Lyck, am 16. Mai

Klupsch, Helga, geb. Bernhard, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 16. Mai

Kotowski, Günther, aus Königshagen, Kreis Neidenburg, am 14. Mai

Krüger, Agnes, geb. Niekuski/Bansleben, aus Krupinnen, Kreis Treuburg und aus Gollen, Kreis Lyck, am 16. Mai

Liedtke, Hermine, geb. Gersbacher, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 12. Mai

Olias, Wilhelm, aus Regeln, Kreis Lyck, am 17. Mai

## ZUM 85. GEBURTSTAG

Borm, Hartmut, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 18. Mai

Franzke, Doris, Landsmannschaft, Kreisgruppe Hof, am 12. Mai

Fröhlich, Gottfried, aus Lenzenndorf, Kreis Lyck, am 15. Mai

Grunwald, Brigitte, geb. Kowalski, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 15. Mai

Krieger, Werner, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 13. Mai

Lask, Günter Richard, aus Maihof, Kreis Lyck, am 17. Mai

Niedzwetzki, Ulrich, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 14. Mai

Opitz, Ursula, geb. Schroeder, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 14. Mai

Packhäuser, Maria, geb. Pecka, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 16. Mai

Schäfer, Waltraut, geb. Glanert, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 17. Mai

Scharnowski, Horst, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 16. Mai

Schönfeld, Wolfgang, aus Kallen, Kreis Fischhausen, am 16. Mai

Wennesz, Paul, Landsmannschaft, Gruppe Kassel, am 12. Mai

## ZUM 80. GEBURTSTAG

Berger, Dr. Karin, geb. Buttgerit, aus Königsberg, am 13. Mai

Burbulla, Gerda, geb. Kempka, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 13. Mai

Cuno, Dr. Peter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Mai

Mahlmann, Anne-Dore, geb. Stadie, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 13. Mai

Mondry, Hubert, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai

Segl, Heidemarie, geb. Abel, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 17. Mai

Tiedtke, Hans, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 12. Mai

Wolf, Lilli, geb. Saborowski, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 17. Mai

## ZUM 75. GEBURTSTAG

Hamacher, Gisela, geb. Weder, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 14. Mai

Masuch, Karin, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 17. Mai

Sonnenberg, Sieglinde, geb. Grust, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 15. Mai

ANZEIGE



Seinen 90. Geburtstag

feiert am 13. Mai 2023

**Erich Kerwien**

aus Dowiaten, Kreis Angerburg

jetzt Tollweg 60, 04289 Leipzig

Alles Liebe und Gute,

beste Gesundheit wünschen

von Herzen

Deine Frau Brigitte

Deine Tochter Sabine

und Schwiegersohn Uwe

Deine Enkel Marcus und Clement

## Zusendungen für die Ausgabe 21/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 21/2023 (Erstverkaufstag 26. Mai) **bis spätestens**

**Dienstag, den 16. Mai**, an die Redaktion der PAZ:

E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:

Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Glückwünsche an:

Angela Selke  
Telefon (040) 4140080  
E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
Herrn Bundesgeschäftsführer  
Dr. Sebastian Husen  
Buchstraße 4  
22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

## LO-Termine 2023

26. bis 28. Mai: **9. Sommerolympiade** in Sensburg  
24. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest** in Wuttrienen  
15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt  
7. Oktober: **26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Neubrandenburg  
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt  
7. und 8. Oktober: **14. Deutsch-Polnischer Kom-**

**munalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein  
10. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**Infos** unter Telefon (040) 41400826, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Baden-Württemberg**  
**Vorsitzende:** Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

### Preußische Tafelrunde

**Pforzheim** – Mittwoch, 24. Mai, 18 Uhr, Palmengarten, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 150. Preußische Tafelrunde.

Nach dem gemeinsamen Abendessen sehen und hören wir den interessanten Vortrag von Jörn Pekrul über „Die ehemalige Reichsstraße Nr. 1 und eine Begegnung mit dem preußischen Architekten Friedrich Heitmann (1853-1924)“. Pekrul wurde 1963 als Sohn heimatvertriebener Eltern in Köln geboren. Er ist Vorstandsmitglied

in der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V. und schreibt regelmäßig und ehrenamtlich für den „Königsberger Bürgerbrief“, den „Preußen-Kurier“ und den „Königsberger Express“.

Der Bildvortrag entstand aus Pekruls Publikation „Die ehemalige Reichsstraße 1, eine europäische Handelsroute“, erschienen 2021 bei der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Bayern (LOW). Die westlichen Streckenabschnitte würdigen wir mit einer kurzen Reverenz und erschließen uns sodann über Küstrin, Deutsch-Krone und Marienburg den östlichen Teil der Strecke bis nach Eydtkuhnen. In Königsberg werden wir den preußischen Architekten Friedrich Heitmann (1853-1921) kennenlernen. Er hat zur Jahrhundertwende großen Anteil an der Entstehung des Königsberger Villenvorortes Amalienau gehabt. Sein architektonisches Werk liegt jedoch hauptsächlich auf der Errichtung von Kirchenbauten, wovon viele Kirchen auch heute

noch stehen. Nach dieser interessanten Station klingt unsere Fahrt über Tapiaw, Insterburg, Trakehnen und Stallupönen in Eydtkuhnen aus. „Lebensbilder aus Deutschland“ – freuen Sie sich auf Geschichte und Geschichten entlang dieser einmaligen Strecke. Der Vortrag dauert etwa 90 Minuten mit einer Pause in der Mitte.

Anmeldung bis 19. Mai an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, E-Mail: uta.luettich@web.de

Für das Abendessen, Medaillon vom Schwein mit Rahmsoße, Salzkartoffeln und saisonalem Gemüse, zum Dessert: Vanilleeis mit heißen Himbeeren, sind 28 Euro pro Person an Landsmannschaft Ostpreußen, LG Baden-Württ. e.V. Kreissparkasse Waiblingen Konto-Nr. IBAN: DE81 6025 0010 0015 2068 44, BIC SOLADES1WBN zu überweisen. *Uta Lüttich*



**Bayern**  
**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

### Muttertag

**Hof** – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Jahnheim: Monatsversammlung zum Thema Muttertag.



**Hessen**  
**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

### Samland-Vortrag

**Wetzlar** – Dienstag, 16. Mai, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar,

Telefon (06441) 45439: „Samland – eine Region in Ostpreußen“, Vortrag von Gerd-Helmut Schäfer, Friedrichsdorf. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinze wies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de, Fax (06441) 770558.

### Monatstreffen

**Wiesbaden** – Sonnabend, 13. Mai, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Nun will der Lenz uns grüßen. Ein Nachmittag mit Gedichten, Geschichten und Gesang zur Maienzeit. Musikalische Begleitung: Mathias Budau, Gitarre. Zuvor erfreuen wir Sie mit Kaffee und Kuchen.

### Gemeinsames Mittagessen

**Wiesbaden** – Donnerstag, 25. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46, zu erreichen mit der ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße: Wir essen à la carte. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 19. Mai bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, oder Ilse Klausen, Telefon 06122-14808



**Mecklenburg-Vorpommern**  
**Vorsitzender:** Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

### Großes Frühlingstreffen

**Anklam** – Sonnabend, 13. Mai, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle Volkshaus: Frühlingstreffen der Ostpreußen. Dazu sind alle Landsleute von nah und fern mit Angehörigen und Interessenten sehr herzlich eingeladen. Feierlich umrahmt wird das Wiedersehen vom Landespolizei-Orchester Mecklenburg-Vorpommern mit einem ausgewählten Festkonzert. Ehrengast

ist der Schuster Wilhelm Voigt aus Tilsit, bekannt als „Hauptmann von Köpenick“, der im Jahre 1906 ganz Deutschland und selbst den Kaiser in Erstaunen versetzte. Am Nachmittag lädt der Polizeichor der Hansestadt Anklam zu einem gemeinsamen Singen von Volks- und Frühlingsliedern ein. Und aus Ribnitz-Damgarten kommen 40 junge Leute vom Mecklenburg-Pommeraner Folkore-Ensemble mit einem schönen Frühlingsprogramm.

Wie immer ist für Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher und genügend kostenlose Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher.

*Manfred Schukat*



**Nordrhein-Westfalen**  
**Erster Vorsitzender:** Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhne, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

### Frühjahrsveranstaltung

**Detmold** – Montag, 15. Mai, 15 Uhr Kleiner Festsaal, Stadthalle Detmold: Frühjahrsveranstaltung.

Programm: Begrüßung, Totengedenken, Ostpreußenlied, Bestellung eines weiteren Kassenprüfers, Ostpreußen-Lichtbildervortrag von Klaus Blattergerste, gemeinsame Kaffeetafel - „Plachandern“, „Oans Ostpraisisch Platt“ von H.-D. Schlingmann gesungen, Bericht aus den Ostpreußenreisen 2022 und 2023 des Sprechers, „Nun will der Lenz uns grüßen“, Schlusswort. Wir bitten dringend um Anmeldung per E-Mail unter stephan@grigat.eu oder telefonisch in der Kanzlei Rechtsanwalt und Notar Stephan Grigat unter Tele-

fon (05232) 3232. Von Gästen, die herzlich willkommen sind, wird die Bezahlung eines Kostenbeitrages in Höhe von 10,- Euro pro Person erwartet. Die Mitglieder werden an die Begleichung des Jahresbeitrages in Höhe von 20,- Euro auf das Konto der Kreisgruppe IBAN DE32 4765 0130 0002 0010 63 erinnert.

Im dritten Quartal 2023 ist eine Kaffeefahrt zu einem Café in der lippischen Grenzregion geplant. Interessierte melden sich bitte bei H.-D. Schlingmann, unter Telefon (05208) 957733. Der Kreisvorstand hat beschlossen, dass die Mitglieder nur die Hälfte der auf sie entfallenden 50 Prozent Buskosten tragen müssen. *Stephan Grigat*



**Sachsen**  
**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

### Muttertag

**Dresden** – Mittwoch, 17. Mai, 14 bis 17 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden (neues Büro): Die Ost- und Westpreußen-Gruppe begeht den Muttertag mit Essen, Singen und Posaunen.



**Schleswig-Holstein**  
**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

### Monatstreffen

**Bad Schwartau** – Donnerstag, 1. Juni 14.30 Uhr, AWO-Begeg-

**Fortsetzung auf Seite 16**



„Verdient für die Woiwodenschaft Ermland-Masuren“: Am 21. April wurde Werner Koepke mit der höchsten Auszeichnung der Woiwodenschaft geehrt *Foto: Uwe Hahnkamp*

ANZEIGE

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Bank: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-R



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

**Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!**

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## Heimatkreisgemeinschaften



Die Problematik des Nachwuchses für die aktive Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft ist nicht anders als in anderen Vereinen. Die Vorstandsarbeit ist hier in keiner Weise gefährdet, jedoch wären mehr Aktive nötig, um die vielen vorhandenen Ideen umzusetzen.

Auf der Tagesordnung stand die Neuwahl des Vorstands. Hier das Ergebnis der Wahl: Zum Kreisvertreter wurde Andreas Galenski gewählt. Stellvertretender Kreisvertreter wurde der Familienforscher Andreas Grunwald. Die Finanzen bleiben in bewährter Hand von Artur Korczak, und Jan August Hacia wurde zum Schriftführer gewählt. In den erweiterten Vorstand wurden Johann Certa als Beauftragter für Heimattreffen und Bernhard Grodowski als Internetbeauftragter gewählt, zudem zwei Kassenprüfer Siegfried Keuchel und Günter Wagner. Als Archivarin wurde Susanne Kerk auserkoren, die sich in der jüngsten Vergangenheit schon um die Heimatstube intensiv gekümmert hat.

„Ich freue mich, dass Sie mich zum Kreisvertreter gewählt haben“ – bekundete der „neue und alte“ Kreisvertreter – „das einstimmige Votum ist für mich nicht nur ein hervorragendes Ergebnis, sondern auch eine Anerkennung für die bisher geleistete Vorstandsarbeit und ein Ansporn für die Zukunft.“

Andreas Galenski



**Kreisvertreter:** Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

### Hauptkreistreffen

**Lüneburg** – Sonnabend, 3. Juni, 10 Uhr, Krone Bier- & Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 2445050: Hauptkreistreffen. Hierzu laden wir ganz herzlich ein.

Turnusgemäß muss eine Neuwahl des Kreistages unserer Kreisgemeinschaft erfolgen. Laut unserer Wahlordnung sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft wählbar. Das Vorschlagsrecht haben die Mitglieder der Kreisgemeinschaft, der Kreistag und der Kreis Ausschuss. Vorschläge müssen bis zum 25. Mai 2023 schriftlich bei der Kreisvertreterin, Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, eingereicht werden. Der Wahlvorschlag muss den Familiennamen, gegebenenfalls abweichenden Geburtsnamen, Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und jetzige Anschrift des vorschlagenden Wahlberechtigten und den vorgeschlagenen Wahlkandidaten enthalten.

Vorläufiges Programm: 10 Uhr: Beginn der Versammlung, 11.30 Uhr: Vortrag, 12.30: Mittagessen, 14 Uhr: Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums einschließlich Führung, danach ge-

mütliches Kaffeetrinken und plachandern im Bernsteinkaffee.

Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Landsleute aus dem Kreis Angerapp sowie alle, die sich unserem Heimatkreis verbunden fühlen, begrüßen zu können.



### Angerburg

**Kreisvertreter:** Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

### Zum 90. Geburtstag

Am 13. Mai konnte ein treuer Ostpreuße aus dem kleinen Ort Dowiaten im Landkreis Angerburg seinen 90. Geburtstag feiern: Erich Kerwien.

Geboren wurde Erich Kerwien am 13. Mai 1933 in Engelstein im Landkreis Angerburg als drittes Kind und erster Sohn des Deputatarbeiters Franz Kerwien und seiner Frau Frida, geb. Schwarz. Den Eheleuten wurden später noch vier weitere Kinder geschenkt, sodass Erich Kerwien in einem großen Familienverbund groß wurde. Aus beruflichen Gründen verzog die Familie später nach Dowiaten, wo Erich Kerwien seine Kinder- und Jugendtage verbrachte und dort auch die Schule besuchte. Im Oktober 1944 musste Familie Kerwien Dowiaten verlassen, da der gesamte östliche Teil des Kreises Angerburg geräumt wurde. Zunächst gelangten sie in den Aufnahmekreis Heilsberg, und zwar nach Guttstadt. Von dort aus wurde der Vater zurück nach Dowiaten geschickt, um noch die letzten Erntearbeiten durchzuführen. Seitdem gilt er als vermisst. Vor Weihnachten 1944 musste Erich Kerwiens Mutter in ein Krankenhaus, wo seine jüngste Schwester am 31. Dezember 1944 geboren wurde. Die Kinder verbrachten das Weihnachtsfest 1944 ganz allein und ohne Geld und Vorräte, wie Erich Kerwien einmal im AHB schrieb. Von Guttstadt gelangte Familie Kerwien nach Taucha bei Leipzig. Hier lernte er 1964 seine spätere Ehefrau Brigitte kennen, die er 1966 heiratete. Den Eheleuten wurde eine Tochter geschenkt. Heute gehören der Schwiegersohn und zwei Enkelkinder zur Familie.

Viele Jahre war Kerwien als gelernter Werkzeugmacher in einem Betrieb zur Herstellung von Druckmaschinen tätig, bis er 1990 in den Vorruhestand gehen konnte. Seitdem gehört neben der Gartenarbeit auch das Reisen zu den Hobbies des Jubilars. Sobald es ihm nach der Wende möglich wurde in



Jubilär: Erich Kerwien

die Heimat zu reisen, ging seine erste Reise in den Kreis Angerburg. Danach besuchten Eheleute Kerwien viele weitere Ziele auf der ganzen Welt, unter anderem Amerika.

Auch konnte nach der Wende 1990 der Besuch der Heimatkreistreffen erfolgen und so kam es, dass Kerwien 2009 in den Kreistag und in den Kreis Ausschuss der Kreisgemeinschaft Angerburg gewählt wurde. Hier ist er ein wichtiger Mitarbeiter, der viele Jahre praktische Arbeiten übernahm. Aber auch durch ausgewogene Redebeiträge und wertvolle Denkanstöße ist das Geburtstagskind in den Reihen der Kreisgemeinschaft und auch beim Patenschaftsträger hoch angesehen. Zudem beteiligte er sich aktiv am Aufbau des Altverturms auf dem Wetzstein in Thüringen und der Einrichtung des Vertreibungsmuseums. In Anerkennung seiner Verdienste um Ostpreußen und Angerburg wurde ihm 2019 das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

Zum 90. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche und weiterhin viel Glück und Gesundheit.

Michael Meyer



### Elchniederung

**Kreisvertreter:** Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

### Nachbarschaftstreffen

**Lüneburg** – Sonnabend, 20. Mai, 9.30 Uhr, Krone Bier- und Eventhaus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg, direkt neben dem Landesmuseum: Treffen der Mamelstromer, Elchniederung, Tilsit-Ragnit und der Tilsiter zu einer gemeinsamen Veranstaltung. Das Programm beginnt um 10 Uhr mit einem Gesangsvortrag, es folgen das Geistliche Wort und die Totenehrung, die Begrüßung durch die Kreis- und Stadtvertreter, die Festrede hält Hubertus Hilgen-dorff, Kreisvertreter von Rastenburg. Nach einer musikalischen Einlage ist Zeit zur Besichtigung des Ostpreußen Landesmuseums und zum Plachandern. Die Veranstaltung schließt mit Gesang und dem gemeinsamen Singen des Ostpreußen-Liedes sowie mit dem Schlusswort des Kreisvertreters der Elchniederung.



### Tilsit-Ragnit

**Kreisvertreter:** Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de **Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wriester Str. 1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192) 4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

### Mitgliederversammlung

**Lüneburg** – Freitag, 19. Mai, 14 Uhr, Hotel Bergström, Bei der Mühle, 21335 Lüneburg: Mitgliederversammlung mit Wahlen der Mitglieder des neuen Kreistags. Folgende drei Satzungsänderun-

gen werden zur Abstimmung gestellt: 1. Paragraph 9,9 (alt) „Der Kreistag ist beschlussfähig, wenn mindestens 13 Mitglieder anwesend sind.“ (neu) „Der Kreistag beschließt mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmgleichheit ist der Antrag abgelehnt.“ 2. Paragraph 9,13 Spiegelstrich (alt): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Kreis Ausschusses.“ (neu): „Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten des Vereins, insbesondere über die Entlastung des Vorstands.“ 3. Paragraph 10,8 (alt) „Der Kreis Ausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Kirchspiel-

vertreter kommissarisch einzusetzen.“ (neu): „Der Kreis Ausschuss ist berechtigt, bei Bedarf Vereinsmitglieder kommissarisch mit Ämtern im Kreistag zu betrauen.“

Es empfiehlt sich sehr, die folgende Nacht in Lüneburg zu verbringen, um am Nachbarschaftstreffen teilnehmen zu können, das am 20. Mai stattfindet.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter

### Nachbarschaftstreffen 2023

**Lüneburg** – Sonnabend, 20. Mai, 9 Uhr Einlass, 10 Uhr Beginn, Krone Bier- und Event-Haus, Heiligengeiststraße 39-41, 21335 Lüneburg: Nachbarschaftstreffen. Das letzte

### FORSCHUNG IN HESSEN

## Kultur und Geschichte

### Justus-Liebig-Universität eröffnet neuen Schwerpunktbereich

Über die Eröffnung des neuen Schwerpunktbereichs Historische Erinnerung und kulturelles Erbe: „Vertriebene und Spätaussiedler in Hessen nach 1945“ zeigt sich die Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, hochehrwürdig und dankbar. Die feierliche Veranstaltung fand im altherwürdigen Hauptgebäude der Justus-Liebig-Universität in Gießen statt.

Mit der Einrichtung des Forschungsbereichs werde ein wichtiges Ziel umgesetzt, das die regierungstragenden Parteien der hessischen Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hatten: die wissenschaftliche Aufarbeitung der Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. Es handele sich um ein gemeinsames Projekt der Justus-Liebig-Universität und des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft.

Der Schwerpunktbereich werde in den Jahren 2022 bis 2026 jährlich mit 300.000 Euro durch das Land Hessen gefördert und habe sich zum Ziel gesetzt, mit unterschiedlichen thematischen und methodischen Herangehensweisen zu erforschen, welche Einflüsse die Erfahrungen und Erlebnisse der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler auf die Geschichte und Gesellschaft Hessens einwirkten und auf die weiteren Lebensläufe der Betroffenen andererseits gehabt haben.

Der Präsident der Justus-Liebig-Universität, Prof. Dr. Joybrato Mukkerjee, betonte in seiner Begrüßung, dass er sich sehr über das Kooperationsprojekt mit dem Herder-Institut freue und man mit diesem Schwerpunktbereich ein echtes Alleinstellungsmerkmal schaffen habe. Hessens Wissenschaftsministerin Angela Dorn äußerte die Hoffnung, dass man mit dem Schwerpunktbereich die Forschungslücken in der jüngeren hessischen Geschichte schließen könne und durch Zeitzeugengespräche aus erster Hand erfahren werde, wie es den Vertriebenen und Spätaussiedlern tatsächlich ergangen sei. Mithilfe der neuen Medien und des Internets solle die Geschichte dieses Personenkreises für die Zukunft festgehalten werden und zukünftig zu einer leben-

digen Vermittlung der Geschichte beitragen. Astrid Eibelshäuser, hauptamtliche Stadträtin der Stadt Gießen, ging in ihrem Grußwort auf die jahrzehntelangen Erfahrungen der Stadt Gießen bei der Aufnahme von Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern sowie Flüchtlingen ein und zeigte sich überzeugt, dass sich bereits in Gießen selbst zahlreiche Spuren für dieses Forschungsgebiet finden ließen.

Im Anschluss an die Grußworte stellten die drei Professoren, die den Schwerpunktbereich leiten, das Projekt vor. Prof. Dr. Peter Haslinger erklärte, dass er den Auftrag dieses Forschungsbereichs darin sehe, neue Erkenntnisse und neue Perspektiven für die hessische Landesgeschichte aufzuweisen, Zeitzeugen und deren Familien zu befragen, die Geschichte zu erforschen und dabei gleichzeitig Brücken in die aktuelle Zeit zu bauen. Prof. Dr. Hannah Ahlheim machte deutlich, dass man in diesem Schwerpunktbereich auch an internationale Trends der Forschung anknüpfen möchte und konkrete regionale Erfahrungen erforschen will. Dazu zähle, wie die Vertriebenen ihren Platz im Dorf oder der Stadt gefunden haben und welche Rolle dabei die Gesellschaft gespielt habe. Sie betonte zudem, dass man auch die Zusammenarbeit zu örtlichen Museen und Archiven suche und für Kontakte in Landsmannschaften, Vertriebenenverbände und zu Familien von Betroffenen dankbar sei. Prof. Dr. Hans-Jürgen Bömelburg erklärte, dass auch erforscht werden solle, wie das Zusammenleben zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen in der Nachkriegszeit, zum Beispiel das Verhältnis zwischen Heimatvertriebenen und sogenannten ‚Displaced Persons‘ funktioniert habe oder wie das Verhältnis zwischen Aussiedlern und Gastarbeitern war.

Im Anschluss hatten die drei Doktorandinnen die Gelegenheit, ihre Promotionsvorhaben vorzustellen: Xenia Fink wird die „Aufnahme und Integration der Vertriebenen in drei hessischen Landkreisen“ untersuchen und dabei die Kreise Groß-Gerau, Limburg-Weilburg und Waldeck-Frankenberg in den Blick nehmen. Nora Theml möchte „Erinnerungsbilder über Flucht, Vertreibung und Integration in narrativen Interviews

Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit fand 2018 in Eitorf statt. Corona verhinderte die Durchführung zwei Jahre später.

Die Elchniederung als Organisatorin verspricht für die Veranstaltung im Mai ein interessantes Programm, wie den Besuch des neugestalteten Ostpreußischen Landesmuseums oder alternativ eine Brauereiführung.

Falls Sie sich nicht mehr zu-trauen, eine Reise nach Lüneburg selbst durchzuführen, bitten Sie doch Ihre Kinder oder Enkel, Sie zu fahren – die Veranstaltung wird gewiss auch ihnen gefallen. D.N.

mit Vertriebenen und deren Nachkommen“ erforschen und legt dabei einen Schwerpunkt auf Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und die sogenannte ‚oral history‘. Hilke Wagner will die „Transformationen von Erinnerungskultur durch Digitalisierung“ untersuchen und herausfinden, wie Erinnerungen im Internet dargestellt werden und wie sie sich durch äußere Einflüsse eventuell auch verändern.

Den Festvortrag zur Eröffnungsveranstaltung hielt Prof. Dr. Jannis Panagiotidis von der Universität Wien, an der er wissenschaftlicher Direktor am Research Center for the History of Transformations ist. Sein Vortrag unter dem Titel „Vertriebene, Spätaussiedler und die ‚Veröstlichung‘ der deutschen Zeitgeschichte“ beschäftigte sich unter anderem mit der Rolle der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler als Brückenbauer zwischen Ost und West. Pangiotidis machte deutlich, dass es den Vertriebenen und Spätaussiedlern gelungen sei, blockübergreifende Netzwerke zwischen West und Ost aufzubauen, jedoch müsse man sich bewusst sein, dass diese Netzwerke, auch familienintern, nicht immer konfliktfrei seien. Weiterhin wies er darauf hin, dass die Familiennetze und Landsmannschaften als „migrantische Selbstorganisationen“ im Endeffekt nie auf diese Netzwerk-Funktion hin erforscht wurden.

„Die feierliche Eröffnungsveranstaltung des Schwerpunktbereichs hat deutlich gemacht, dass hier ganz konkret die Erlebnisse und Erfahrungen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Hessen seit 1945 erforscht werden und herausgearbeitet werden soll, mit welchen Chancen und Risiken dies auch für die hessische Bevölkerung verbunden war. Es freut mich sehr, dass Vertreterinnen und Vertreter der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zahlreich an der Veranstaltung teilgenommen haben und ich bin mir sicher, dass diese gern ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit den Doktorandinnen teilen und so zum Erfolg dieses Forschungsprojektes beitragen werden“, betonte Hessens Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler abschließend.

HMDIS, Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

## SCHLESISCHE MINDERHEIT

## Gemeinsam zur Kommunalwahl

Treffen nach Ostern – Die beiden regionalen Parteien der Schlesier planen einen Zusammenschluss

VON BODO BOST

Die Schlesier haben bei der Volkszählung besser abgeschnitten als erwartet. Deshalb haben sich die beiden regionalen schlesischen Parteien vereinigt und wollen 2024 mit einer gemeinsamen Liste bei der Kommunalwahl antreten.

Nach Ostern trafen sich die Parteiführungen zweier Parteien, die die Interessen der schlesischen Minderheit in der Republik Polen vertreten. Die Schlesische Regionalpartei (Slaska Partia Regionalna) und die Partei Schlesier gemeinsam (Partia Polityczna - Ślonzoki Razem) kehrten zur Zusammenarbeit zurück, nachdem die vorläufigen Ergebnisse der polnischen Volkszählung veröffentlicht worden waren.

Polens oberstes Statistikamt hatte am 11. April erklärt, dass die größten ethnischen Gruppen in der Republik Polen nach den Polen die Schlesier und die Kaschuben, eine Volksgruppe zu der auch Günther Grass aus Danzig gehörte, sind. 1,3 Millionen Menschen in Polen bekennen sich zu einer nicht-polnischen Nationalität, das heißt, 3,5 Prozent der Bevölkerung. Fast 600.000 polnische Staatsbürger bezeichneten sich als Schlesier, 176.900 Menschen gaben an, Kaschuben zu sein. 132.500 Menschen gaben bei der Volkszählung 2021 an, Deutsche zu sein. 38.700 Menschen taten dies, indem sie die deutsche als erste Nationalität angegeben haben. 93.800 Menschen gaben „Deutsch“ als zweite Zugehörigkeit an. Im Vergleich zum letzten Zensus im Jahre 2011 – damals bekannten sich 147.814 Bürger Polens zur deutschen Nationalität – hat die Deutsche Minderheit somit ungefähr 15.000 Zugehörige weniger zu verzeichnen.

Der Rückgang der Zahl der Schlesier im Vergleich zur Volkszählung von 2011



Blickt selbstbewusst auf die Kommunalwahlen im kommenden Jahr: Ilona Kanclerz, die neue Präsidentin der Schlesischen Regionalpartei  
Foto: Screenshot/www.slazag.pl

(damals waren es 846.700) ist vor allem darauf zurückzuführen, dass 2011 sich viele Menschen an ihre schlesischen Wurzeln erinnerten, nachdem der Vorsitzende der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Jarosław Kaczyński die Schlesier als „versteckte Deutsche“ bezeichnet hatte. Viele Menschen haben als Reaktion auf diese Worte gerade behauptet, Schlesier zu sein. Diesmal hat die PiS die Fehler der vergangenen Jahre nicht wiederholt und geschwiegen.

Das Thema Schlesien ist seit 1919 für jede polnische Macht ein heikles Thema.

Zu diesem Zeitpunkt war Schlesien hauptsächlich von Deutschen bewohnt, da das Land seit 1526 zu Österreich und seit 1748 zu Preußen gehörte. Um ihre Ansprüche auf Oberschlesien geltend zu machen, organisierten die Polen 1919 und 1920 mit Unterstützung der Entente-Truppen zwei Aufstände. Es wurde beschlossen, eine Volksabstimmung in Oberschlesien durchzuführen, und am 20. März 1921 sprachen sich 59,5 Prozent der Einwohner für den Verbleib bei Deutschland aus. Doch die Polen organisierten einen dritten Aufstand und er-

reichten, dass die Entente und der Völkerbund Oberschlesien aufteilten und einen Teil an Polen übergaben.

## PiS vermied diesmal Fehler

In der Zwischenkriegszeit erhielt Oberschlesien mit seiner Hauptstadt Kattowitz eine formale Autonomie, an die man sich in der Region noch heute erinnert. Eines der Elemente dieser Autonomie war die Gleichstellung der polnischen, der deutschen und wasserpölnischen Sprache in den offiziellen Strukturen. Nach 1945, als der verbleibende Teil Oberschlesiens

und Niederschlesien mit seinem Zentrum in Breslau in das kommunistische Polen eingegliedert wurde, war jedoch von einer Autonomie keine Rede mehr. Das historische Schlesien wurde auf vier Woiwodschaften aufgeteilt, und die Behörden in Warschau weigern sich, die Schlesier als nationale Minderheit und die schlesische als eigenständige Sprache anzuerkennen und ihren Unterricht in den öffentlichen Schulen zu gewährleisten, obwohl dies in den EU-Rechtsvorschriften gefordert wird. Der Volkszählung zufolge verwenden 457.900 polnische Bürger regelmäßig die schlesische (wasserpolnische) Sprache, und für 53.300 Bürger ist es die einzige Alltagssprache.

## Schlesier haben an Selbstbewusstsein gewonnen

Im Jahr 2018 schlossen sich die Schlesische Regionalpartei und die Partei Schlesier gemeinsam zusammen, um bei den Kommunalwahlen in der Woiwodschaft Schlesien anzutreten, und gewannen über 100.000 Stimmen (etwa 6 Prozent). Dies war ein beispielloser Erfolg für die Regionalparteien in der Republik Polen und bot die Möglichkeit, die „schlesische Idee“ zu fördern. Doch nach diesem Erfolg zerstritten sich die schlesischen Parteien sowohl untereinander als auch intern, sodass die Schlesier bis vor Kurzem keine eigene politische Vertretung hatten.

Die Situation ändert sich jedoch jetzt. Bislang lässt sich nur schwer vorhersagen, in welcher Form sich die schlesischen Parteien an den Parlamentswahlen in Polen beteiligen werden, die im Herbst dieses Jahres stattfinden sollen. Aber bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 2024 planen die schlesischen Politiker, mit einer einzigen Liste anzutreten, die zur Bildung von öffentlichen Organisationen, vor allem im Kultur- und Bildungsbereich, einlädt.

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold friedlich vereint

Am Dreiländereck fanden auf polnischer Seite Demonstranten dreier Staaten zusammen

Bislang haben Protestkundgebungen entlang der Oder-Neiße-Linie Demonstranten von beiden Seiten eher in bescheidenem Umfang zusammengeführt. Während auf deutscher Seite die Tradition von Montagsspaziergängen dominiert, ist der polnische Protestler gegen transatlantische Kriegstreiber oder Coronapolitik eher gewöhnt, statisch vor einer Bühne zu verweilen. Vor allem aber liegen die Sprachen weit auseinander, sodass man nicht unbedingt leicht zueinander findet.

Zum 1. Mai gab es am deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck einen Anlauf, sogar trinationale eine „Drei-Länder-Demo für Frieden in Europa“ abzuhalten. Schauplatz war die Neißewiese im polnischen Großporitisch [Porajów], wenige Hundert Meter entfernt vom Grenzübergang ins deutsche Zittau. Kaum wahrnehmbar ist, dass hier der in die Neißer mündende Ullersbach (tschechisch Oldřichovský potok, polnisch Lubota) zugleich die Republik Polen von Tschechien trennt. Zuletzt wurden hier Pläne für eine Touristenattraktion diskutiert, bei der Fußgänger von allen drei Seiten die Neißer über drei Zugänge überqueren können und sich am Grenzpunkt in der Flussmitte auf dieser Konstruktion treffen.

Am 1. Mai hatten Besucher zunächst jedoch den Eindruck, auf einer national-polnischen Veranstaltung zu weilen. Polnische Plakate verkündeten zum Beispiel: „Seit der Geburt stolzer Pole“, „Wollhynien 1939–47“, „slawische Eiche Krakau“ oder „Wir lassen uns nicht in einen fremden Krieg hineinziehen und unser Vaterland ausrauben.“

## Unterschiedliche Temperamente

Der polnische Demonstrant ist praktisch ohne weiß-rote Beflaggung und manch martialische Symbolik kaum denkbar, während nur ein Teil der Tschechen spektakulär Flagge zeigt und die deutschen Demonstranten oft „divers“ daher kommen. Es konkurrieren einige sächsische, deutsche und schlesische Fahnen, während andere Pappschilder zeigen, die an diesem Tag häufig dreisprachig von Frieden künden und den Hang der Deutschen symbolisieren, unbedingt dem Nachbarn mehr als sich selbst gefallen zu wollen.

Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass Marcus Fuchs als Veranstalter der Dresdner Montagsdemos auf der Bühne meint, mit Englisch das Protestvolk moderierend zu vereinen. Polen und Tschechen bleiben in ihren Landesspra-



Gemeinsame Demonstration: Protestler aus mehreren Ländern trafen sich am Dreiländereck  
Foto: Pander

chen und die Übersetzungen sind bestimmt nicht schlechter als Touristen-englisch. Der tschechische Sprecher „Ladislav“, der in Prag Großdemos organisiert, gibt zum Auftakt einen Eindruck wieder, der bei allen drei Nationalitäten

für Heiterkeit sorgt: „Die Deutschen sind korrekt und haben für 13 Uhr eingeladen, wir Tschechen sind gemütlich und haben uns auf 13.30 Uhr eingestellt, während die Polen ungeduldig sind und um 12 Uhr beginnen wollten.“

Die polnische Kampfeslust spricht dann auch aus dem ersten polnischen Satz vom Podium, der da lautet: „Ihr Polizisten und Soldaten seid nicht zum Schutz von Banditen in den Ämtern da, kehrt zurück zum Dienst für Euer Volk. Habt keine Angst! Wir sind die Vereinigung gegen das Böse und wie man sieht, kann man sich auch am Ende der Welt gegen das Böse stellen.“

Schwierig bleibt auch an diesem Tag eine etwas schleppende Übersetzung und die hohe Bandbreite der Mentalitäten. Sissy aus Wien beweist mit einem österreichischen Grußwort von der Bühne, wie sehr sich Deutsche aus der Bundesrepublik und „Deutschösterreicher“ eigentlich doch ähneln.

Als selbstdefinierter Gegenpol zum deutschen Pfarrer Gert Zenker vollführt sie eine esoterische Tanzeinlage in ihr Inneres und verwirrt damit besonders das nichtdeutsche Publikum. Pastor Zenker hatte nämlich ganz gegen den Trend der angepassten Amtskirchen betont, ein Christ stehe überall im Kampf gegen die Bedrohungen des Lebens – angefangen vom ungeborenen Leben bis in den Krieg. Das gibt auch nach den Übersetzungen dezenten, aber ehrlichen Applaus.

Edmund Pander

VON WOLFGANG  
MÜLLER-MICHAELIS

Im Geleitwort zur Gedenkschrift „20 Jahre Pommerische Landsmannschaft“ von 1968 würdigte der damalige Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner die Pommern und übrigen Heimatvertriebenen dafür, dass sie mit ihrer Leistung und ihrem Aufbauwillen die deutsche Nachkriegsgeschichte entscheidend mitgeformt und dadurch die Möglichkeit offen gehalten hätten, „dass auch dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung wird gewährt werden müssen“.

Weitere 20 Jahre später, im September 1988, wurde dieser Hoffnung auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung anlässlich der Eröffnung des Pommernzentrums in Lübeck-Travemünde durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker erneut Ausdruck verliehen, nicht ahnend, dass dieser in die weitere Zukunft projizierten Erwartung schon ein Jahr später durch ein gütiges Schicksal, dem Fall der Berliner Mauer, wenn auch nur in Bezug auf den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik, entsprochen wurde.

#### Engagement für die Heimat

Auch wenn auf diesem Wege nur unser Vorpommern in den freien deutschen Staatsverbund wieder eingegliedert wurde, blieb das viermal so große und geschichtsträchtige Hinterpommern zwar bei Polen, kam aber wenige Jahre später durch den Eintritt unserer östlichen Nachbarn in das freie Europa unter das uns schließlich doch vereinende Dach der Europäischen Union. Immerhin hat die damalige Bundesregierung durch ihren zuständigen Minister schon 20 Jahre nach Gründung der PLM anerkannt, dass wir mit der landsmannschaftlichen Arbeit auf dem richtigen Wege waren, an dem mehrere Generationen verdienter Landsleute im Verlauf von 75 Jahren mitgewirkt haben.

Schon drei Jahre nach Kriegsende, am 19. Mai 1948, kamen in Lippstadt in Westfalen Oskar Eggert, Wilhelm Hoffmann, von Kleist-Retzow, Ulrich Schreiber und Walter Stubbe zu einer Initialsitzung zusammen, um die Gründung der PLM auf den Weg zu bringen. Erster Sprecher wurde Staatssekretär a.D. Herbert von Bismarck, dem vier Jahre später Eggert folgte. Von Stund an entfaltete sich mit der PLM kaskadenförmig eine der größten gemeinnützigen Organisationen auf deutschem Boden, die praktisch an jedem Ort vertreten war, sämtliche Lebensbereiche abdeckte und ein Dutzend Vereinigungen mit jeweils eigenem organisatorischen Unterbau umfasste.

Unter der obersten legislativen Institution der Pommerischen Abgeordnetenversammlung mit ihrem charismatischen Präsidenten Hans-Edgar Jahn, der zugleich PR-Berater von Bundeskanzler Konrad Adenauer war, rangierte der Bundesvorstand, dessen bedeutendster Sprecher in der Nachfolge von Eggert 1975 bis 1990 Philipp von Bismarck, Bundestags- und Europaabgeordneter, war.

Die dauerhafte politische Stabilität der PLM zu dessen Amtszeit war in ihrer dualen Organisationsstruktur begründet, wobei das Hauptgerüst der Mitgliedschaft die Landesgruppen bildeten, die durch die Vereinigung der 27 hinterpommerschen Heimatkreise, der drei geteilten Kreise Vorpommerns und des Heimatkreises der Landeshauptstadt Stettin ergänzt wurden, die im Pommerischen Kreis- und Städtetag zusammengefasst sind unter der engagierten Führung zunächst von Franz Schwenkler und anschließend bis heute und so Gott will auch in Zukunft von Präsidentin Margrit Schlegel.

Es ist unmöglich, hier alle Persönlichkeiten aufzuzählen, denen die PLM über die Jahrzehnte hinweg ihren Erfolg und ihre Ausstrahlung auf das politische Geschehen in Deutschland verdankt. Aber einige sollen doch genannt werden, wie die beiden Schatzmeister Schröder senior und junior von den Anfängen bis in die

#### HEIMATARBEIT

# Pommern lebt, solange wir es wollen

Zum 75-jährigen Bestehen der Pommerischen Landsmannschaft



Bekenntnis zur Heimat in bewegender Zeit: Pommerntreffen in den 1970er Jahren

Foto: imago/Klaus Rose

2000er Jahre; Carl Wiggert, der langjährige Vorsitzende des Pommerischen Zentralverbandes, dem die Führung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Landsmannschaft, wie der Herausgabe der *Pommerischen Zeitung*, oblag. Ihm folgte ich 1980 während der Bauphase des Pommernzentrums nach, dessen Grundstück oberhalb des Skandinavienkais in Travemünde ich von der Neuen Heimat erwarb, indem ich das legendäre Pommernhaus in der Hamburger Johnsallee verkaufte.

Der Lübecker Kaufmann Friedrich Karl Lüder, der nie ein Amt in unserer Organisation bekleidete, sich aber als stiller Mäzen große Verdienste um die Landsmannschaft erwarb, darf nicht vergessen werden. Während der gesamten Bauzeit des Pommernzentrums mit der Ostsee Akademie von 1982 bis 1988 stellte er dem Bundesvorstand für Sitzungen seine Geschäftsräume in Lübeck zur Verfügung, er förderte maßgeblich den Bau der Versöhnungskirche und war Sponsor jenes originalen pommerischen Bauernhauses, das wir 1976 in seine Teile zerlegt als Gastgeschenk zum Gedenken an die frühen pommerischen Siedler für das Freiluftmuseum „Old World Wisconsin“ zur 200-Jahr-Feier in die USA brachten.

Der Delegation gehörten neben unserem Patenschaftsträger Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, Prinz Louis Ferdinand von Preußen und Sponsor Lüder, Pommernsprecher Philipp von Bismarck und ich als sein Stellvertreter und PR-Chef der Landsmannschaft an.

#### Kontakte zu Pommern weltweit

So wie die Landsmannschaft bis heute bestehende Verbindungen zu den nach Nordamerika ausgewanderten Pommern geknüpft hat, ist es schon sehr früh über unseren Pommerndichter und Kulturpreisträger Klaus Granzow gelungen, zu den Pomeranos in Brasilien Kontakte aufzubauen, wo unsere alten Gebräuche und Lebensgewohnheiten bis hin zum pommerischen Platt stärker gepflegt werden als bei uns, den in Deutschland lebenden Pommern selbst.

Die innere Kraft der PLM, die es ihr über Jahrzehnte hinweg ermöglichte, auf moderate Weise ihre Ziele zu verfolgen und als Alleinstellungsmerkmal unter den Vertriebenenorganisationen eine eigene

Gedenkstätte mit Kirche und Akademie zu errichten, kam nicht von ungefähr. Die Pommern hatten früh damit begonnen, Jugendorganisationen aufzubauen, so die Pommernjugend in der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) und den Arbeitskreis pommerischer Studierender, später SAP. Auch ich bin als SAP-Vorsitzender zur PLM gekommen und wurde 1965 28-jährig von Eggert als jüngstes Mitglied in den Bundesvorstand berufen.

Die Liste der ehemaligen pommerischen Studenten ist lang, die später in Führungspositionen in der Landsmannschaft berufen wurden, wie Erhard W. Appellius, Manfred Gallwitz, Manfred Vollack, Günter Cnotka, Joachim Peters, Dieter Radau, Ingrid Saenger, Hajo Zühlke, Ortwin Leitzke sowie die Gründer des Hauses Stettin in Lübeck Ingeborg und Horst Jeschke. Klaus Moerler, Johannes Neumann und Guntram Kuse sind über die Pommernjugend zur Landsmannschaft gestoßen.

Dieser ständige Zufluss an Führungspersonal aus dem akademischen Raum kam den Intentionen Philipp von Bismarcks entgegen, die Landsmannschaft zu einem geistigen Keilriemen zu machen, mit dem er im Sinne unserer pommerischen Zielvorstellungen auf die Politik Einfluss zu nehmen gedachte. Ein Ergebnis dieses geistigen Aufbruchs war das Pommerische Manifest vom 26. Mai 1973.



In Greifswald 2000: Wolfgang Müller-Michaelis mit den Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf und Alfred Gomolka sowie dem Oberbürgermeister von Greifswald Joachim von der Wense

Die unserem Manifest zugrunde liegende Idee, das kulturhistorische Erbe Pommerns auch unter veränderten politischen Rahmenbedingungen zu bewahren und mit der nach der Wende in Polen möglichst gewordenen europäischen Einigung zu verbinden, stieß nicht überall auf Gegenliebe. Nachdem von Bismarck und ich 1990 aus den Führungsgremien der Landsmannschaft ausgeschieden waren, kamen bei den Pommern zunehmend Kräfte zum Zuge, die der Verzahnung unseres pommerischen Anliegens mit der europäischen Einigungsbewegung zunächst Widerstand entgegenseetzten, später sogar bekämpften.

Meine kurzzeitige Rückkehr an die Spitze der Landsmannschaft am Beginn der 2000er Jahre konnte diesem Zug zu einer zeitweiligen politischen Radikalisierung leider nicht aufhalten, der symbolhaft auch in Angriffen auf unseren Festredner beim Pommerntreffen 2000 in Greifswald, den sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, ausartete, indem er von Mitgliedern einer Landesgruppe auf Demonstrationsschildern als Volksverräter titulierte worden war.

#### Dank an die Aktiven

Diese Entwicklung ist glücklicherweise Geschichte, auch wenn sie der pommerischen Sache einen hohen Preis gekostet hat. Umso mehr zolle ich Respekt und Anerkennung unseren beiden langjährigen Bundesvorsitzenden Margrit Schlegel und Adalbert Raasch, die unermüdlich und mit pommerischer Geduld und unterstützt durch unzählige treue Helfer daran arbeiten, der Mission der Pommern auch in turbulenten Zeiten weiterhin Gehör zu verschaffen. Ihr beispielgebendes Engagement erinnert mich an das Motto, unter das ich meine Reden vor den Landsleuten vor 50 Jahren stellte: „Pommern lebt, solange wir es wollen.“

#### Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis

ist ehemaliger Vorsitzender des Pommerischen Zentralverbandes und Sprecher der Pommerischen Landsmannschaft. Die Festveranstaltung zum Jubiläum findet am 19. Mai um 11 Uhr in der Versöhnungskirche in Lübeck-Travemünde und anschließend im Restaurant „Vineta“ statt.

#### MELDUNGEN

## NATO-Schiffe in Stettin und seltene Krabbe

**Richtenberg** – Am 1. Mai ist ein Wasserstoffballon in einem Waldstück bei Richtenberg abgestürzt. Ursache dafür sollen starke Fallwinde gewesen sein. Die zwei polnischen Ballonfahrer, 52 und 59 Jahre alt, kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Schaden wird auf etwa 80.000 Euro geschätzt. TS

**Stettin** – Zwischen dem 5. und 8. Mai hat ein NATO-Schiffsverband, bestehend aus dem norwegischen Flaggschiff „HNoMS Nordkapp“, vier Minenzerstörern und dem deutschen Tauchunterstützungsschiff „FGS Rottweil“, im Stettiner Hafen festgemacht. Die Schiffe sind Teil eines „Minenabwehrschildes für Europa“. TS

**Göhren** – Seit dem 1. Mai hat das örtliche Heimatmuseum wieder geöffnet. Neben den Traditionsräumen zu Trachten und Alltag werden auch die 1922 entdeckten Beigaben des „Herzogsgabes“ ausgestellt. Zudem wird bis 31. Oktober die Ausstellung „Mönchgut – Fotografische Erinnerungen der 1960er Jahre“ gezeigt. TS

**Stettin** – Die Bahnstrecken Schivelbein-Köslin sowie Belgard a.d. Persante-Kolberg werden zwischen dem 8. und 29. Mai modernisiert. Geplant sind Gleisarbeiten sowie Austausch von Weichen. Für den vorgenannten Zeitraum wurde bereits der Ersatzverkehr mit Bussen angekündigt. TS

**Ahlbeck/Stralsund** – Wie das Stralsunder Meeresmuseum im Mai mitteilte, wurde im Vormonat am Strand des Seebades eine 20 Zentimeter breite Blaukrabbe von einem Spaziergänger gefunden. Sie gilt als Sensationsfund für die innere Ostsee und wird nach der Konservierung Teil der musealen Sammlung. TS

**Rummelsburg** – Czeslaw Lang, der bei Stolp geborene Radrennfahrer und Vizeweltmeister im Mannschaftszeitfahren (1978), hatte das Rittergut Poberow nach langem Leerstand gekauft und nun über zwölf Jahren wiederaufgebaut. Es gehörte einst der Familie von Puttkamer und steht seit 1961 unter Denkmalschutz. TS

**Swinemünde** – Das am 1. Mai für 49 Euro eingeführte „Deutschlandticket“ kann auch für Fahrten mit der Usedomer Bäderbahn (UBB) nach Swinemünde Zentrum genutzt werden. Allerdings war es ein Start mit Hindernissen: Vom 2. Mai bis 7. Mai kam es krankheitsbedingt zu Schienenersatzverkehr. TS

**Greifswald** – Das Grab von Caspar David Friedrich (1774–1840) auf dem Dresdner Trinitatisfriedhof soll bis 2024 restauriert werden. Der aus Greifswald stammende Maler gilt als einer der bedeutendsten Künstler der Romantik. Im kommenden Winter bundesweit an seine Geburt vor 250 Jahren erinnert. Ausstellungen sind geplant im Dresdner Albertinum, in der Berliner Alten Nationalgalerie und in der Hamburger Kunsthalle, die mit „Wanderer über dem Nebelmeer“ und „Eismeer“ zwei bedeutende Werke des Malers in ihrem Bestand hat. Sein populärstes Gemälde „Kreidefelsen auf Rügen“ ist bereits jetzt im Schweinfurter Museum Georg Schäfer und ab dem 26. August im Kunst Museum Winterthur zu bewundern. TS/tws

# „... dann ist es vorbei mit dem Paradies“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Mit den allermeisten Ihrer Beiträge gehe ich d'accord“

Georg Hofmann, Hof/Saale



Ausgabe Nr. 18

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## ABGABE DES FLUCHTGEPÄCKS

ZU: SCHATZ ZU VERSCHENKEN (NR. 11)

In der PAZ erfuhr ich von dem Vorhaben der EKD, die noch in Lübeck aufbewahrten rund 100 Stücke des wertvollen Paramenten-Schatzes der Danziger Marienkirche an Polen zu verschenken. Bereits 1961 waren knapp 200 Paramente, die in Thüringen ausgelagert waren, von der DDR-Regierung nach Gdansk gebracht worden. Dem letzten Verwalter des evangelischen Bischofsamtes, Oberkonsistorialrat Gerhard Gülzow, und vielen Danziger Gemeindegliedern der Marienkirche ist es zu verdanken, dass die Paramente gerettet wurden.

Prof. Dr. Pieper schrieb schon am 10. September 1993: „Wenn man die Paramente heute von polnischer Seite reklamiert, dann bedeutet diese Forderung, daß die Flüchtlinge nicht nur ihre Heimat und ihren Besitz aufgeben mußten, sondern nun auch noch das mühsam bewahrte Fluchtgepäck abgeben sollen. Dafür kann man keine Zustimmung erwarten.“ Dieser Aussage kann ich nur voll zustimmen. Siegmund Bartsch, Naumburg

## EIN BRIMBORIUM UM NICHTS

ZU: DER TRAUM VON DER HUNDEHÜTTE (NR. 17)

Wenn der Anteil der Deutschen am globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß 1,76 Prozent betragen soll, ist das für viele Landsleute, die wenig Ahnung vom Klima haben, etwas missverständlich. Denn gemeint ist ja wohl die menschengemachte Emission, während von dem gesamten jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß 96 Prozent aus der Natur stammen (über 800 aktive Vulkane und über 2000 ruhende, die aber größtenteils Gase emittieren, riesige wochenlange Waldbrände auf allen Kontinenten, sich im Frühjahr erwärmendes Meerwasser und so weiter).

Von den vier Prozent menschengemachtem CO<sub>2</sub> hat Deutschland dann einen Anteil von 0,071 Prozent. Und um die

wird heute ein Brimborium gemacht, denkt man nur an den Automobil- und Heizungsirrsinn.

Prof. Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

## MINIMALER CO<sub>2</sub>-AUSSTOSS

ZU: DER TRAUM VON DER HUNDEHÜTTE (NR. 17)

Die Beiträge von Herrn Heckel sind für mich immer ein besonderer publizistischer „Leckerbissen“ in der *Preußischen Allgemeinen*. In seinem Wochenrückblick schreibt er: „Es sind genau 1,76 Prozent: So hoch ist der Anteil der Deutschen am globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß.“ Eine Quelle wird nicht benannt. Ich komme auf einen anderen Wert. 97 Prozent der CO<sub>2</sub> Emissionen sind natürlichen Ursprungs und nur drei Prozent sind „anthropogener“ Ursache. Davon sind Deutschland zwei Prozent zuzurechnen. Zwei Prozent von drei Prozent sind nach meinem Rechner 0,06 Prozent. Wo liegt der Fehler oder die Ursache der Differenz?

Jürgen Schaar, St.Wendel

## SCHLECHTER ALS SCHLECHT

ZU: EIN KABINETT ZWISCHEN GUT UND UNGENÜGEND (NR. 15)

Der Artikel von Klaus Kelle reizt zur Erwidmung. Der Autor lässt unangebracht Milde walten. Entweder hat er nicht den Mut, öffentlich Klartext zu reden, oder seine Maßstäbe sind so verwässert wie die heutigen Schulnoten. Das Kabinett insgesamt schadet in kaum wieder reparierbarer Weise dem Land, dessen Wohlergehen zu fördern seine Aufgabe ist, in fundamentalen Lebensbereichen wie Energie-, Wirtschafts-, Zuwanderungs-, Sozial- und Außenpolitik.

Da der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt, trägt er die Hauptverantwortung für den verursachten Schaden. Seine Leistung verdient nur mit Wohlwollen ein „ungenügend“. Diese Beurteilung verdienen ebenso Robert Ha-

beck, Nancy Faeser und Annalena Baerbock. Letztgenannte blamiert Deutschland weltweit. Im günstigsten Fall lacht man im Ausland über die grüne Außenministerin.

Unerwähnt bleibt völlig der Gesundheitsminister Karl Lauterbach. Für diesen Minister reicht keine Negativskala der Beurteilungen aus. Finanzminister Christian Lindner kann sich nicht hinreichend durchsetzen, daher „mangelhaft“. Verteidigungsminister Boris Pistorius mag graduell eine Verbesserung sein. Jedenfalls hebt er sich nicht durch unangemessene Aussagen hervor. Aber was hat er bislang wirklich geleistet? Ein „gut“ muss er sich verdienen. Vorläufig könnte man ihm mit gutem Willen vielleicht ein „ausreichend“ zubilligen.

Zuzustimmen ist Herrn Kelle, wenn er hofft, dass die Wähler bei der nächsten Gelegenheit aus dem horrenden Debakel endlich einmal die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Werner Reinhold, Möser

## EIN WELTZOIALAMT

ZU: SOZIALLEISTUNGEN LOCKEN DIE FALSCHEN AN (NR. 15) UND: SOZIALPARADIES FÜR AUSLÄNDER (NR. 15)

Was die PAZ-Autoren in den beiden Beiträgen geschrieben haben, ist richtig. Leider erscheinen zu selten Artikel über das „Weltsozialamt Deutschland“.

Ein ganz großer Teil der Deutschen hat offensichtlich noch immer nicht begriffen, was das Sozialparadies Deutschland für Auswirkungen auf die Bürger hat. Die Anzahl der Bürger, die hierzulande in Armut leben, nimmt immens zu, aber die Zahl der „falschen“ Menschen, die in das Sozialparadies Deutschland kommen, nimmt ebenso gewaltig zu. Für die Deutschen, die schon heute arm sind und diejenigen, die es demnächst noch werden, wird kaum etwas getan.

Es reicht nicht, die Renten zu erhöhen. In dem Moment, wo das Geld auf dem Papier gedruckt steht, ist es schon nichts mehr wert. Auch die Kindergeld-

erhöhung taugt nichts. Es trifft meistens nicht den richtigen Personenkreis. Die Deutschen schaffen sich deswegen nicht mehr Kinder an. Die einzigen, die sich riesig freuen, sind unsere „Freunde“ aus dem Ausland. Ob diese finanzielle Unterstützung dann auch wirklich da landet, wo sie hingehört, ist noch fraglich.

Es gibt in Deutschland bereits eine siebenstellige Zahl von Menschen aus einem muslimischen Staat, in dem schon seit Jahren kein Krieg mehr stattfindet. Die Türken haben nach eigenem Bekunden den „besten“ Präsidenten vom weltweit besten Staat. Warum sind sie also hier? Sicher nicht, weil Deutschland so schön ist. Dann haben wir Menschen aus Kriegsgebieten hier, die in Deutschland, mit großen und teuren Pkw erscheinen und offensichtlich so viel Kapital haben, dass sie sich hier Häuser kaufen können. Die meisten können kaum Deutsch, aber das „Wir wollen, wir haben Anspruch“ wird perfekt beherrscht.

Wenn wir aus jedem Staat dieser Welt, wo es kriegerische Auseinandersetzungen gibt, Menschen in unser angebliches Sozialparadies holen, dann kommt das einem Ausverkauf gleich. Und dann ist es vorbei mit dem Paradies.

Die meisten Menschen, die nach Deutschland wollen, sind keine Fachkräfte. Insoweit ist der ständige Ruf von Politik und Wirtschaft völlig daneben. Wir holen uns ständig die angeblichen Fachkräfte nach Deutschland, während gleichzeitig die Anzahl der eigenen Fachkräfte, die durch Firmenschließungen erwerbslos werden (und das seit vielen Jahren) zunimmt. Es wird viel zu wenig Geld in die Bemühungen dieser Menschen investiert, damit sie wieder berufstätig sein können.

Aber auch das ist nicht wirklich neu. Anstatt sehr viel Geld für Menschen auszugeben, die keine Deutschen sind, muss zunächst dafür gesorgt werden, dass jeder Bürger hierzulande eine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung und einen Arbeitsplatz erhält. Erst dann können alle anderen einen Anspruch erwerben.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ  
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro  
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## VOGELWELT I

## Die Invasion der Schnatterer

Während viele Vogelarten als bedroht gelten, vermehren sich manche Wildgänsearten ohne Ende – Das führt zu Konflikten

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Die meisten Menschen freuen sich, wenn sie im Herbst und Frühjahr die in gewinkelter Formation fliegenden Gänse Schwärme hoch am Himmel sehen und ihre Rufe hören, mit denen sie untereinander Kontakt halten. Man denkt vielleicht an die kleine Gans Martina von Konrad Lorenz, die ihren Namen dem Gänserich Martin verdankte, den Selma Lagerlöf unter der Führung der alten, weisen Graugans Akka von Kebnekaisje mit dem wicthelgroßen Nils Holgersson auf dem Rücken auf Reisen schickte. Doch die Ankunft der Wildgänse in ihren Rast- und Überwinterungsgebieten löst nicht überall Freude aus.

Seit Jahren gibt es vor allem im ländlichen Raum immer größere Probleme durch die starke Vermehrung einiger Arten der Wildgänse. Nonnengänse, wegen ihres schwarz-weißen Kopfes auch Weißwangengänse genannt, haben sich ebenso wie einige andere Arten seit den 50er Jahren kontinuierlich und seit zwei Jahrzehnten exponentiell in vielen Teilen Deutschlands vermehrt, ohne dass dieser Entwicklung im Rahmen der erlaubten Jagdzeit in den Herbst- und Wintermonaten Einhalt geboten werden konnte.

Offtun sich die geselligen Nonnengänse mit Saatgänsen zusammen, um in riesengroßen Einheiten ihre Überwinterungs- und Pressquartiere zu besetzen. Wie alle Wildgänse halten sie zäh an ihren erprobten Winterherbergen fest.

Ging man in den 70er Jahren noch von einem Bestand in der Barentssee (Nordrussland) von weniger als 50.000 Nonnengänsen aus, so wird deren herbstliche Population auf den Watt- und Wiesenflächen im gesamten Nord-Ostsee-Bereich und entlang der Unterelbe aufgrund von Zählungen jetzt auf 1,3 Millionen Tieren geschätzt. Fast überall kommt es zu Konflikten mit den Landwirten, da die Tiere immense Schäden am Wiesen- und Weideland anrichten. Generell unerwünscht sind die invasiven Arten Nil- und die Kanadagans, die sich in Parks besonders wohl fühlen und als „Problemvögel“ wahrgenommen werden.



Vogelparadies in einer deutschen Großstadt: Eine Kanadagans (mit schwarzem Hals) mischt sich unter eine Gruppe von Graugänsen

Wo seit jeher die gern gesehenen Schwäne und Stockenten beheimatet waren, kämpfen jetzt mancherorts im Frühjahr Nil- und Kanadagänse lautstark um die besten ufernahen Fraß- und Brutplätze an den Seeufern und greifen auch schon mal Jogger an. Die Dänen schießen schon seit Jahren auf jede Nilgans.

#### Freifahrtschein für Jäger

Hierzulande hat man damit lange gezögert, doch nun wird langsam klar, dass weiche Maßnahmen nicht greifen. In Soest, wo die Nilgänse im städtischen Park täglich die gepflasterten Flächen am Teich verunreinigen, hat man einen Jäger damit beauftragt, die Vögel zu erschießen.

Ausgerechnet in Schweden, dem Heimatland der Lagerlöf, treten Wildgänse monatelang in derart großen Scharen auf, dass Schonen und die Ostseeinseln zu einem Brennpunkt für die Wildgansjagd wurden. Auf ihrem Weg nach Süden in die

Winterquartiere passieren fast alle Gänse Südschweden. Ein Teil überwintert in den dünn besiedelten Gebieten mit viel Landwirtschaft. Zahlreiche schwedische Jagdanbieter beherbergen während der Jagdsaison im Winter Jagdtouristen aus ganz Europa. Sie werben mit einem Komfortprogramm und der Verheißung der „weltweit größtmöglichen Strecken“ an erlegten Gänsen. In wenigen Stunden können angeblich 150 bis 300 Gänse erlegt werden. Fröhlich lauern die Jäger in der Nähe der Schlafgewässer der Tiere mit Lockbildern, um sie beim Auffliegen abzuschließen.

Die schlaun Schnatterer haben jedoch in den vergangenen Jahren dazugelernt und sind noch vorsichtiger geworden. Tarnung sei daher extrem wichtig. Dem Vorwurf, dass es unethisch sei, so viele Gänse auf einmal zu erlegen, begegnen die schwedischen Jäger mit dem Argument, dass sie auf kurze Entfernungen

schießen. So würden keine Tiere verletzt zurückbleiben. Auch würden die erlegten Tiere verwertet. Die Schäden durch Wildgänse seien so immens, dass man jede Gelegenheit nutzen müsse, um den Bestand zu regulieren.

Die schwedische Regierung plant, demnächst Wildgansfleisch in einigen Schulkantinen anzubieten. Erfahrene Köche sollen das Fleisch so zubereiten, dass es den Kindern schmeckt, denn Wildgansfleisch ist zäh. Nach inoffiziellen Berichten ist im ländlichen Schweden ganzjährig das Knallen von Schüssen zu hören. Wie es heißt, helfen sich die Bauern selbst.

#### NABU bremst ab

Auf den Watt- und Wiesenflächen an der Nordsee und entlang der Unterelbe fallen im Frühjahr und im Herbst bis zu 200.000 Nonnengänse und Saatgänse ein. Sie rasten dort von März bis Mai und im Oktober und November. Wenn es kälter wird, zie-

hen fast alle Vögel weiter in die Niederlande, die das Hauptüberwinterungsgebiet für den Großteil der Population ist.

Immer mehr Tiere bleiben aber länger als früher im Wattenmeerbereich, um Fettdepots anzulegen, die ihnen den Non-stop-Flug in die Arktis ermöglichen. Ihre Brutplätze liegen in Grönland, Spitzbergen, an der russischen Eismeerküste, seit einigen Jahrzehnten auch auf Gotland und anderen Ostseeinseln, entlang an der Wattenmeerküste und im niederländischen Rheindelta. Das führt zu Konflikten mit den Landwirten, die enorme wirtschaftliche Schäden durch Nonnengänse und andere Gänsearten auf Grün- und Ackerland hinnehmen müssen.

Bislang verhindert vor allem der NABU mit angeblich wissenschaftlicher Begründung die Forderung der Jagd- und Landwirtschaftsseite nach einer drastischen Reduzierung der Bestände. So spitzen sich die Konflikte zwischen „Naturschutz“ und Landwirtschaft zu.

Ein Ärgernis für die Landwirte ist auch die Bewertung der Bestandssituation der Nonnengänse durch die EU-Kommission. Für die Art ist ein Referenzwert von 380.000 Tieren festgelegt, der für neun Staaten gilt, die den Flugweg der deutsch-russischen und der niederländischen Population bilden. Ziel sei es nicht, die Nonnenganspopulation auf einem bestimmten Niveau zu halten, sondern zu verhindern, dass die Bestände unter diesen Wert fallen, wie es heißt.

Bisher waren Schäden durch Wildgänse nicht ersatzpflichtig. Gegen die Forderungen nach Ausgleichszahlungen für die Landwirte, die oft Totalverluste auf Wiesen und Feldern hinnehmen müssen, sperren sich nach wie vor Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Ein Richterspruch vom Dezember des vergangenen Jahres könnte das jetzt ändern. Ein Weidewehalter aus Weener in Ostfriesland verklagte das Land Niedersachsen erfolgreich und erhält nun 75.000 Euro Schadenersatz.

Zuletzt sei daran aber erinnert, dass wir uns die Freude am Naturschauspiel der fliegenden Wildgänse durch diese unerfreuliche Entwicklung nicht verderben lassen sollten.

## VOGELWELT II

## Hämmern bis der Arzt kommt

Der Specht, der nervt – wenn er im Wohngebiet auf Laternen trommelt. Doch wie schafft er es, keine Kopfschmerzen zu bekommen?

Der Specht, der in einem Hamburger Wohngebiet die Anwohner früh morgens aus dem Schlaf trommelt, ist keineswegs verhaltensgestört, weil er auf einen Laternenpfahl einhackt. Im Gegenteil: Mit seinem lauten Hämmern auf das Blech will er ein Weibchen anlocken, mit dem er dann in seine Baumhöhle zieht.

Dass Spechte direkt mit dem Schnabel aufs Holz – oder Laternenblech – einhämmern, ohne Kopfschmerzen zu bekommen, verdanken sie einem ausgefeilten System, das perfekt mit der Anatomie abgestimmt ist. Rund 20 Schläge pro Sekunde und bis zu 12.000 Schläge am Tag kann der Specht mit seiner Methode ausführen. Damit lässt er jeden Handwerker weit hinter sich. Dazu kommt: Bei einem frontalen Aufprall erfolgt der Hammerschlag des Spechtes gegen den Baum mit einer beeindruckenden Geschwindigkeit von fast 25 Kilometern pro Stunde. Einen großen Teil der Arbeit am Baum erledigt der

Specht jedoch mit seitlichen Streifhieben, die er deutlich leichter abfedern kann.

Die Natur hat den Specht für dessen Aufgabe bestens ausgerüstet. Das Gehirn

dieses Vogels liegt nicht direkt hinter dem Schnabel, sondern ist etwas höher angeordnet. Außerdem hat es besonders wenig Bewegungsspielraum und bleibt so trotz des großen körperlichen Schnabel-Einsatzes an Ort und Stelle. Gehirnerschütterungen, wie sie beim Menschen auftreten, kann der Specht deshalb nicht erleiden.

Aber es gibt noch mehr Raffinessen der Natur, die dafür sorgen, dass der Specht Tag für Tag schlagkräftige Spitzenleistungen liefern kann. Die sehr starken Muskeln am Kopf sind so angeordnet, dass sie beim Hämmern angespannt werden und als Stoßdämpfer wirken. Außerdem ist der Knochen am Schädel an der Außenwand besonders robust, zugleich aber auf der Innenseite porös.

Mit seinem perfekten, natürlichen Schutzanzug hat diese Vogelart, von der es weltweit rund 300 Arten gibt, die Wissenschaftler zur Entwicklung von Ausrüstungsgegenständen inspiriert, die Sport-

ler vor den Folgen von schweren Gehirnerschütterungen schützen sollen. So sind unter anderem Helme und ein Kragen für American-Football- und Eishockey-Spieler entwickelt worden, die das spezielle Specht-Schutz-System imitieren.

Die Gründe, warum der Specht – in Deutschland leben sieben verschiedene Arten – den ganzen Tag lang mit dem Schnabel auf Bäume einwirkt, sind vielfältig. Sportlicher Einsatz gehört nicht dazu. Die Nahrungsaufnahme macht nur einen Teil davon aus. Oft geht es darum, das Revier zu verteidigen, ein Nest zu bauen oder einem Weibchen zu imponieren wie bei dem Hamburger Laternenspecht.

Das ist bei manchem Heimwerker nicht anders. Wer hier groß herauskommen will, schmückt sich mit Profi-Ausrüstung wie Spezialhandschuhen, Schutzbrillen, extra großen Hämmern oder Äxten. Spechte sind da im Vorteil: Sie haben all das nicht nötig. *Stephanie Sieckmann*



Beweist Erfindergeist, um Weibchen anzulocken: Ein Buntspecht als Laternenspecht

## ● FÜR SIE GELESEN

Keinerlei  
Lerneffekte

Das „beste Deutschland aller Zeiten“ bringt ständig Innovationen hervor. Zu den permanenten Neuerungen zählt auch ein spezielles Fachbuchgenre, dessen Titel stets der gleichen Frage nachgehen: Was lief bei dieser oder jener Sache denn nun wieder schief? Ein typisches Beispiel hierfür ist „Das Afghanistan-Desaster“ aus der Feder des Kriegsreporters Marco Seliger.

Die letzten Sätze im Prolog des Buches offenbaren bereits das ganze Ausmaß des Scheiterns: „Als der Westen nach Afghanistan kam, befreite er das Land von den Taliban. Als er Afghanistan verließ, waren die Taliban zurück an der Macht.“ Das legt die Frage nahe: „Wie konnte das passieren?“

Die Antwort, welche Seliger hierauf mit Blick auf den Bundeswehrein-satz gibt, lautet: Der Krieg am Hindukusch hatte keine erkennbaren Fronten, unsere Soldaten operierten ohne eine übergeordnete Strategie. Dazu kamen Fehleinschätzungen seitens der verantwortlichen Politiker und Militärs hierzulande, welche gleich drei US-Präsidenten in Folge auf den Leim gingen und voller Naivität glaubten, die Mitwirkung der Bundeswehr beim Aufbau der afghanischen Armee werde dazu beitragen, die Taliban zu neutralisieren und Afghanistan zu befrieden. Und damit liegt Seliger auch vollkommen richtig. Gleichzeitig steht aber zu befürchten, dass sein Buch keinerlei Lerneffekte auslöst.

Wolfgang Kaufmann

Marco Seliger:

„Das Afghanistan-Desaster. Warum wir am Hindukusch gescheitert sind“, Mittler-Verlag, Hamburg 2022, bro-schiert, 351 Seiten, 25,95 Euro

Drängende  
Appelle

Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2019 hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj tausende Reden gehalten. In der Sammlung „Botschaft aus der Ukraine“ sind 16 von Selenskyj selbst ausgewählte Reden enthalten.

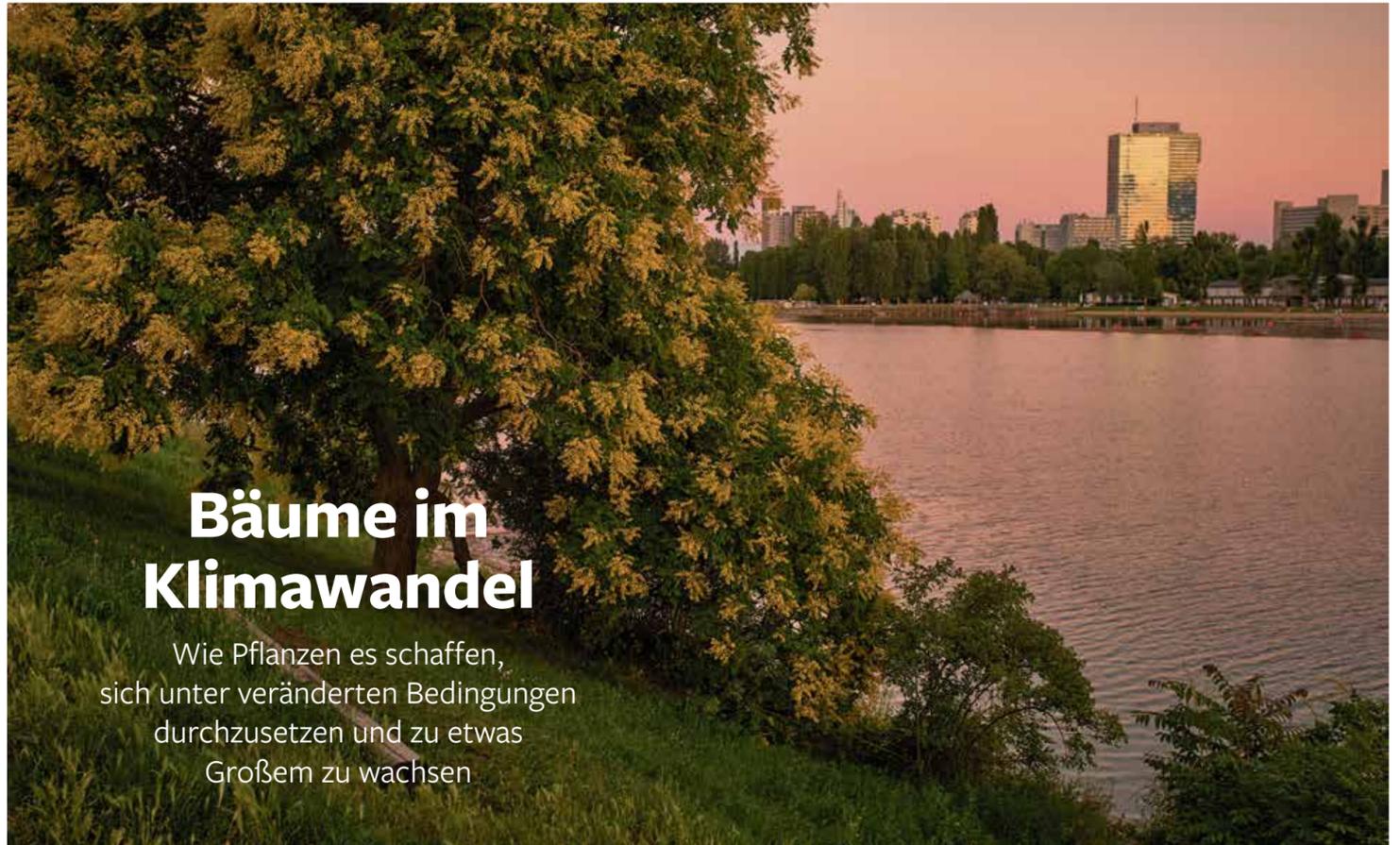
Beginnend mit seiner Antrittsrede vor dem ukrainischen Parlament im Mai 2019, in der er Dialogbereitschaft mit Russland signalisiert, seinem Auftritt vor der UN-Vollversammlung in New York im September 2019, in der er ein Ende des Krieges im Donbass fordert, vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2022 über seine auftrütelnde Ansprache am 24. Februar 2022, dem Tag des russischen Angriffs, an Ukrainer und Russen bis hin zu der zum ukrainischen Unabhängigkeitstag am 24. August 2022 versucht er, der Welt die verzweifelte Lage seines Landes zu verdeutlichen. Seine Worte sind zugleich drängende Appelle an die Welt um Unterstützung.

MRK



Wolodymyr Selenskyj: „Botschaft aus der Ukraine“, Siedler Verlag, München 2022, gebunden, 154 Seiten, 16 Euro

## BOTANIK

Bäume im  
Klimawandel

Wie Pflanzen es schaffen,  
sich unter veränderten Bedingungen  
durchzusetzen und zu etwas  
Großem zu wachsen

FOTO: BLASENSCHKE/PA

**Klimabäume** nennt die Heilpraktikerin und Kundige in der Heilpflanzen- und Aromatherapie Susanne Fischer-Rizzi solche Bäume, die es trotz sich ändernder Klimabedingungen – etwa Hitze und Trockenheit – auch in

Städten wacker wachsen. Die Autorin beschreibt in Text und Bild widerstandsfähige Pflanzen, die den Menschen neben Schatten auch ihre Blätter und Blüten zur Verwendung spenden.

Manuela Rosenthal-Kappi

Susanne Fischer-Rizzi: „Bäume der Hoffnung. Baum und Mensch im Klimawandel“, at Verlag, Aarau und München 2022, gebunden, 320 Seiten, 36 Euro

## HERBERT GRUHL

## Geburtshelfer der Grünen

Mit Liebe zu Deutschland – Gedenkschrift zum 100. Geburtstag

VON PETER BACKFISCH

Einhalb Jahre nach Herbert Gruhls 100. Geburtstags legt der Gerhard Hess Verlag die beachtenswerte Gedenkschrift „Der Umweltschützer mit Liebe zu Deutschland“ zum Wirken des Vordenkers einer neuen ökologischen Politik und dem Geburtshelfer der Grünen vor. Sein 1975 erschienenes Buch „Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik“ machten ihn über Nacht bekannt.

Die zentrale Aussage des Buches, „die Grenzen dieses Planeten Erde legen alle Bedingungen fest für das, was hier noch möglich ist“, erzeugten ein Erdbeben, das den Wirtschaftsflügel der CDU, seiner damaligen Partei, erschütterte. Der Parteivorsitzende Helmut Kohl quittierte das Buch mit Schweigen und sorgte dafür, dass Gruhl die nach der Bundestagswahl 1976 zugeteilten Aufgaben entzogen wurden. Im Sommer 1978 gründete dieser einen Tag nach seinem Austritt aus der CDU die „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ), deren Vorsitzender er wurde. Die Gründung einer Umweltpartei war damit auf den Weg gebracht.

Bis zur Gründung der Partei „Die Grünen“ 1980 tummelten sich aber in diesem Vorfeld zahlreiche Bürgerinitiativen, alternative und bunte Listen, in denen konservative Umweltschützer (Baldur Springmann) wie auch ehemalige K-Gruppen Aktivisten und Spontis (Winfried Kretschmann, Joschka Fischer) eine neue Heimat zu finden glaubten.

In dem Band greifen zehn Autoren und Zeitgenossen Gruhls naturkonservative Überlegungen auf und stellen sie in den Kontext weiterer Entwicklungen bis in die heutige

Zeit. Zur Einstimmung werden im ersten Kapitel weitere 15 Politiker, Autoren und authentische Stimmen vorangestellt, darunter bekannte Namen wie Franz Alt, Arnulf Baring, Erhard Eppler, Antje Vollmer und andere.

Heinz-Sigfried Strelow gibt einen Überblick, wie die bundesdeutsche Presse den 100. Geburtstag Gruhls im Herbst 2021 würdigte. Dabei hielten es Blätter wie die „FAZ“, „Welt“, „Süddeutsche Zeitung“ und „taz“ nicht für nötig, an den großen Ökologen zu erinnern. Im weiteren Verlauf dieses Beitrags stellt Strelow auch die wichtigsten Bücher Gruhls vor und weist alle Versuche zurück, Gruhl in eine rechte Ecke zu stellen bis hin zu der oft verbreiteten Unterstellung, er habe eine „Ökodiktatur“ gefordert. Das Gegenteil war richtig!

## An einer Diktatur nicht interessiert

Der „Eine-Welt-Staat“ war für einen Konservativen wie Gruhl ein Albtraum. In „Ein Planet wird geplündert“ kam er zu dem Schluss, dieser würde eine „Öko-Diktatur“ bedeuten. Gruhl hatte bereits zwei Diktaturen erlebt und war deshalb an weiteren nicht interessiert.

Einen weiteren Beitrag zum Leben Gruhls liefert Rolf Stolz. Der Autor, selbst Mitstreiter und Gründungsmitglied der Grünen wie Gruhl, zeigt, wie die Sammlung ökologischer Umweltschützer aller Schattierungen bis zur Parteigründung 1980 ablief. Der Einfluss Rudi Dutschkes, der selbst die Parteigründung nicht mehr erleben durfte, er starb an Heilig Abend 1979, kommt dabei zur Sprache. Gruhl hatte ein respektvolles und wertschätzendes Verhältnis zu Dutschke.

Stolz behauptet, mit dem Tode Dutschkes sei



1992: Herbert Gruhl

FOTO: IMAGOHORST/GEALUSCHKA

„ein entscheidender Pfeiler für die Bündnis-konstruktion der sich gründeten Partei weggebrochen“. Er nennt es eine „folgenreiche politische Tragödie“. Dies auch deshalb, weil die damalige Linke um Dutschke „sehr viel rationaler und geerdeter war als der heutige Sumpf aus schulschwänzenden Hypersensibelen und Klimahysterikern. Damals herrschte im Gegensatz zu heute noch eine offene Diskussion, auch mit den politischen Andersdenkenden.“

Weitere Beiträge gehen auf eine Tagung zum 100. Geburtstag von Gruhl am 5./6. November 2021 in Hannover zurück, so von Konrad Adam, „Herbert Gruhls Liebe zur Welt“, Michael Beileites „Herbert Gruhl und der ökologische Entropiegedanke“, Lothar Maier „Herbert Gruhls Liebe zu Deutschland“ und der von Volker Kempf „Die bedrohte Landschaft“, der aufgezeigt, wie Gruhls ökologisches Denken eine Beziehung von Mensch und Landschaft einschließt.

Ergänzende Beiträge sind von Martin Dietrich, der den Begriffen Ökologie und Nachhaltigkeit auf den Zahn fühlt, Ursula Fink plädiert für eine Philosophie des Bewahrens, Martina Kempf blickt unter „Lebensschutz oder: wo bleibt der Mensch?“ auf die Parteiprogramme von ÖDP, CDU und AfD sowie die Politik der Regierungsparteien und die Linke. Alle Autoren greifen Gruhls naturkonservative Überlegungen auf und setzen sie in Beziehung zur heutigen Zeit.

Volker Kempf (Herausgeber): „Der Umweltschützer mit Liebe zu Deutschland. Gedächtnisschrift für Herbert Gruhl“, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2023, bro-schiert, 168 Seiten, 18,50 Euro



## ● FÜR SIE GELESEN

Solidarität  
unter Frauen

Das Leben der Londonerin Samantha ist nicht einfach, da ihr Mann Depressionen hat. Zusätzlich hat sie einen aufreibenden Beruf, kümmert sich um ihre anstrengenden Eltern und den Hund, geht allerdings, wenn Zeit dafür ist, ins Fitnessstudio. Nachdem sie beim Sport zufällig eine falsche Tasche mitnimmt, ändert sich ihr Leben dramatisch, als sie in die Luxus-Kleidung der Fremden schlüpf.

Die Besitzerin der Tasche ist Nisha, eine wohlhabende Frau aus den USA, die gerade von ihrem Mann verlassen wurde. Er hat sämtliche Konten sperren lassen. Nisha sitzt auf der Straße. Ihr Ex-Mann verlangt seltsamerweise ihre kostbaren High-Heels-Schuhe als Pfand für eine Abfindung. Doch die befanden sich in der entwendeten Sporttasche. Das Fitnessstudio hat mittlerweile wegen Geschäftsaufgabe geschlossen. Nisha macht sich auf die Suche nach dem vermeintlichen Dieb. Sie arbeitet als Zimmermädchen in dem Londoner Hotel, in dem ihr Ex-Mann wohnt, um an ihre Sachen und Papiere zu gelangen.

Der Roman „Mein Leben in deinem“ der erfolgreichen britischen Schriftstellerin Jojo Moyes erzählt von Freundschaft und Solidarität unter dem weiblichen Geschlecht. Er ist lebendig geschrieben und steckt voller Alltagsprobleme zahlreicher Frauen. Die Geschichte ist besonders lesenswert für Frauen – ein echter Frauenpower-Roman.

Angela Selke



Jojo Moyes: „Mein Leben in deinem“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2023, gebunden, 510 Seiten, 25 Euro

## WOLFSKINDER

# Ein Kampf ums nackte Überleben

Christian Hardinghaus hat die Erlebnisse der damals zehnjährigen Ursula Dorn aufgeschrieben – Ein bewegendes Zeugnis

VON DIRK KLOSE

Dies ist eines der wichtigsten Ostpreußenbücher aus jüngster Zeit. Aus der Sicht eines zehnjährigen „Wolfsmädchens“, der damaligen Ursula Buttgerit, schildert Christian Hardinghaus in „Das Wolfsmädchen“ das furchtbarste Kapitel Ostpreußens und seiner Hauptstadt Königsberg. Dass in allem Grauen immer wieder auch Menschlichkeit aufblitzt, relativiert manches ein wenig, aber es bleibt der Eindruck eines Infernos.

Wolfskinder – dieser Ausdruck hat sich eingebürgert für die nach 1945 aus dem hungernden Königsberg ins benachbarte Litauen geflüchteten Kinder, die meisten zwischen sechs und zwölf Jahre alt. Diese Halbwüchsigen reagierten mit ihrer Flucht auf die furchtbaren Lebensumstände, die in Königsberg und überhaupt in Ostpreußen seit der Eroberung des Landes durch die Rote Armee im April 1945 herrschten. Die Forschung schätzt heute, dass es etwa 20.000 Kinder waren, von denen über die Hälfte dort verhungert oder erfroren sind. Andere konnten dank mitleidiger Menschen in Wäldern und Dörfern überleben. Ab 1948 wurden die meisten zwangsweise in die DDR abgeschoben.

Königsberg hatte sich noch lange nach Kriegsausbruch vor Zerstörung und Eroberung sicher gefühlt. Aber im August 1944 war die Stadt durch zwei schwere Luftangriffe britischer Bomber zu einem großen Teil zerstört worden. Die immer näher herangerückte Rote Armee hatte im Januar 1945 mit ihrem Sturm auf die Stadt begonnen, die, obwohl vom NS-Regime noch zur „Festung“ deklariert, im April kapitulieren musste. Danach begann für die deutsche Bevölkerung die schon so oft beschriebene Schreckenszeit, der nach neuesten Berechnungen bis 1948 fast 100.000 Menschen zum Opfer fielen, sei es als Op-



Ist heute in Göttingen zu Hause: Ursula Dorn im Jahr 2011 Foto: image images/epd

fer von Mord und Vergewaltigung, sei es durch Erschöpfung und Hungertod.

## In der Hölle von Königsberg

Hardinghaus, erfolgreicher Autor zeitgeschichtlicher Bücher, hat mit der 88 Jahre alten Ursula Dorn viele Gespräche über ihre Erlebnisse als Wolfskind zwischen 1945 und 1948 führen können und daraus in einer Verbindung von persönlichem und historischem Bericht dieses bewegende

Buch gemacht. Die zehnjährige Ursula hatte die Kapitulation Königsbergs und das folgende Jahr hautnah miterlebt. Sie wurde Zeugin von Mord und Selbstmord, musste unzählige Vergewaltigungen auch nächster Angehöriger unmittelbar miterleben, konnte nicht wegsehen, wenn vor ihren Augen Menschen ermordet wurden und erlebte, wie die Menschen von Tag zu Tag mehr verrohnten und Mitgefühl und Solidarität füreinander schwanden.

Der Kampf ums nackte Überleben bestimmte alles Denken und Handeln. „Wir waren Raubtiere in Kindergestalt“, sagt die heute bei Göttingen lebende Ursula. Vor allem der ständige Hunger hat sich zeitlebens eingeprägt: „Der Hunger macht einen zum Wahnsinnigen. Man dreht durch. Wir hatten keine Gefühle mehr. Jeder denkt nur noch an sich, es gibt auch kein Mitleid mehr unter den Geschwistern. Das geht ganz schnell, und man kann es sich nicht vorstellen, wenn man es nicht selber kennt.“ Immer mehr Menschen nehmen sich aus Verzweiflung das Leben, und vielleicht die grausamsten Ereignisse sind Anzeichen von Kannibalismus. In Erinnerungen wird von Klopfen aus Menschenfleisch berichtet, im ehemaligen Kaufhaus Hettlage soll es eine Menschen-schlachtereie gegeben haben. Der Hungerwahn lässt auch Familien untereinander zu Mördern werden.

## Hunger macht wahnsinnig

Im Februar 1946 flüchtet das verzweifelte Mädchen auf abenteuerlichen Wegen ins benachbarte Litauen; später kann Ursula ihre Mutter nachholen. Hier erleben beide fast unerwartet große Menschlichkeit. Viele Litauer, meist bäuerliche Familien in den kleinen Dörfern, helfen den zu Skeletten abgemagerten Menschen, geben ihnen für kurze Zeit Unterkunft und Verpflegung – Ursula erwähnt immer wieder den „Topf mit warmer Milch“ – und nehmen vereinzelt Kinder als eigene an, allerdings um den Preis, dass diese ihre deutsche Identität völlig aufgeben müssen.

Der Leser freut sich förmlich mit, wenn die hungernden, zerlumpte Frauen von mitleidigen Litauern wieder etwas aufgepäppelt werden. Gefahrlos ist gleichwohl das Leben in Litauen nicht. Nicht nur, dass Kost und Unterkunft doch immer nur Glückssache waren; viel gefährlicher war, dass damals ein blutiger Bürgerkrieg zwi-

schen Sowjets und den sogenannten „Waldbrüdern“ tobte, einer zeitweise ziemlich starken Partisanenarmee litauischer Patrioten, die die neue Sowjetherrschaft noch bis fast 1952 bekämpften. Im Herbst 1948 wurden Ursula und ihre Mutter von der litauischen Geheimpolizei aufgegriffen, dann aber nicht, wie befürchtet, nach Sibirien, sondern in die SBZ abgeschoben.

Sie landen in Eisenach, wo sie in einem Auffanglager des Roten Kreuzes langsam wieder zu Kräften kommen. Von den Ärzten hört Ursula später, dass ihr Körper schon alle typischen Symptome des Verhungerns aufgewiesen habe. Sie kann eine ordentliche Schul- und Berufsausbildung machen. Im Herbst 1953 fliehen Mutter und Tochter in den Westen, 1958 heiratet Ursula, es beginnt ein freundlicheres Leben. Nach der friedlichen Revolution besucht sie im Jahr 2000 noch einmal ihre Geburtsstadt Königsberg; das freudig erwartete Wiedersehen wird zu einem einzigen Albtraum; ihr sensibler Mann hilft ihr, die traumatischen Tage zu überstehen.

Der Autor gibt viele Gespräche wörtlich wieder. Ferner fügt er in Kurzform zwei weitere bittere Schicksale jetzt in Deutschland lebender, zudem zwei Lebensläufe in Litauen groß gewordener Wolfskinder an. Dort leben heute noch etwa 30, in Deutschland knapp 300 von ihnen. Sie alle hoffen, dass ihr Leiden endlich einen angemessenen Platz in unserer Erinnerungskultur findet.



Christian Hardinghaus: „Das Wolfsmädchen. Flucht aus der Königsberger Hungerhölle 1946“, Europa Verlag, München 2022, gebunden, 256 Seiten, 20 Euro

## ZÜNDHÖLZER

# Ein globales Produkt, lokal in Allenstein hergestellt

Vortragsreihe „Exponat des Monats“ im Museum der Moderne – Vom Phosphorhölzchen zur Streichholzschachtel

Im Rahmen der Vorträge zu den Exponaten des Monats im Museum der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein stellte Rafał Bętkowski vom Museum unter dem Titel „Zündhölzer aus Allenstein“ die erfolgreiche Firma „J. Ladendorff“ vor. Präsentiert wurden Streichholzschachteln, -etiketten sowie ein Luftbild der Fabrik in Allenstein.

Fast jeder auf der Welt kennt es und braucht es, doch kaum einer weiß, wie es hergestellt wird: das Zündholz. Ähnliche Hölzer gab es schon im alten China, in Europa wird es seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts industriell hergestellt. Damals wurden die Stäbchen aus weichem Holz mit einem Ende in geschmolzenen Schwefel getunkt und getrocknet, danach in eine Zündmasse, die weißen Phosphor enthielt. Es ließ sich an jeder rauen Fläche entzünden.

Manchmal kam es bei der Produktion zu Explosionen, giftige Phosphordämpfe führten zu Krankheiten wie etwa dem Absterben des Unterkiefers. Auch erloschen die Hölzchen nicht nach dem Gebrauch und verursachten so Brände. Dennoch war der weiße Phosphor im Deutschen Reich bis 1907 erlaubt. Die Änderung kam um 1850 mit den „Sicherheits-Zündhölzern“ mit rotem statt weißem Phosphor, der darüber hinaus in die Reibfläche verlagert

wurde. Die beiden Komponenten zur Entzündung wurden so getrennt, das Kaliumchlorat blieb am Streichholz selber.

In dieser Zeit kam es auch zu einer weiteren Erfindung, wie Bętkowski erklärte: „Mit ihrer genau in die Hülle eingepassten Schublade und der seitlichen Reibfläche ist die Streichholzschachtel ein Stück wahre Ingenieurskunst.“ Die Schachtel bot außerdem mit ihrem Etikett Platz für Botschaften über das Produkt selbst hinaus – wie etwa die Hindenburg-Zündhölzer oder das Design der „Ostpreußen-Hölzer“ zur Volksabstimmung 1920 zeigen.

## Von Ostpreußen in die Welt

Produzent dieser genannten Zündhölzer war ihr damals einziger Hersteller in Ostpreußen, die „Fabrik Chemischer Zündwaren von J. Ladendorff“. Gegründet wurde diese 1853 von Josef Ladendorff, einem jüdischen Essigfabrikanten in Königsberg. 1876 verlegte der Unternehmer die Produktion nach Allenstein, die Leitung übernahm sein Sohn Julius. „Hier gab es den neuen Anschluss an die Eisenbahn, billige Arbeitskräfte und genügend Weichholz, vor allem Espe“, so Bętkowski über die Motive des Umzugs.

Die Fabrik an der Kleeberger Straße produzierte drei Arten Zündhölzer: traditionell mit Phosphor, paraffiniert ohne



Im Museum der Moderne: Rafał Bętkowski beim Vortrag

Foto: U.H.

Schwefel und Phosphor, und schwedische Sicherheitszündhölzer. Darüber hinaus verkaufte sie auch klein geschnittenes, un bearbeitetes Holz. Ende des 19. Jahrhunderts beschäftigte sie über 100 Arbeitskräfte und hatte Vertretungen bis nach Danzig, Gumbinnen und Memel.

Nach Julius' Tod übernahm seine Witwe Julia und später Sohn Otto die Firma Ladendorff. Im Jahr 1939 fiel die Firma im Rahmen der Arierisierung dann an Richard Horstmann von der Allensteiner NSDAP. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie unter dem Staatlichen Zündwarenmonopol als erste Fabrik in Allenstein wieder in Gang gesetzt, beschäftigte über 100 Mitarbeiter und produzierte 3,5 Millionen Schachteln Zündhölzer im Jahr. Wegen fehlender Qualität durch zu wenig Espenholz und abgenutzte Maschinen wurde der Betrieb 1948 geschlossen und die Produktion nach Zanow in Pommern verlegt. „Für die Allensteiner war das eine vollkommen unverständliche Entscheidung von oben“, sagte Bętkowski dazu, „danach wurden die Gebäude erst anderweitig genutzt und Anfang der 70er Jahre abgerissen.“ Auch die Fabrikstraße als einzige verbliebene Spur verschwand 2005 unter dem Neubau des Einkaufszentrums. Was bleibt, ist eine urbane Legende.

Uwe Hahnkamp

## ● AUFGESCHNAPPT

Wie das Portal „Pleiteticker“ berichtet, mehren sich Anzeichen, dass die Klima-Extremisten der „Letzten Generation“ (LG) gezielt Minderjährige anheuern. Der „Pleiteticker“ verweist auf ein Propagandavideo der LG, wo die begeisterte Teilnahme von unter 18-Jährigen hoch emotional in Szene gesetzt wird, und auf ein anderes Video, das ausdrücklich den Titel trägt: „Letzte Generation U18 blockiert Invalidenstraße in Berlin“. Die Polizei habe überdies bestätigt, dass an der jüngsten Schändung der Grundgesetztafeln im Berliner Regierungsviertel zwei Minderjährige beteiligt gewesen seien, darüber hinaus zwei junge Erwachsene von 18 bis 20 Jahren und zwei Erwachsene. Der Clou: Minderjährige von 14 bis 18 sind nur eingeschränkt strafmündig. Daher sind Gesetzesbrüche für sie weniger riskant als für Erwachsene. Diesen Umstand nutzten eigentlich nur kriminelle Banden, etwa Drogenkartelle, welche Minderjährige als Drogenkurier einsetzen, da diese im Falle des Auffliegens kaum von der Justiz belangt werden können. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Fast die Hälfte der Berliner SPD-Mitglieder hätte lieber weiter mit der Linkspartei koalitiert als mit der CDU. Das beunruhigt Helmut Markwort, weshalb er im Magazin „Focus“ (29. April) an den Hintergrund der Dunkelroten erinnert:

„Die SED hat Millionen Menschen ihre Freiheit genommen und die DDR wirtschaftlich ruiniert. Sie hat den Leistungswillen ihrer Bürger gelähmt. Ihre marxistischen Ziele sind geblieben. Ihren Namen haben sie mehrfach geändert. Die Partei will nicht gern daran erinnert werden, deswegen tue ich es hier: Die Linke ist die mehrfach umbenannte SED.“

Warum Tübingens Bürgermeister Boris Palmer überhaupt versucht hat, mit den linken Demonstranten vor der Frankfurter Uni zu diskutieren, was ihn schließlich zu Fall brachte, fragt sich Bernd Fischer auf der „Achse des Guten“ (3. Mai):

„Palmer gehört wohl zu den hoffnungslosen Idealisten, die nicht wahrhaben wollen, dass die politische Diskussion im linken Spektrum des Landes mittlerweile weitgehend von Gesinnungsethikern bestimmt wird, Utopisten, die jeden Verweis auf die Grenzen der Machbarkeit als Verrat ansehen und ihm mit der Nazikeule begegnen.“

Den Erfolg der ARD-Talkshow von Anne Will errechnet Mario Thurnes bei „Tichys Einblick“ (8. Mai) am Beispiel der Entwicklung der Zuschauerzahlen der Sendung vom 7. Mai:

„Gut 8,5 Millionen Zuschauer übernimmt Anne Will um 21.45 Uhr vom Tatort. Um 22.45 Uhr bleiben etwa 2,5 Millionen Zuschauer übrig. Also schalten statistisch gesehen alle 60 Sekunden 100.000 Zuschauer die ARD ab, während Anne Will läuft – mehr als 1500 Zuschauer die Sekunde. Wer direkt vorm Fernseher einschläft, rettet die Quote.“

Daniel Goffart rückt in der „Wirtschaftswache“ (8. Mai) einen Aspekt der „Wärmewende“ ins Blickfeld, der offenbar bislang übersehen wurde:

„Nicht nur die privaten Eigentümer von Immobilien rechnen und fürchten sich – auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat jetzt einmal kalkuliert, was die Wärmewende denn kosten wird. Bei rund 60.000 Euro je Anlage werden bei rund 135.000 Liegenschaften rund acht Milliarden Euro fällig – untragbar für die klammern Kommunen. Das bedeutet, dass der Staat Gesetze macht, die er sich bei genauer Betrachtung eigentlich nicht leisten kann.“

## ● WORT DER WOCHE

„Auf das Weltklima hat dieser für unser Land fatale und extrem kostspielige Prozess keinen Einfluss. Um das zu erkennen braucht es nur etwas Prozentrechnung.“

Hans Hofman-Reinecke bringt auf dem Blog von PAZ-Autorin Vera Lengsfeld am 8. Mai den zentralen Webfehler der rabiaten deutschen „Klimapolitik“ auf den Punkt

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Gefälligst hinnehmen

Was die Geschichte um die Benin-Bronzen lehrt, und warum grünes Gestrüpp gar kein Gestrüpp ist

VON HANS HECKEL

An der Geschichte um die Benin-Bronzen stimmt schlichtweg gar nichts, so schräg und kabarettistisch kommt die Sache daher. Was andererseits bedeutet: Wer ein plastisches Bild von den Verirrungen und Verblendungen unserer Epoche erlangen will, für den stimmt hier einfach alles.

Deutschland hat, so lesen wir allenthalben, die Artefakte von „unschätzbarem Wert“ endlich an seinen legitimen Eigentümer, also das nigerianische Volk, „zurückgegeben“. Richtig? Nein: Das Volk hat sie nicht bekommen, sondern der gegenwärtige Chef des Herrscherhauses des untergegangenen Königreichs Benin. Und wie ist das mit dem „unschätzbaren Wert“?

Stimmt auch nicht ganz: Die Figuren wurden aus Metall hergestellt, welches die afrikanischen Neu- oder Wiederbesitzer der Statuen einst als Bezahlung für Sklaven eingefordert haben, die sie an Engländer, Franzosen, Spanier, Portugiesen oder sonst wen verschachtelten. Zumindest der Materialwert der Bronzen ließe sich also recht präzise ermitteln, und zwar in der Zahl der Menschenschicksale, die in jedem einzelnen Stück stecken. Gruselig, nicht wahr? Ja, aber so ist Geschichte leider. Die eitle Gut-Böse-Inszenierung der Baerbocks und Roths zerschellt an dieser Wirklichkeit wie ein Sperrholzkahn an Basaltklippen.

Die grünlinke Interpretation von „historischer Verantwortung“ ist an diesen Klippen gleich mit geborsten – was die Ampel allerdings kein bisschen beeindruckt. Von dort hieß es als Reaktion auf die Nachricht, dass die Bronzen nicht in ein öffentliches Museum, sondern in den Privatbesitz der Nachfahren der Sklavenhändler gelangen, das müssten die Deutschen (die das Museum in Nigeria bezahlt haben) „gefälligst hinnehmen“.

So kurz also ist der Weg von der „feministischen Außenpolitik“, die der gesamten Menschheit von Berlin aus bis in die Familien hineinregieren will, zurück zum eisernen Prinzip der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ anderer Länder. Man nimmt's halt immer so, wie's gerade passt.

Das gilt allerdings nicht für alle. Die New Yorker „Restitution Study Group“ ist ziemlich sauer über die deutsche Großzügigkeit. Die Gruppe, die sich mit der Geschichte der Sklaverei beschäftigt, findet den Schritt mehr

als anrühlich, da sich das Königreich Benin nun einmal eifrig am transatlantischen Sklavenhandel beteiligt habe. Wenn man's zu Ende denkt, müssten die afrikanischen Staaten längst Wiedergutmachungszahlungen an die Nachfahren der Sklaven in den amerikanischen Ländern leisten. Aber davon redet eigenartigerweise niemand. Stattdessen erstatten wir den Erben der afrikanischen Sklavenbarone die Beute aus ihren guten Geschäften, obwohl unsere Vorfahren die Statuen rechtmäßig (von den Briten) gekauft und nicht etwa „geraubt“ haben.

Wie gesagt: An der Geschichte stimmt nichts – und gerade deshalb alles. Was wohl die Zukunft bringt? Nein, damit meine ich nicht die unbeirrbar entschlossene Deutschland, auch die übrigen, noch befindlichen Bronzen an irgendwelche Nigerianer zu übereignen. Die steht! Es geht um ganz etwas anderes: Was geschieht eigentlich, wenn die Nigerianer einzelne Bronzen auf dem Weltkunstmarkt feilbieten?

## Hart zum Bürger, weich zum Staat

Ich weiß, ich weiß: „Müssen wir gefälligst hinnehmen!“ Aber muss der stolze Käufer nicht auch damit rechnen, dass er später unter schwersten moralischen Vorhaltungen zur „Rückgabe“ der Kunstwerke an Nigeria gedrängt wird? Die Ausrede, er habe die Werke rechtmäßig gekauft, zählt ja nicht. Das hatten die Deutschen einst auch. Also was dann? Och, da fällt mir eine gute Lösung ein: Deutschland erstattet dem Käufer einfach den Kaufpreis und gibt die Figuren dann erneut an Nigeria zurück. Schließlich haben die deutschen Steuerzahler auch schon das Museum in der nigerianischen Hauptstadt Abuja bezahlt, in dem fürs Erste gar nichts ausgestellt wird. Wir zahlen gern.

Das heißt: wir Steuerzahler. Sofern es den Staat betrifft, muss man da schon differenzieren, wie wir an einem ganz anderen Thema sehen können. Nach und nach rutscht durch, welche Kosten auf Länder und Kommunen zukommen wegen der Habeckschen Attacke auf die Heizungen. Entsprechend unüberhörbar schwillt das Wehklagen der Kämmerer an. Und siehe da: Die knallharte Befehlsrhetorik, mit welche das Klimaministerium auf die einfachen Bürger eindrischt, weicht watteriger Kompromissbereitschaft.

Von Ausnahmen beim grünen Energiegesetz bei öffentlichen Einrichtungen ist die Rede. Solche Ausnahmen sollten Sie sich mal

ausbedingen, ha! Dann auch das noch: Nebenbei tropfte die Information durch, dass selbst der Reichstag nicht geeignet sei für die Beheizung mit Wärmepumpen. Diese Nachricht mag das Fass zum Überlaufen gebracht haben. Über Nacht ist just die Rede davon, die Fristen beim Heizungsgesetz für alle Gebäude deutlich elastischer zu setzen als bislang angedacht – ehe im Winter die Eiszapfen von der Reichstagskuppel aufs Rednerpult krachen.

Was geschieht eigentlich, wenn die Nigerianer die Statuen auf dem Weltmarkt feilbieten? Muss der Käufer sie dann auch „zurückgeben“?

Dass der Staat mit seinen eigenen Gesetzen nicht zurechtkommt, ist allerdings nichts Neues. Die Behörde, welche die Liegenschaften des Bundes verwaltet, kommt mit den Grundsteuererklärungen nicht hinterher, lesen wir. Daher hätten die Landesfinanzämter still und leise großzügige Fristenverlängerungen gewährt. Haben Sie nicht mitbekommen? Nachvollziehbar, das wurde auch nicht gerade groß kommuniziert, was wiederum verständlich ist. Macht ja doch einen komischen Eindruck.

Das Zurückweichen bei der Heizungsattacke fällt ärgerlicherweise zusammen mit der sich immer weiter aufblähten Clanstory um die Graichens, jener schrecklich blamösen Familie. Minister Habeck lässt nur so wenig wie möglich zu der Sache verlauten, obwohl sich wohl ganz Deutschland dafür interessiert, was der „Roobäärrt!“ wirklich darüber denkt.

Die echte Verteidigung der Graichens und all der übrigen, die da noch mitfilzen, übernehmen andere. Die Chefredakteurin der „taz“ etwa, Barbara Junge, die im ARD-„Presseclub“ vergangenen Sonntag das grünlinke Selbstverständnis auf den Punkt brachte. Man könnte Junges Plädoyer so zusammenfassen: Das grüne Lobbyistengestrüpp ist gar kein Gestrüpp, weil die dortigen Fädenzieher ein allgemeines Interesse an der Erhaltung der Lebensgrundlagen verfolgen. Anders ist das bei Lobbys, welche wirtschaftliche Interessen im Blick haben.

Da haben wir's: Grünlinke Machtausübung und Postenvergabe können gar nicht anrühlich sein, weil Grünlinks immer recht hat. Auf diesem Pfad kann man jede erdenkliche Regel, jedes Gesetz und alle Anforderungen an guten Stil getrost niedertrampeln, ohne jemals Rechtfertigungsdruck zu empfinden, ganz zu schweigen von Unrechtsbewusstsein. Das sollten wir uns merken, denn es macht die völlige Schmerzlosigkeit gewisser Kreise überhaupt erst verständlich.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)